Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: bei wöchentlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,90 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 13 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Leuchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 19. Mai 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 116

Nazi-Provokation in Zeitz gescheitert

Trotz SPD.-Sabotage wuchtige Abwehr durch die Zeitzer Arbeiterschaft — Faschisten bei Weißenfels mit blutigen Köpfen heimgeschickt — Schließt die proletarische Einheitsfront in den Betrieben!

Hitler-Leute haben **ihre Pläne nicht verwirklichen können.** Sie wollen zwei- bis dreitausend Mann stark in Zeitz aufmarschieren und die Zeitzer Arbeiterschaft unter brutalen Terror setzen. Sie haben

eine elende Niederlage einstecken müssen.

Die Sozialdemokratische Partei hatte alles getan, um den Nazis den Erfolg zu sichern. Sie hatte die Neutralität proklamiert und sie hatte die Reichsbannerleute zu einem Matenausflug in den Zeitzer Forst geschickt. Aber die Arbeiter, auch die sozialdemokratischen Arbeiter,

folgten nicht den verräterischen Parolen der SPD., sondern sie versammelten sich um das rote Banner des proletarischen Klassenkampfes,

das von der Kommunistischen Partei aufgerichtet worden ist. Während die Nazi-Leute, 300 Mann stark, durch Zeitz marschierten, wurden sie mit Hohn- und Niederrufen der Arbeiter überschüttet.

Aber der Demonstrationszug der Arbeiter mehr als doppelt so groß

wie die notwendig die revolutionäre Abwehr des Nationalsozialismus ist, dafür erbrachten den Beweis die Vorgänge, die sich in Weißenfels abgespielt haben. Die Nazi-Leute waren nach Zeitz mit der Absicht gefahren, einen regelrechten Ueberfall auf die Arbeiter zu unternehmen. Es erschien ihnen eine günstige Gelegenheit, daß sie bei Weißenfels hallische Arbeiter trafen, die auf dem Wege nach Zeitz waren, um an der Kundgebung teilzunehmen. Nachdem sie sich in ausreichender Weise auf ihren Autos mit Steinen bewaffnet hatten, gingen sie von zwei Seiten gegen die Arbeiter vor.

Aber an der Kühnheit der Arbeiter brach ihr Angriff in sich zusammen. Mit blutigen Köpfen wurden sie heimgeschickt.

Die Polizei des Herrn Krüger konnte die Festnahme der Arbeiter nicht aufrechterhalten. Zu offensichtlich war die Schuld der Hitler-Leute. Um aber wenigstens zu verhindern, daß die hallischen Arbeiter an dem Aufmarsch in Zeitz noch teilnehmen konnten, hat man sie

bis gegen 5 Uhr festgehalten und sie dann nach Halle zurückgebracht.

So hat der Sozialfaschist Krüger wenigstens in dieser Weise dem Hakenkreuzaufmarsch noch eine Unterstützung angedeihen lassen.

Die Arbeiter haben am Sonntag gezeigt, daß sie zum Kampf gegen den Faschismus entschlossen sind.

Aber dies allein genügt nicht. Die Hitler-Banden treiben ihr Unwesen im Auftrage des Finanzkapitals ja nur, um der Unternehmerklasse die Durchführung ihrer Offensive gegen die Arbeiter zu ermöglichen. Dabei gilt es jetzt,

die feste Einheitsfront in den Betrieben zu bilden und den Kampf zu organisieren gegen die Unternehmeroffensive, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für Lohnerhöhung. Deshalb gilt es zur Sicherung dieses Kampfes proletarische Abwehrorgane in den Betrieben zu bilden.

Morgen Mansfeld-Beratung im Landtag

Gelbe und Reformisten für Lohnabbau und Staatssubventionen
Mansfeld-Proleten, pariert den Gegenangriff!

Morgen wird im Preußischen Landtagsausschuß über die Mansfeldfrage verhandelt.

Was soll geholfen werden — der Mansfeld A.-G. oder den Mansfeld-Proleten?

Die Deutschnationalen und die Gelben, einschließlich ihrer famosen „Arbeitervertreter", fordern offen, genau wie die Mansfeld A.-G.,

einen zehnprozentigen Lohnabbau für die Proleten und 7,5 Millionen Staatssubventionen auf Kosten der werktätigen Steuerzahler zugunsten des Unternehmers.

Die Reformisten sind ebenfalls offen für Staatssubventionen.

Staatssubventionen an die Mansfeld A.-G. dienen aber dazu, ihr die notwendigen Mittel zu geben, damit sie ihre Betriebe noch mehr rationalisieren und noch mehr Proleten aufs Straßenpflaster werfen kann.

Was den Lohnabbau betrifft, schwätzen die Reformisten davon, daß er so klein, wie möglich" ausfallen soll, halten aber selbst den Lohnabbau ebenso wie die Massenentlassungen für unerläßlich. Sauer hat im Hettstedter Stadtparlament gesagt:

„Das vorhandene Gebiet Deutschlands gestattet eben nicht, daß alle Menschen versorgt werden."

Es ist im Prinzip derselbe Standpunkt, wie der des wirtschaftsfriedlichen Bürgerblock-Justizministers Bredt, wonach „20 Millionen Menschen in Deutschland zuviel sind".

Bei der Stadtverordnetenversammlung in Eisleben ist festgestellt worden, daß

der sozialdemokratische Regierungspräsident Harnack für den Lohnabbau

der Mansfeld A.-G. ist.

Mansfeld-Proleten! Auch Ihr seid unter diesen 20 Millionen! Die Reformisten raten Euch, Euer Elend als unvermeidliche Tatsache hinzunehmen und wollen es „mildern", indem sie der Mansfeld A.-G. neue Millionen in den Rachen werfen, damit sie Euch besser ausplündern kann.

Die Kommunisten sagen Euch:

Nicht der Mansfeld A.-G. muß geholfen werden, sondern den Mansfeld-Proleten.

Kampfet gegen Lohnabbau! Keine Entlassung!

Den Mansfeld-Proleten aber kann kein anderer helfen, als sie selbst.

Organisiert die rote Einheitsfront des Kampfes um die Siebenstundenschicht bei vollem Lohnausgleich!

Schafft rote Vertrauensleute in allen Betrieben! Wählt Delegierte!

Wenn der Schlichter am 22. Mai einen Schandspruch fällt, dann antwortet mit Kampf!

Der Kampf der 2. Internationale gegen die arbeitende Frau

Von Maria Reese

Die 2. Internationale veranstaltet wieder einmal eine Internationale Frauenwoche. Sie will mit schönen Reden und Musikdarbietungen die Arbeiterinnen von ihrer Politik ablenken. Dazu hat sie alle Ursache.

Im Jahre 1889, auf dem Pariser Kongreß der 2. Internationale, gehörte zur Forderung der vollen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts vor allem

die entschiedene Abwehr des Verbotes der beruflichen Frauenarbeit.

Seit dieser Kampferöffnung sind 41 Jahre vergangen. Die 2. Internationale hat bei ihren seitherigen „Kämpfen und Erfolgen" sich so weit rückwärts entwickelt, daß sie heute ein gesetzliches Verbot (!) der Berufsarbeit der verheirateten Frau — natürlich nur der Arbeiterin — propagiert. Daran ändern auch die sanften Reden der sozialdemokratischen Wohlfahrtstanten und politischen Führerinnen anläßlich der Internationalen Frauenwoche nichts, zumal Gewerkschaftsführerinnen, wie z. B. Frau Gertrud Hanna, sogar in der weiteren Entrechtung der ohnedies minderberechtigten Frau eine „Lösung" der Wirtschaftskrise sehen! Das entspricht ihrer ganzen Politik, die alle Krisen auf dem Rücken der Arbeiterschaft überwinden möchte.

Um die Ungeheuerlichkeit dieses offenen Verrates zu ermessen, muß man bedenken, daß 1889 ungefähr 30 Prozent aller über 14 Jahre alten Frauen berufstätig waren, 1925 aber schon über 50 Prozent.

Allein 32 Prozent aller verheirateten Frauen waren 1925 schon Lohn- und Gehaltsempfänger. Die meisten dieser Frauen trieb die Not in die Fabriken. Ihnen gilt der Kampf der feigen Bonzokratie der 2. Internationale.

Nach der Berufszählung des Statistischen Reichsamtes traten von 1907 bis 1925 3,9 Millionen Männer und fast 3 Millionen Frauen

Wer kämpft gegen Hungerzölle und Steuern?

Nur die KPD., die einzige Arbeiterpartei!
Arbeiterin, Arbeiterfrau komm zu Lenins Partei!

Reichsbanner-Arbeiter in Halle rebellieren

Ein Betrugsmanöver der Alex Möller & Co.

An einer bescheidenen Stelle in der Sonnabend-Nummer des „Volksblatts" befindet sich ein Bericht über die letzte Mitgliederversammlung des Reichsbanners, die am Freitag stattfand. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Möller als Referent schlug sehr „radikale" Töne an.

Ueber die Diskussion ist aus dem „Volksblatt" nur zu erfahren, daß sie lebhaft war und daß sie mit der Annahme einer Entschließung mit allen gegen 6 Stimmen bei 7 Enthalungen endete. In der Entschließung heißt es:

"... Wir fordern vom Bundesvorstand eine eindeutige Erklärung darüber, ob er gewillt ist, den energischsten Kampf gegen die republikfeindliche Regierung Brüning und alle in republikanischen Parteien vorhandenen Bestrebungen, die den Bestand der Republik gefährten, aufzunehmen. Diese Kreise gehören nicht in das Reichsbanner. Falls diese Erklärung nicht erfolgt, sieht sich die Ortsgruppe Halle gezwungen, ihre Umwandlung in eine republikanische Schutzwehr unter Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei vorzunehmen."

Der Bundesvorstand des Reichsbanners wird auf diese Entschließung pfeifen. Er denkt gar nicht daran, seine Verbindung mit der Brüning-Regierung zu lösen. Aber nicht nur bei dem sozialdemokratischen Funktionär Hörsing und seinem Adjutanten Höltermann wird die Entschließung Ablehnung finden, sondern ebenso bei dem Parteivorstand der SPD.

Aber selbst wenn wahr werden könnte, womit in der Entschließung gedroht wird, wenn das hallische Reichsbanner sich selbständig machen und in Anlehnung an die Sozialdemokratische Partei als republikanische Schutzwehr wirken wollte, auch dann würde an dem Charakter der Organisation nichts geändert werden.

Denn die SPD. treibt ja gerade die Politik, die Schritt für Schritt die Lebenslage der Arbeiter herabdrückt und die den Kapitalisten die Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung dadurch sichert. Die SPD. stützt praktisch die Brüning-Regierung, die in Wirklichkeit ja auch nur das Programm der Müller-Regierung durchführt und es dabei dort, wo es ihr notwendig erscheint, ergänzt.

Das Auftreten des Möller ist ein deutliches Zeichen dafür, daß es auch unter den Arbeitermitgliedern der hallischen SPD. zu gären beginnt. Die Entschließung, die Möller in der Reichsbannerversammlung annehmen ließ, soll ein Sicherheitsventil öffnen, soll die Erregung sich verflüchtigen lassen.

Die ehrlichen Arbeiter im Reichsbanner, die ehrlichen SPD.-Arbeiter, werden das neue Betrugsmanöver, das an ihnen ausprobiert wird, sehr bald erkennen.

An den klassenbewußten Arbeitern liegt es, ihnen begreiflich zu machen, daß sie heraus müssen aus dem Reichsbanner, daß sie heraus müssen aus der Sozialdemokratischen Partei, daß ihr Platz nirgends anders sein kann, als in der roten Front unter Führung der Kommunistischen Partei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0001

neu in das Erwerbsleben ein. Diese Entwicklung schreitet immer schneller vorwärts. Heute treten fast ebenso viele Jugendliche weiblichen wie männlichen Geschlechts in das Erwerbsleben ein.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau ist an sich zu begrüßen, denn ein wirtschaftlich abhängiger Mensch bleibt immer mehr oder minder Sklave. Es gilt,

Erleichterung der Arbeitsbedingungen und Entlastung von der mittelalterlichen Hauswirtschaft

zu erkämpfen.

Erleichterung der Arbeitsbedingungen erkämpfen heißt, gegen den Kapitalisten vorgehen. Aber die Bonzen der 2. Internationale wenden den Spieß um gegen das Proteriat. Obendrein veranstalten sie dann auch noch Werbewochen. Daß sie dabei nur mit betrügerischen Methoden vorgehen können, ist selbstverständlich.

Arbeiterfeindliche Kampfmethoden nennen die Vertreter der 2. Internationale stets Realpolitik. Ihren Verrat an den Rechten der arbeitenden Frauen reihen sie auch unter dieser Rubrik ein. Ihre Kriegsvorbereitungen gegen das weibliche Proletariat feiern Triumphe. Die Schamlosigkeit der Ausführungen des Herrn Kummer in Nr. 16 der „Metallarbeiterzeitung" über die „Fabrikarbeit der verheirateten Frauen" kann von dem übelsten Reaktionär nicht überboten werden. Andere Gewerkschaftsblätter stimmen fast täglich offen oder versteckt in den Haßgesang gegen die werktätige Frau ein. Sie versuchen, durch einen Appell an die niedrigsten Instinkte der zurückgebliebensten proletarischen Männer, die Abwehrfront des Proletariats zu spalten.

Der Krieg gegen die verheiratete Proletarierin (und nur um sie handelt es sich, schreibt Herr Kummer!) ist ein eklatantes Beispiel für die Spaltungstaktik der Sozialdemokratie. Gegen den Kapitalismus wollen sie nicht, können sie bei ihrer ideologischen Einstellung nicht kämpfen. Sie wollen der Arbeitslosigkeit nicht einmal durch einen Kampf um die Durchführung des Siebenstundentages zu Leibe gehen. Sie lehnen diesen Kampf in der Praxis nicht nur ab, sie verhindern ihn, wo sie können, und stimmen sogar im Parlament gegen kommunistische Anträge, die den Siebenstundentag fordern. Ihre „Realpolitik" läßt lieber drei Millionen erwerbslos.

Um abzulenken von diesem Verrat, um die Abwehrfront des Gesamtproletariats gegen die Ausbeuter zu spalten, peitschen die Reformisten in der niedrigsten Weise die Geschlechter gegeneinander auf, anstatt sie zu einer Front zu sammeln.

Die Empörung der Erwerbslosen soll nicht die Schützlinge des Reformismus, die brutalen Ausbeuter, treffen. Die SPD. lenkt verräterischerweise diese Empörung auf die wehrlosesten Proletarier ab, die Frauen, deren schweres Los durch Ausnahmegesetze noch verschlimmert werden soll. Das entspricht genau ihrer ganzen politischen Linie, den Schwächsten am schwersten zu belasten, siehe Steuern, Zölle usw.

So sind die Vertreter der 2. Internationale hier wie überall die Vorkämpfer der Reaktion. Ohne diese Kapitalsknechte würde heute niemand von weiblichen Proletariat verlangen, entweder im Zölibat (Ehelosigkeit) zu leben oder auf wirtschaftliche Selbständigkeit zu verzichten. Was hat denn die deutsche Proletarierin in der „freiesten" Verfassung, die ihr die SPD. so oft anpreist? Wird ihr die Eheschließung doch nur erlaubt unter Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit!

Die Sirenengesänge der Frauenwoche der 2. Internationale werden jede klassenbewußte Proletarierin nur zum Kampf gegen die heuchlerischen Verräter mobilisieren. Es gilt, möglichst viele Arbeiterinnen in die Front des revolutionären Proletariats einzureihen, in die Kommunistische Partei und die Gewerkschaftsopposition, die an der Spitze der Massen den Kampf führen gegen die Verräter der 2. Internationale, gegen Knechtung und Ausbeutung,

für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frau, für die Herrschaft der Arbeiterklasse, für die sozialistische Gesellschaft!

Die Abwehr des Weißenfelser Nazi-Ueberfalls

Zur Unterstützung der gegen den Nationalfaschismus demonstrierenden Arbeiter fuhren auch einige Autos mit hallischen Arbeitern nach Zeitz. An dem Gasthof „Drei Wege" auf der Straße Weißenfels-Zeitz machten die Arbeiter kurze Rast. Dort hatten sich auch mehrere Weißenfelser Arbeiter versammelt, die auch mit nach Zeitz fahren wollten. Da auf den Autos kein Platz mehr war, fuhr ein Auto voraus, um leer wieder zurückzukommen und die anderen abzuholen. Dieses Auto war vielleicht eine halbe Stunde weg, da tauchten auf einmal mehrere hundert Meter von den rastenden Arbeitern die Nazis auf.

Als die Nazis die Arbeiter sahen, hielten sie an und luden auf ihre Autos Steine (was von den dort wohnenden Arbeitern bestätigt wurde), um damit die Arbeiter angreifen zu können.

Daß es die Nazis auf einen Angriff abgesehen hatten, beweist schon, daß sie zwei Stunden früher von Halle weggefahren sind als die hallischen Arbeiter. Als sie sich zum Angriff fertig gemacht hatten, wollten sie an den Arbeitern vorbeifahren. Als erster kam ein Motorradfahrer, dann ein Personenwagen, welche unversehrt durchfahren konnten.

Als von dem ersten Lastwagen, der hinter dem Personenwagen fuhr, mit Steinen auf die Arbeiter geworfen wurde, ergriffen die Arbeiter die Offensive und gingen gegen die Nazis vor.

Von den drei Autos, die durchgefahren waren, wovon das eine im Chausseegraben landete, stiegen die Nazis ab. Der größere Trupp der Nazis blieb auf der anderen Seite der Arbeiter, so daß sie die Arbeiter umzingelt hatten und glaubten, von zwei Seiten die Arbeiter niederschlagen zu können. Von beiden Seiten wurde ausgeschwärmt und der Kampf wogte einige Zeit hin und her.

Trotzdem die Nationalsozialisten in der Mehrzahl waren, sahen sie nach einiger Zeit doch ein, daß sie den Arbeiterfäusten nicht gewachsen sind; sie ergriffen die Flucht.

Später bewaffneten sich die Nazis mit Latten und Knüppeln, aber wagten es sich trotzdem nicht, noch einmal gegen die Arbeiter vorzugehen.

Das Resultat des Nazi-Ueberfalls auf die Arbeiter

waren sechs schwerverletzte Nazis, wovon einer in Lebensgefahr schwebt, und vier leichtverletzte Nazis. Auf Arbeiterseite gab's einen Schwer- und zwei Leichtverletzte, die aber alle wieder mit nach Hause fahren konnten, wohingegen von den Nazis mehrere im Krankenhaus bleiben mußten.

Kurze Zeit darauf rückte die Polizei aus dem Polizeiamt Weißenfels an. Jeder einzelne wurde nach Waffen untersucht, fanden wurde bei den Arbeitern nichts, wohingegen

den Nazis 60 bis 70 Latten, mehrere andere Schlagwaffen und einige Revolver abgenommen werden mußten.

Die Arbeiter und auch die Nazis wurden in den Hof des Polizeipräsidiums gebracht, wo die Personalien festgestellt, und die Arbeiter, die die Vorgänge von Anfang an beobachtet hatten, als Zeugen verhört wurden. Um ¾3 Uhr ließ man ein Auto abfahren, damit es nach Zeitz fahren konnte, um die Nazis und Genossen zurückzuholen. Die übrigen Arbeiter wurden, es inzwischen ¾5 Uhr geworden, gewungen, unter Begleitung der Polizei nach Halle zurückzukehren. Auf dem Paradeplatz wurden sie entlassen.

Die Chauffeure der Autos, auf denen die Nazis angekommen waren, lehnten es ab, sie noch weiterzufahren, so daß die Nazis gezwungen waren, mit der Bahn nach Hause zu fahren.

Einwandfrei steht fest, daß die Nazis den Ueberfall auf die Arbeiter wohlüberlegt durchgeführt haben. Wenn die Arbeiter, die die Nazis hätten angreifen wollen, hätten sie unter keinen Umständen ein Auto mit Arbeitern vorausgeschickt. Auch wäre kein Motorrad und der Personenwagen, die mit Nazis in Uniform besetzt waren, nicht heil davongekommen. Ein weiterer Beweis ist doch der, daß die Nazis, als sie die Arbeiter sahen, ihre Autos mit Steinen beladen haben, um damit die Arbeiter zu bombardieren.

400 Textilarbeiter im Kampf

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 17. Mai.

Die Direktion der Krefelder Baumwollspinnerei hatte durch Anschlag bekanntgegeben, daß ab 16. Mai die Löhne (einschließlich die der Lehrlinge) um 10 bis 20 Prozent gesenkt werden. Wer damit nicht einverstanden war, wurde sofort gekündigt. In einer Belegschaftsversammlung wurde dieser freche Unternehmervorstoß in geheimer Abstimmung von den Kollegen und Kolleginnen damit beantwortet, daß die 240 anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen einmütig den Lohnabbau ablehnten und ihre Bereitschaft zum Kampf erklärten. Daraufhin hat die Firma mit der Entlassung der gesamten, 400 Personen starken, Belegschaft geantwortet. Nur diejenigen sollen den Betrieb wieder betreten, die ihr Zugeständnis mit dem Lohnabbau erklären. Die Textilarbeiter haben daraufhin beschlossen, Streikposten aufzustellen, um den Lohnabbau geschlossen abzuwehren.

Der Verlauf des Tages in Zeitz

Eine Reihe Zusammenstöße der Nazis mit Arbeitern erfolgten in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Frech und provokatorisch benahmen sich die Nazis überall. Am Sonntag veranstalteten zunächst eine Kundgebung auf dem Altmarkt. Dort waren die evangelischen Jünglingsvereine mit ihren Posaunen. „Jesu geh voran, auf der Lebensbahn!" — so wurde die Kundgebung der Nazis eingeleitet. Killinger hielt die übliche Nazi-Rede mit: „Deutschland, erwache! — Jude, verreck!" Dann marschierten ganze 320 Mann auf. Ein großer Teil davon waren Jungens, die wohl erst aus der Schule entlassen waren. 12 Schupoleute hängten sich an den Zug und marschierten stramm mit. Sicher wollten sie den Zug etwas verlängern. Es waren bis 3000 Nazis waren angekündigt worden — sogar von der Polizei hatte man mit einer derartigen Beteiligung gerechnet und nun diese Pleite!

Am Abend machten die Nazis noch ein „teutsches" Ständchen im „Schützenhaus"-Saal, der mit großen und kleinen Hakenkreuzen geschmückt war.

Die berufenen Schützer der schwarzrotgoldenen Republik, der Reichsbanner, hatte keine Zeit, in Zeitz zu sein. Es heißt, daß den Maikäfern den Krieg erklärt und war also im Zeitzer Führer der Zeitzer Jungsozialisten, die „linkesten" der Phrasefeure, saßen am Biertisch. Bergholz selbst führte „Kampf" gegen die Nazis im Versammlungssaal in einem Halle. So hatte also die SPD. den Nazis das Feld überlassen.

Dennoch war der Aufmarsch der Arbeiterschaft, den der organisiert hatte, wuchtig und geschlossen. Mindestens doppelt so groß war ihr Demonstrationszug wie der der Nazis. Hunderte begleiteten ihn. Zustimmung und Widerhall fand der Aufmarsch der Arbeiterschaft, während dagegen die Nazis Hohn und Spott empfangen wurden. „Kampf dem Faschismus" — „Gegen das RFB.-Verbot!" waren die Losungen auf den Transparenten der klassenbewußten Arbeiter. Auf dem Marsch fand die Abschlußkundgebung statt. Ueber tausend Arbeiter und Arbeiterinnen zollten den Ausführungen des Genossen Kuhn begeisterte Zustimmung.

Wahlergebnis von Bergmann-Seestraße Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 18. Mai.

Im Betriebe Bergmann-Seestraße (Elektro) fanden gestern Betriebsrätewahlen statt. Es erhielten:

Opposition	1390 Stimmen,
Reformisten	814 Stimmen.

Im Vorjahre erhielten:

Opposition	2118 Stimmen,
Reformisten	1005 Stimmen.

Die Massenentlassungen, von denen in erster Linie die Opposition betroffen wurde, haben das Wahlresultat beeinflußt — aber trotzdem waren schwere opportunistische Fehler unserer Genossen, besonders die Nichtorganisierung des Kampfes gegen die Entlassungen, ausschlaggebend.

Lohnabbauaktion des Bürgerblocks

In der letzten Zeit haben hinter den Kulissen Besprechungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden, in deren Mittelpunkt die Haltung der Schlichtungsinstanzen in den kommenden und künftigen Lohnkonflikten gestanden haben. Das Ergebnis sind Instruktionen an die dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Landesschlichter. Diese waren kürzlich zu einer Besprechung versammelt, in der sie diese Richtlinien in Empfang nahmen. Maßgebend ist die Linie, die der Reichswirtschaftsrat im Haushaltausschuß vertreten hat, daß bei Neuabschlüssen von Lohntarifen unter keinen Umständen Lohnerhöhungen gewährt werden, sondern eine „weitgehende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Industriezweige" erfolgen soll. Lohnabbau wird als ein wichtiges Mittel zur „Wiederbelebung der Wirtschaft" ins Auge gefaßt.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in vertraulichen Unweisungen an die ihr angeschlossenen Verbände vor längerer Zeit den Angriff auf die Löhne vorbereitet. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat schon seit längerer Zeit entsprechend auf die unternehmervertreter der bürgerlichen Reichstagsfraktion eingewirkt und auch in direkten Verhandlungen vom Reichsarbeitsministerium, wie vom Reichswirtschaftsministerium eine „aktive" Stellungnahme der Regierung zur Lohnfrage gefordert. Der Druck wird verstärkt durch die Drohung mit Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Kurzarbeit.

Die Arbeiterschaft muß sich fest hinter der revolutionären Betriebsratsopposition zusammenschließen, überall revolutionäre Vertrauensleute schaffen und den Kampf gegen unsoziale Lohnverschlechterungen aufnehmen.

Kampfanträge fallen unter den Tisch

Die Generalversammlung des DMV. Halle stimmt nicht ab über die sofortige Kündigung der Lohntafel — Dafür Geplänkel zwischen Brandleristen und Sozialfaschisten

A.-K. In der Generalversammlung des DMV. Halle hatte die Opposition vier Anträge eingebracht. Die Kommissare brachten aber nur drei zur Beratung. Der vierte Antrag, der sich scharf gegen die stillschweigende Verlängerung der Lohntafel wandte, wurde nicht zur Beratung gestellt, also glatt unterschlagen!

Der Antrag, den jeder Metallarbeiter als begründet ansehen wird, lautete:

„Die Generalversammlung verurteilt aufs schärfste die stillschweigende Verlängerung der Lohntafel in Mitteldeutschland. Die Metallindustriellen verschärfen die Rationalisierungsmaßnahmen durch immer zahlreichere Entlassungen und durch systematische Drückung der Akkordpreise. Die Erhöhung der Zölle sowie die neue steuerliche Massenbelastung in Verbindung mit einer ständigen Verteuerung der Lebenshaltungskosten der breiten Massen haben die Lebenshaltung der Metallarbeiterschaft ungeheuer verschlechtert. Ganz ungeheure Mißstände herrschen besonders innerhalb der Gießereibetriebe. Bereits im vergangenen Jahre wurde in einer Branchenversammlung zu diesen Mißständen Stellung genommen und Vorschläge zur Abstellung derselben gemacht. Bis zum heutigen Tage ist noch nichts vom Ortsgruppenvorstand sowie von der Bezirksleitung in dieser Richtung unternommen worden.

Die Generalversammlung beschließt die sofortige Kündigung der Lohntafel, die Vorbereitung zur Durchführung eines Wirtschaftskampfes für die von der Opposition aufgestellten Forderungen."

Einen Antrag, der laut Ortsstatut eine Erwerbslosenversammlung acht Tage vor der Generalversammlung forderte, wollten sie damit ohtun, daß eine Erwerbslosenversammlung stattgefunden hätte! (Allerdings, aber nur zwei Tage vorher. Der Ver.) Köhler meckerte über das Ortsstatut. Dasselbe müsse geändert werden. Drescher, der mit Köhler durch dick und dünn geht, natürlich Köhler recht und behauptete, das Ortsstatut weise „Lücken" auf.

Die Opposition soll noch mehr geknebelt werden!

Zum Antrag „Neuwahl der Ortsverwaltung" erklärten sie bezüglich der Generalversammlungsdelegierten nochmals, daß das Ortsstatut geändert werden müsse. Die SPD. brachte dazu den Antrag ein, daß die Delegierten nicht betriebs-, sondern bezirksweise gewählt werden sollen. Das bedeutet, daß man

die Kollegen der Opposition im Betriebe ausschalten möchte, um am grünen Tisch die Vertreter bestimmen zu können!

Drescher war der Meinung, die eingesetzte kommissarische Verwaltung beiehe bis zum letzten Quartal, da sie erst im 4. Quartal eingesetzt worden wäre . . . Merkt Drescher, daß die Kollegen sein Verräterspiel erkannt haben? Fürchtet er, daß der verdiente Fußtritt kommt?

Den Antrag auf Verlesung der Anwesenheitsliste mit der Zugehörigkeit der Delegierten zum Betrieb legte Drescher ad acta mit der Begründung, „kostbare Zeit ginge verloren", — die Vertreter seien noch die alten! Nun, wir wissen aber, daß verschiedene Vertreter erwerbslos sind, die noch als Delegierte der Betriebe fungieren, und weil sie gute Reformisten sind, ist alles in Ordnung!

Der Vortrag von Buchholz über die Verschlechterung der Sozialpolitik stieg dann. Buchholz gab zu, daß die Sozialpolitik in der Sowjetunion die beste in der ganzen Welt sei. Er wollte sich damit anscheinend bei den hallischen Metallarbeitern Kredit verschaffen. Er vergaß aber wohlweislich zu sagen, daß gerade seine Parteifreunde es sind, die den sozialpolitischen Verschlechterungen im Reichstag zugestimmt haben. Der Genosse Kohl holte das nach. Er unterstrich den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion sowie deren gute Sozialpolitik.

Der Kollege Japp begrüßte die „Einheit" in den Gewerkschaften, um den Kampf gegen die Verschlechterungen in der Lebenslage der Arbeiter aufnehmen zu können. Er meint aber, daß eine politische Einheit mit der 2. Internationale nicht möglich sei, da diese seit 1918 zu großen Verrat an der Arbeiterschaft geübt habe. Köhler, darüber empört, wirft Japp vor, daß er noch „Klassenkampf"-Leser sei, obgleich er doch dort ausgeschmiert würde. (Jule, nimm det Brett vom Kopfe Der Ver.).

Die sozialfaschistischen Bonzen betonten, daß man nicht zwiespältig sein dürfe. Man müsse nicht nur die gewerkschaftliche, sondern auch die politische Einheit, daß heißt, man muß als Gewerkschaftslegalist die Taten der Sozialdemokratischen Partei billigen.

Bei der Aussprache über den Streik bei Magdeburg & Werther ließ Dreiser eine wüste Hetzrede gegen den „Klassenkampf" vom Stapel. Die SPD. brachte dann einen Antrag ein, den schärfsten Kampf gegen den „Klassenkampf" aufzunehmen. Bevor es zur Abstimmung kam, zogen diese — Strategen wider den „Klassenkampf" — denselben wieder zurück . . . !

Die Abstimmung über die Delegierten zum 19. Verbandstag des DMV. ergab folgendes Resultat:

König 77, Heimberger 61, Japp 77, Pfeiffer 59. Die Opposition erhält: **Eckmann 35, Thomann 34, Groß 38, Domgalla 32 Stimmen.**

Die Generalversammlung bewies wiederum, daß trotz aller Ausschlüsse, trotz aller Terrormaßnahmen die Opposition nicht totzukriegen ist. Sie wird nur von Bonzen totgeschwindelt, die Fraktionssitzungen der Amsterdamer nur zuwege bringen, wenn sie im „Volksblatt" hervorheben „Kosten entstehen nicht", also wenn sie die Zeche für die reformistischen Funktionäre bezahlen!!! So weit haben sie den Verband auf den Hund gebracht . . .

Die Opposition wird mit aller Energie auch bei den hallischen Metallarbeitern weiter revolutionäre Arbeit leisten, sie wird die Kampffront organisieren auf der Linie gegen die Metallindustriellen und ihre Lakaien, die Bonzen, nur so kann die Metallarbeiterschaft vorwärts kommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0002

Macdonalds Blutgericht in Scholapur

„Die Truppen lassen ihrer Mordlust freien Lauf"

London, 17. Mai. In Scholapur, dem Sturmzentrum der indischen Revolution, ist die Lage immer noch äußerst ernst. Die Standrecht, das nach dem Einzug der britischen Truppen durch die lokalen Militärbehörden verhängt worden ist, ist jetzt durch eine Ordonnanz des Vizekönigs bestätigt worden. Die Order enthält einen Passus, wonach der bis jetzt für Scholapur beschränkte Ausnahmezustand ohne weiteres auf ganz Indien ausgedehnt werden kann. Der Kommandant der in Scholapur stationierten Truppen ist mit sämtlichen Vollmachten ausgestattet, um mit größter Strenge alle Unruhen zu unterdrücken.

Entgegen den durch die britische Zensur gelaufenen Berichten sollen die Fabriken in Scholapur noch still.

Das Dekret ermächtigt die Militärbehörden zur Ergreifung außerordentlicher Maßnahmen, darunter des Verbots der Fahne des indischen Nationalkongresses, des Verbots, nach bestimmten Zeiten auf der Straße zu erscheinen, des Rechts auf Erschießen bei Fluchtversuch, des Verbots, Gandhi-Mützen zu tragen, des Verbots, politischen Verhafteten Nahrungsmittel zu übergeben, des Verbots von Versammlungen usw. Die Militärbehörden werden zu Requisitionen von Transportmitteln und des Vermögens sowie zur Mobilisierung zur Zwangsarbeit berechtigt. Scholapur erhält außer den Zivilgerichten besondere Kriegsgerichte. Die Prügelstrafe wurde eingeführt.

„Entfesselte Mordlust"

Das vom Komitee des Nationalkongresses in Bombay herausgegebene Bulletin, das von der Regierung verboten wurde, veröffentlicht erschütternde Einzelheiten über das Terrorregime in Scholapur. Das Bulletin berichtet, daß die Polizei und die Truppen „ihrer furchtbaren Mordlust freien Lauf lassen". „Das Gemetzel", heißt es weiter, „geht fort unter dem direkten Kommando des Militärkommandanten Maylair und des Distriktsgouverneurs Kight. Angesichts des Blutvades in Scholapur verblaßt „Black and Tans" bei der Unterdrückung des Aufstandes in Irland. Wenn das die humanen Prinzipien sind, von denen sich das britische Regime in Indien leiten läßt, dann ziehen wir gern die Moral der Apachen und die Aufrichtigkeit der Menschenfresser vor."

Auf Grund dieser Mitteilungen über die Lage in Scholapur wurde das Bulletin auf zwei Monate verboten.

Wachsende Aktivität der Bauern

Bombay, 17. Mai. Die Kampagne der Steuerverweigerung greift in den bäuerlichen Bezirken weiter um sich. In den Provinzen Bengalen und Bihar wurden Beschlüsse auf vollständige Verweigerung sämtlicher Steuern gefaßt.

Die Gandhi-Anhänger wenden in diesen Bezirken alle Ueberredungskünste auf, um die Bauern zur Beschränkung des Steuerstreiks auf die Ueberwachungszone zu bewegen, während sie in anderen Bezirken, wie zum Beispiel Gujerat, zur Verweigerung aller Steuern auffordern. Die Ursachen dieser zwiespältigen Haltung der Gandhi-Anhänger sind darin zu suchen, daß in Gujerat die Steuern direkt von den britischen Behörden, in Bengalen und Bihar dagegen durch die indischen Grundbesitzer eingezogen werden.

Terror gegen indische Eisenbahner

Bombay, 16. Mai. Hunderte von Arbeitern der großen indischen Eisenbahn, die am Streik teilgenommen haben, sind obdachlos geworden. Die Exmittierung wird mit großer Härte vollzogen. Nach einer Meldung aus „Bombay Chronicle" sind 28 000 Arbeiter, die sich am Streik beteiligt haben, entlassen worden.

„Mit dem Schwert . . ."

London, 17. Mai. Joynson Hicks, Innenminister der ehemaligen Baldwin-Regierung und frommer Kirchenjünger, erklärte zum Vorgehen Englands in Indien:

„Wir haben Indien nicht erobert zum Nutzen der Inder. Ich weiß, daß auf Missionskundgebungen (!) gesagt wird, daß wir Indien erobert haben, um die Lebenslage der Inder zu verbessern. Das ist Schwindel. (!) Wir eroberten Indien durch das Schwert und durch das Schwert werden wir es behaupten."

*

London, 17. Mai. Die „Morning Post" schreibt zur Lage in Indien: „Das britische Imperium war niemals in einer größeren Gefahr als jetzt. Bei dem gegenwärtigen Stand unserer Finanzen und unserer Industrie, und angesichts der Ereignisse in Indien ist es sinnlos, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen."

Am 24. Mai veranstaltet Großbritannien, mit Macdonald an der Spitze, einen „Tag des Imperiums". Dieser Tag wird zu einem großen nationalen Rummel ausgestaltet, um Enthusiasmus zu wecken für das Regime der Unterdrückung und des Blutterrors.

Die britischen Arbeiter und die aufständischen Massen in Indien werden diesen Tag in einen „Nieder-mit-dem-Imperium"-Tag verwandeln und der englischen Bourgeoisie zum Bewußtsein bringen, auf welch hohlen Füßen ihr Unterdrückungssystem heute bereits steht.

18 Kommunisten in Mukden hingerichtet

Schanghai, 17. Mai. Wie aus Mukden gemeldet wird, wurden auf Befehl des Marschalls Tschangchsueliang 18 Kommunisten am Freitag standrechtlich erschossen. Den in Tschanschun verhafteten Revolutionären wurde das „Verbrechen" des Hochverrats gegen die Regierung der Mandschurei und ein Anschlag auf das Leben des Mukdener Herrschers vorgeworfen.

Die verschiedenen Gewalthaber in China sehen mit Schrecken den grandiosen Vormarsch der Revolution, die machtvolle Entwicklung und Ausbreitung der Sowjetgebiete. Sie ahnen ihr historisches Schicksal und versuchen durch den grausamsten und blutigsten Terror die Entfaltung der revolutionären Bewegung in ihren Gebieten aufzuhalten. Unmöglich! Für einen erschlagenen oder erschossenen Revolutionär stoßen Hunderte gemeinschtete chinesische Arbeiter und Bauern neu vor, die gefallenen Kämpfer zu rächen. Die leidenschaftlichen Sympathien des internationalen Proletariats gehören den Märtyrern der chinesischen Revolution!

Rote Truppen vor Wuhau

Peking, 16. Mai. Sechs kommunistische Truppenteile rücken nach Wuhau vor. Mehrere tausend Kommunisten besetzen eine kleinere Stadt, 30 Kilometer westlich von Hankau. Aus den von den revolutionären Truppen besetzten Bezirken sind 50 000 Flüchtlinge: Regierungsbeamte, Gutsbesitzer, Kaufleute mit ihren Familien in Hankau eingetroffen.

Vom Kriegsschauplatz in China

London, 16. Mai. Ueber den Generalskrieg in China treffen einander widersprechende Nachrichten ein. Aus Nanking wird gemeldet, daß die Truppen Tschangkaischeks nördlich und südlich der Lunghai-Eisenbahn an der Grenze von Kiangsu und Honan wichtige Erfolge erzielten. Die Stadt Putscheng sei eingenommen worden. Bei Putschau seien 10 000 Gefangene gemacht und 7000 Gewehre erbeutet worden. Das Hauptquartier des Zweiten Armeekorps sei nach Tangschau (Kiangsu) vorgeschoben worden. Im Süden sollen die Nanking-Truppen Hsintschau eingenommen haben, das etwa 250 Meilen von Kanton entfernt liegt und einer der wichtigsten Stützpunkte der Truppen Yens war.

Die Pekinger Meldungen des Generals Yen besagen dagegen, daß bisher noch gar keine großen Kämpfe stattgefunden haben und daß eine Division Nankingtruppen in Schantung zu ihnen übergegangen sei und die Regierungstruppen in Nordschantung abgeschnitten habe.

Telegramme aus Nanking kündigen die Ernennung Marschall Tschangchsueliangs, des Beherrschers von Mukden, zum stellvertretenden Generalissimus der Regierungstruppen an, während von den nördlichen Führern behauptet

Die „Internationale" in der indochinesischen Kaserne

Paris, 16. Mai. Die „Humanité" meldet aus Yen Bay, daß die Musiker eines Tirailleurregimentes bei einem Appell statt des vorgeschriebenen Marsches plötzlich die „Internationale" spielten.

Diese neue Gehorsamsverweigerung indochinesischer Soldaten ist ein Beweis für den unüberwindlichen Kampfesmut der Kolonialsklaven.

Die Repressalien des französischen Imperialismus in Indochina gehen ununterbrochen weiter. Unter den zahlreichen Verhaftungen der letzten Tage muß jene von Dao-Trang-Nghiep hervorgehoben werden, der beschuldigt wird, politische Morde und Mordversuche organisiert und am 10. Februar in Honoi Bomben geworfen zu haben.

In den Rebellendörfern des Bezirkes Cat-Ngam, in denen am 1. Mai zahlreiche rote Fahnen flatterten, soll „die Ordnung" wiederhergestellt werden. Bis jetzt wurden bei den Repressalien fünf Eingeborene getötet.

Das internationale Proletariat muß seine Protestaktion zur Rettung der mit dem Tode bedrohten 39 anamitischen Revolutionskämpfer verstärken.

Zehn Pariser Kommunisten, die in den Kasernen von Paris Exemplare der Zeitung „Avantgarde" verteilt hatten, wurden zu je zwei Jahren Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe verurteilt.

Der Nachfolger Kutzeposts, General Miller, ist in Prag eingetroffen. Der Aufenthalt Millers in Prag dient dem Zweck, alle weißgardistischen Kräfte in der Tschechoslowakei zusammenzufassen.

Werktätige Bauern, helft den indischen Brüdern!

Das Europäische Bauernkomitee erläßt einen Aufruf zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Indien, in dem es heißt:

„Die revolutionäre Bauernschaft Europas, die sich auf ihrem Europäischen Bauernkongreß vorbehaltlos mit dem Kampf der unterdrückten Kolonialsklaven solidarisierte, begrüßt mit Freuden den Uebergang der Arbeiter- und Bauernmassen Indiens zum aktiven Widerstand und Angriff gegen den Machtapparat des englischen Imperialismus. Sie fordert sofortige Freilassung der verhafteten indischen Freiheitskämpfer, sowie die lebenslänglichen Zurückziehung der britischen Truppen und Behörden aus Indien.

Der indische Freiheitskampf ist für die werktätige Bauernschaft Europas ein gewaltiger Ansporn, um in ihren Ländern an der Seite der Arbeiterschaft den Kampf für die eigene Befreiung vom Joche der imperialistischen Machthaber zu steigern. Der siegreiche Befreiungskampf ist zugleich die tatkräftigste Unterstützung des Kampfes unserer Brüder in den Kolonien."

Copyright by Agis-Verlag, Wien-Berlin.

(Fortsetzung

„Wünscht sonst noch jemand das Wort?"

Da meldet sich der Genosse mit dem Bleistift und dem Block. „Genossen! — Ich — spreche — hier — für — die — Fraktion — Liebknecht!"

„Ist ja, das alte Lied!"

„Jawohl, Genossen, wir anerkennen — darin sind wir mit ihnen einig — in Deutschland nur eine Fraktion Liebknecht!! — Es haben uns mit den Anschauungen der Arbeitsgemeinschaft auch auseinanderzusetzen. Nur die klare Herausarbeitung der Gegensätze kann Klarheit schaffen über Weg und Ziel der Arbeiterbewegung nach diesem tiefen Fall. — Das als Vorbemerkung."

Nach einer kurzen Pause fährt er fort.

„Genossen, der Vorredner hat ganz offen, und der Referent bestätigt, die Fraktion Liebknecht des Verrats am Proletariat beschuldigt, trotzdem dafür jeder Beweis fehlt. Um Großes zu vollbringen, muß man gewiß begeistert sein, — aber blinde Begeisterung, die nicht mit schärfstem Blick für die Klassenlage gepaart ist, führt in jene Zusammenbrüche, von denen der Krieg nur ein Beispiel ist. Und nun zur Sache:

Wir wissen festhalten an der alten sozialistischen Erkenntnis, daß dieser Krieg nicht nur ein Werk von bösen Männern, ein Kriegsmachern ist. So richtig es ist, daß diejenigen, die die Lunte ins Pulverfaß schleuderten, den Anstoßt gaben für das Weitergemetzel, so richtig ist es auch, daß die Regierungen und Kommandeure der herrschenden Klassen nur ausführende Werkzeuge der herrschenden Klasse sind. Der Krieg ist nichts weiter als die Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen Mitteln!

Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt sich nach bestimmten gesetzmäßigen Formen. Der Kleinbetrieb weicht dem Großbetrieb, der einzelne Großbetrieb der Aktiengesellschaft. Die große Industrie vermehrt die Herstellung von Waren in immer rasenderem Tempo. Der Konkurrenzkampf um den Absatz auf dem Weltmarkt, der Kampf um den ‚Platz an der Sonne', die Epoche des Imperialismus beginnt.

Absatzstockungen entstehen, das Proletariat muß feiern und hungern, weil es zu viel Waren erzeugt! Die Privateigentumsordnung erreicht jene historische Stufe, wo aus der Krise die Katastrophe wächst.

Der Profitordnung droht der große Zusammenbruch. Jede nationale Kapitalmacht sucht nach dem günstigen Zeitpunkt, um durch Koalition mit andern Mächten den gordischen Knoten mit Eisen und Blei zu durchschlagen; sich durch die Niederwerfung der imperialistischen Rivalen die nötige Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Der Zeitpunkt ist da, wo das Weltproletariat der reißenden Bestie in den Arm fallen, der Sozialismus Fleisch und Blut werden muß!"

„Hier, Genossen", fährt der Redner fort, „wo zwei Welten zusammenstoßen, wo stinkender Patriotismus, Aufstachelung niedrigster Instinkte, Lüge und Gemeinheit doch nur Mittel sind, um das Proletariat von der Grundfrage abzulenken, tut nur der seine Pflicht dem Proletariat gegenüber, der ihm die ganze ungeschminkte, nackte Wahrheit sagt. Hier hört jede ‚Taktik' auf. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder!

Diese Pflicht haben Liebknecht und Genossen getan! Wenn sie deswegen Verräter sein sollen, dann werden sie den Vorwurf tragen wie wir, in der Erkenntnis, daß die Zeit kommen wird, in der Proletarier, die vorgeben, für den Sozialismus zu kämpfen, nicht mehr einstimmen werden in den Choral der patriotischen Meute!

Darum, Genossen, — kennen — wir — nur — eine — Fraktion — Liebknecht!"

Der Redner macht eine Pause; die Stimmung scheint umzuschlagen. Eine fühlbare Spannung liegt in dem dunklen Raum.

Auch Franz wird persönlicher: „Mach nicht so lange, Karl", sagt er in kameradschaftlichem Ton; „das ist doch gewesen, wozu alle Kamellen immer wieder aufwärmen!"

Karl scheint gefunden zu haben, was er suchte, und fährt fort: „Nein, Genosse, das ist nicht gewesen, das ist noch!

Ich habe hier eure Begründung für die Verweigerung der Kriegskredite, daß Deutschlands Grenzen nun ‚frei vom Feinde' seien! Wenn das maßgebend ist, dann können wir uns darauf gefaßt machen, daß ihr bei der nächsten besten Gelegenheit — wenn die deutschen Heere eine Schlappe erleiden und über die Grenzen zurückgehen müssen — wieder in die patriotische Front einschwenkt. Ihr steht — laut eurer Begründung — nicht auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes, sondern macht eure Taktik abhängig von dem Kriegsglück der deutschen Regierung. Eure Stellung zum Krieg und Frieden ist keine proletarisch-revolutionäre, sondern eine bürgerlich-pazifistische. Unsere Meinung aber ist, daß der kapitalistische Friede nur auf dem Rücken des Proletariats möglich ist, genau so wie der imperialistische Krieg. Der proletarische Frieden aber ist nur möglich durch die Revolution! Torkelt das Proletariat in den Frieden hinein, wie es in den Krieg hineintorkelte, bezahlt es die Zeche dieses Friedens vielleicht mit noch gewaltigeren Opfern an Gut und Blut.

Es ist der große Irrtum des Pazifismus, daß er den untrennbaren Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus nicht sehen will. Eine solche Taktik, die nicht von den großen historischen Zusammenhängen ausgeht, dient nicht der großen Aufgabe der Internationalisierung der proletarischen Gedankenwelt, sondern bleibt in ‚nationalen Belangen' stecken, und zerreißt die internationale Solidarität der Arbeiter. Sie erschöpft sich in der radikalen Phrase."

Der Vorsitzende klingelt leise; Karl versteht den Wink und bemerkt: „Ich bin gleich am Schluß; nur einige Bemerkungen zu den Ausführungen bezüglich der Meinungsverschiedenheit zwischen der Fraktion Liebknecht und der Gruppe Internationale:

Die Tatsache, daß nicht nur die Partei, sondern auch die Gewerkschaften fast ausnahmslos und mit fliegenden Fahnen in das Lager des Imperialismus überliefern oder in pazifistischer Resignation stecken bleiben, hebt die Frage von Führer und Massen in ein neues Licht. Wir haben die Pflicht, aus den Erfahrungen zu lernen; zu begreifen, daß neuer Inhalt der proletarischen Aktion auch andere organisatorische Formen bedingt. Wo eine Welt zusammenbricht, gilt es der Armee der proletarischen Klasse, die mühsam ihre versprengten Kräfte sammelt, mit Rat und Tat beizustehen, ihrer Aktion Inhalt und Formen zu geben, wie dies die konkreten Verhältnisse bedingen. Die alten Formen der Arbeiterbewegung sind von Hebeln des Klassenkampfes zu Fesseln geworden. Welche anderen Formen der Kampf sich schaffen wird, wird die Zukunft erweisen.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0003

Das Reichsbanner paradiert vor Hindenburg

(Eig. Drahtbericht.) **Berlin**, 19. Mai.

Die „Welt am Montag" erklärt, daß am 19. und 20. Juli in Mainz die offizielle „Rhein-Befreiungsfeier" der Reichsregierung in Anwesenheit Hindenburgs stattfinden wird. An dieser Feier wird das Reichsbanner teilnehmen. Die Bundesleitung des Reichsbanners und zahlreiche Abteilungen werden bereits am Sonnabend, dem 19. Juli, in Mainz eintreffen und den „Retter" bei seiner Ankunft am Rhein nicht nur begrüßen, sondern ihm einen Zapfenstreich aller Reichsbannerkapellen bringen. Der Höhepunkt der Feier wird der Massenaufmarsch des Reichsbanners und die Enthüllung des sogenannten „Befreiungsdenkmals" sein.

Hindenburg im Kreise der Bürgerblockregierung, umjubelt vom Reichsbanner. Hindenburg, der die Parade des Reichsbanners im Stechschritt abnimmt, der ihren Zapfenstreich und Fackelzug abnimmt und damit zum Ehrenmitglied des Reichsbanners avanciert — das ist die eindeutige Bestimmung des Reichsbanners als Schutzgarde der Bürgerblockregierung. Die Reichsbanner-Arbeiter müssen daraus die einzig mögliche Konsequenz ziehen: Heraus aus dem Reichsbanner!

Moldenhauers Sonntagsrede

Neue Lasten auf die Schultern der werktätigen Massen — Besitzsteuersenkungen

(Eig. Drahtbericht.) **Berlin**, 19. Mai.

Auf der Reichsbeamten-Tagung der Deutschen Volkspartei sprach gestern der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Er erklärte es für notwendig, durch rücksichtslose Steuerpolitik den Etat in Ordnung zu bringen. Wenn sich jetzt die Lage erneut verschlechtert habe und mit Mehrausgaben von 300 Millionen für die Erwerbslosen gerechnet werden müsse, so würden auch hieraus mit ernstem Willen die Folgerungen gezogen werden müssen. Es müsse alles getan werden, um Angriffe auf den Etat abzuwehren.

Der Sinn dieser Erklärung ist eindeutig und heißt: Keine Erhöhung der Gehälter für die unteren Beamten, die durch die Steuer- und Zollpolitik der Hermann-Müller- und der Bürgerblockregierung immer sinken. Keinen Pfennig für die Erwerbslosen, keinen Pfennig für Sozialausgaben, weitere Besitzsteuersenkungen.

Preußenkabinett mit der Junkerhilfe einverstanden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 16. Mai.

Gestern hat das Reichskabinett das Osthilfegesetz, durch das über eine Milliarde in die Taschen der ostelbischen Junker innerhalb der nächsten fünf Jahre fließen sollen, verabschiedet. Bei dieser Beschlußfassung waren die Vertreter der sozialdemokratisch-preußischen Koalitionsregierung anwesend.

Heute traten die Minister und Referenten zu einer Länderbesprechung über das Osthilfegesetz zusammen. Es ist beabsichtigt, die Verteilung dieses Milliardengeschenkes in die „bewährte Hand" des volksnationalen Ministers Treviranus zu legen. Ihm zur Seite wird der unter dem Namen „Schweine-Schmidt" bekannte Staatssekretär gestellt. Im ganzen sieht das Osthilfegesetz eine Ausgabe von etwa

600 Millionen an Barmitteln und 440 Millionen Reichsbürgschaft für die landwirtschaftliche Umschuldung in den nächsten fünf Jahren vor, die ausschließlich den Großgrundbesitzern und den Großbauern zugute kommen.

Im einzelnen sollen diese Millionengeschenke dienen zur Senkung der Steuern für die Gutsbesitzer und Großbauern sowie zu einer Herabsetzung der Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsfrachten, ferner zu einer Kredithilfe für die Großgrundbesitzer und die Hypothekenbanken, zu einer Zinsentilgung und Umschuldung des Landbesitzes der Junker.

Im laufenden Jahre werden 116 Millionen Mark für die Osthilfe ausgegeben, die teilweise in einem Nachtragsetat angefordert werden sollen. Um die Mittel für die Junkerhilfe freizubekommen, werden 180 Millionen am Sozialetat gestrichen.

Breslauer SPD.-Arbeiter gegen Antisowjethetze des „Volksbl

In einem Leitartikel, der eine erstaunliche Unkenntnis der historischen Bedingungen nicht nur der proletarischen Revolution, sondern sogar der bürgerlichen Revolution in ihrer klassischen Form (der französischen Revolution von 1789) verrät, versucht der Chefredakteur des „Volksblattes", Loops, den schändlichen Aufruf der 2. Internationale gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Wir beschränken uns heute darauf, dem Loops die Stellungnahme der Arbeitermitglieder der Breslauer SPD. entgegenzustellen.

Am 14. Mai tagte in Breslau die Mitgliederversammlung der SPD., auf der der „linke" Phraseur Seydewitz-Zwickau über das Thema „Das Ende der Koalition" referierte. Bezeichnenderweise war dies seit Dezember die erste Mitgliederversammlung, die — nach den Ausführungen des Vorsitzenden — „zu den großen Fragen der Reichspolitik Stellung nahm". (!!) Seydewitz hob mit „linken" Phrasen an und mußte schließlich zugeben: „Wir haben das Ende der Koalition nicht zu bedauern.

Nach 21 Monaten Koalitionspolitik ist die Lage des Proletariats trostloser und aussichtsloser als vordem."

Nach einer Diskussion, in der sich eine Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter sehr scharf gegen den Aufruf der II. Internationale an die Arbeiter der Sowjetunion aussprachen, wurde folgende Resolution gegen den Widerstand der Bonzen angenommen:

„Die SPD. Groß-Breslaus kann nur mit Bedauern von dem Aufruf der SAJ. an die Arbeiter Rußlands Kenntnis nehmen, da dort die Entwicklung der USSR. ohne zwingenden Grund ungünstiger beurteilt wird als auf dem Kongreß in Marseille. Sie fürchtet, daß diese pessimistische (?) Stimmung nicht der Rettung der russischen Revolution dienen wird, sondern zu ihrer Rückrevidierung benützt werden kann. Die ökonomischen und sozialen Fortschritte der Sowjetu[illegible] Grund zu der steigenden Hetze der ganzen Welt[illegible] geben der Welt ein Beispiel, daß eine Gesellschaft[illegible] Kapitalisten existieren kann, und sie verdienen ihr[illegible] Interesse (!) und schuldbewußte Wachsamkeit. Die Ko[illegible] demokratie ist der Meinung, daß der Skeptizismus [illegible] Sowjet-Rußland ein Hindernis ist, diese so natu[illegible] der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu erreichen. Sie [illegible] den Aufruf der SAJ. erweitern (?!) mit der be[illegible] entsprechenden Forderung: Proletarier aller Länder [illegible] Euch zum Schutze der Sowjetunion!"

Einer der Diskussionsredner legte eine bedeutun[illegible] Resolution vor, die von der sozialdemokratischen [illegible] schlagen wird. Schließlich einigte man sich auf das [illegible] Führer auf obige Fassung. In der Diskussion erklärt[illegible] daß der Aufruf der Internationale den Eindruck erw[illegible] es den Arbeitern kapitalistischer Länder besser als [illegible] ginge"!

Die Vorgänge in der Mitgliederversammlung der Bres[illegible] sind ein Beweis dafür, daß die sozialdemokratischen Arb[illegible] kennen beginnen, wem die Sowjethetze der Sozialdem[illegible] Partei in Wirklichkeit dient: den Ausbeutern in Deu[illegible] in den übrigen kapitalistischen Ländern, und wem sie [illegible] nur den russischen Arbeitern, sondern ebenso sehr den [illegible] Deutschland und den übrigen kapitalistischen Ländern [illegible] genügt nicht, das werden die Breslauer Arbeiter [illegible] innerhalb der SPD. gegen die arbeiterfeindliche [illegible] Partei zu protestieren. Klassenbewußte SPD.-Arbeiter [illegible] nicht in der SPD. bleiben. Sie gehören in die proletarische [illegible] front unter Führung der Kommunistischen Partei.

Nazi-Frick subventioniert die Hitler-Jugend

(Eig. Drahtm.) **Weimar**, 17. Mai.

Im Landtag von Thüringen ist die Lage unverändert. Auch in der gestrigen Sitzung waren die Nationalsozialisten nicht erschienen. Der Minister Frick hält an der Forderung fest, einen jungen Nationalsozialisten zum Polizeidirektor von Weimar zu befördern. Er erklärte, wenn ein Nationalsozialist Innenminister werden könnte, müsse es auch nationalsozialistische Polizeibeamten geben.

Die kommunistische Fraktion hat einen Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht, der am Montag behandelt wird.

Frick hat aus dem Staatsfonds zur Förderung künstlerischer und kultureller Bestrebungen einen größeren Betrag dem Kampfbund der Hitler-Jugend, dem sogenannten „Kampfbund für deutsche Kultur", überwiesen. Ferner hat Frick eine Verordnung an die Stadtverwaltung erlassen, daß Gesuche fremdrassiger Ausländer um Naturalisierung grundsätzlich abgelehnt werden. In Ausnahmefällen müssen Anträge ihm zur Begutachtung vorgelegt werden. Durch diese albernen demagogischen Mätzchen wird selbstverständlich kein Arbeiter satt werden.

Pariser Postler beschließen General[illegible]

In einer überfüllten Versammlung der revolutionä[illegible] beamten- und Angestelltengewerkschaften wurde ein Be[illegible] beschleunigte Durchführung eines 24stündigen General[illegible] sämtliche Post-, Telegraphen- und Telephonangestellte [illegible] allen Dienststellen wurden Kampfleitungen gewählt, die [illegible] treter zur Konstituierung der Zentralkampfleitung entsen[illegible] Generalstreik soll bereits am Sonnabendvormittag einge[illegible] von der Versammlung angenommene Entschließung [illegible] die Regierung keine Strafmaßnahmen ergreift und daß [illegible] lassungen vorgenommen werden dürfen. Die Kampfs[illegible] Postler ist glänzend.

Die französische Regierung hat beschlossen, den Streik [illegible] beamten mit verschärften Maßnahmen zu unterdrücken. [illegible] wichtigen Punkten der Stadt, vor der Börse und den [illegible] graphen- und Telephonämtern sind starke Polizeikommandos [illegible] Den verschiedenen Postdirektionen wurden Abteilungen [illegible] Telegraphenregimenter zur Verfügung gestellt.

Bei Beginn des Streiks soll das Militär sofort den [illegible] übernehmen.

Gegen eine große Anzahl von Beamten, die sich am Pos[illegible] beteiligt haben, wurden Strafmaßnahmen ergriffen. Endl[illegible] Außerdienststellung und Einleitung von Disziplinarverfa[illegible] genommen. Die reformistischen Gewerkschaften sind nur bei [illegible] zurückgewichen und empfehlen ihren Anhängern, die Ruhe [illegible] zuerhalten.

Walhalla
Täglich 20 Uhr:
Die pompöse Revue
Immer oben auf
in 26 ergötzlichen Bildern
Große Attraktionen
50 Mitwirkende
2783

MODERNES THEATER
Heute 20 Uhr:
Neuer Spielplan
der 2729
Kölner Lachbühne
mit
Schmitt u. Weißweiler
Zum Tanz:
Kapelle Kurt Adam

Sofort Geld
erhalten redegewandte Leute beim Verkauf von Futtermitteln
Kreuer, Dresden-Schlieffenstraße 143

Ehrenerklärung!
Die über den Herrn Bäckermeister Otto Roth aus Teuchitz ausgestreute Nachrede nehmen wir hiermit zurück.
Fr. Köhler

Stadt-Theater
Heute, Montag 19—22 Uhr
Propheten
Schauspiel von Hanns Johst
Dienstag 19 bis 22½ Uhr
Meister Guido
Komische Oper von Hermann Röhrl

Prima Ware billige Preise
2734 in der
Nordsee
2 Kühlwaggons
Pa. Kabeljau ohne Kopf . . Pfd. 25 ₰
Pa. Schellfisch ohne Kopf . . Pfd. 35 ₰
Pa. Goldbarsch ohne Kopf . . . Pfd. 38 ₰
Kabeljaufilet, ohne Haut und Gräten . . . . . ℔ 45 ₰
Kabonaden, bratfertig . . ℔ 40 ₰
Ferner empfehlen täglich von 10—19 Uhr
Backfisch heißt aus der Pfanne . . Pfd. 80 ₰
im Speiseraum:
Portion mit Kartoffelsalat . . . 60 ₰
Zum Mitnehmen . . . . . 55 ₰

Wie ein Jungborn wirkt
das vollmundige, jung und alt belömmliche, blutbildende und nervenberuhigende
Köstritzer Schwarzbier
2723

Farben
für Kalk, Leim, Zement, für Putz- u. Fassadenanstrich
echte u. wetterfeste Mineralfarb. kauf. Sie vorteilh.
Maass & Co., Fabrik für Lacke, Farben und Anstrichfarben
nur Herrenstraße 11 — Gegründet 1919 — Telephon

Volkspark
Morgen, Dienstag, 20 Uhr
3. Sommerkonzert
2732 ausgeführt vom Hallischen Symphonie-Orchester unter Leitung von Benno Pöß
Eintrittspreis 40 Pfennig

Nur 50 Pfennig
beträgt der monatl. Abonnementspreis für das Organ der Werktätigen in Stadt und Land
„Mitteldeutsches Echo"
Bestellungen nehmen alle Trägerinnen und Postanstalten entgegen, wie der Verlag Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Wegen Todesfall bleibt mein Geschäft am Mittwoch geschlossen 2735
H. Wiebach
Schuhe engros u. detail
Kleine Ulrichstraße 11/12

Neue Bücher für den Arbeiter

Daudiestel: **Das Opfer.** Ein Roman von Krieg, Aufstand und Revolution . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Bela Illes: **Die Generalprobe.** Der erste Roman der ungarischen Revolution . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Olbrecht: **Aana.** Roman einer Arbeiterin gebd. 5,00 kart. [illegible]
Wera Inber: **Der Platz an der Sonne** . . . . . kartoniert [illegible]
Grünberg: **Brennende Ruhr.** . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Otwald: **Ruhe und Ordnung.** . . . . . gebd. 4,80 kart. [illegible]
Fadejew: **Die 19.** Roman aus d. russischen Bürgerkriege . . . . . gebd. [illegible]
Iwanow: **Der Buchstabe G.** Ausgewählte Erzählungen . . . . . gebd. 6,50 kart. [illegible]
Larissa Reißner: **Oktober.** Neueste Ausgabe . . . . . gebd. 6,50 kart. [illegible]
Scholochow: **Der stille Don** . . . . . gebd. 7,00 kart. [illegible]
Scharrer: **Vaterlandslose Gesellen.** Das Kriegsbuch der Arbeiter . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Plivier: **Des Kaisers Kulis.** . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Tureck: **Ein Prolet erzählt.** . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Gumbel: **Verräter verfallen der Feme.** . . . . . kart. [illegible]
Albert Hotropp: **Fischkutter H. F. 13** . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]
Otto Heller: **Sibirien, ein anderes Amerika** . . . . . gebd. 5,00 kart. [illegible]

Soeben erschienen:
Alex Radó: **Atlas für Politik, Wirtschaft und Arbeiter-Bewegung.** 1. Der Imperialismus . . . . . in Leinen [illegible]
Jaroslawski: **Aus der Geschichte der KP. der Sowjetunion (Bolschewiki)**
1. Teil: Von der Narodnikibewegung bis zum imperialistischen Krieg . . . gebd. 4,20 kart. [illegible]

Volksbuchhandlung G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeld[illegible]
und deren Filialen im Bezirk

Eilenburg
Mieter-Protestkundgebung
gegen den neuen Raubzug auf die Taschen der Mieterschaft, 2725
gegen die Erhöhung der staatlichen und städtischen Grundvermögensteuern, die sich als erhöhte Mietpreise auswirken,
am Mittwoch, dem 21. Mai 1930, 20 Uhr im „Bolthaus", Mühlplatz
Mieterschutzverein (e. V.), Eilenburg und Umg.

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Bangstraße 27 Tel. 21107

Neuwerk preiswerte
Schlafzimmer
in geschmackvoll. Ausführung
Anklideschrank, 180 cm breit mit Spiegel
nur 350 Mk. 2730
weitere u. größere Ausführungen
420, 455, 550, 625 Mk.
Große Auswahl, gute Arbeit
Gebr. Junghut
Adrechtstraße 37

Lantzsch-Zigarren-Ecke Wittenberg
5 Schlager für 12 Pf.
Havanette, Rheinperle, Vera Cruz, Don Camilo u. Borkenlande-Import
Auf Kisten gebe hohen Rabatt

Mitteldeutsche Schwarzbrennerei
Mittelreihe links
Polles Spielhalle!

Pfingstmarkt Bitterfeld
Uferts Schieß- und Spielhalle
wieder da!
Stand neben Nowakowitsch

Hellmanns Spielhalle
befindet sich neben Karees Schießhalle

Zum Jahrmarkt!
Steinäckers Spielbude
ist zum Jahrmarkt eingetroffen!

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern 22 546 bis 27 876 (Pfandscheine August 1929) wird vom 17. Juni 1930, von 9 Uhr vormittags an, im Leihamt in der Marienstraße 4 stattfinden.

Versteigert werden mehrere Pelzstolas und Kragen, Radioapparate, Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Fahrräder, Polsterstühle und verschiedene andere Sachen.

Erneuerungen nur bis zum Sonnabend, 14. Juni 1930.

Die ersteigerten Ueberschüsse können in der Zeit vom 10. Juli 1930 bis 9. Juli 1931 abgehoben werden. 2731

Halle, 24. Mai 1930. Leihamt der Stadt Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0004

rbeiterkorrespondenten! Berichtet über die Stimmung der Belegschaften, besonders über die Auffassung und Erklärungen der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter über die immer stärker einsetzende **Lohnabbauoffensive**

— 10. Jahrg. 1. Beilage — **Klassenkampf** — Montag, 19. Mai 1930

...bitarbeiter-Verbandsbonzen flüchten vor der Mitgliedschaft

...chrechung mit der sozialfaschistischen Bürokratie und den Renegaten in Annaburg

...Montagabend fand in Annaburg eine Mitgliederversammlung der Fabrikarbeiterverbandes statt, in der ein Berliner Bonze ...Schiedsspruch des Reichs-Rahmentarifs für die feinkeramische ...ustrie zelebrieren wollte. Gleich bei Bekanntgabe der Tagesordnung unter großem Beifall der Versammlung, daß der ...anwesende Kollege der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Genosse Heinrich Schmitt, das Korreferat über ...hmen soll. Die Bürokraten versuchten, sich über diesen Antrag ...zusetzen, weil er ein „Verstoß gegen die Statuten" sei. ...dem wurde gefordert die Mitgliedschaft, daß der Genosse Schmitt ...reden solle. Rufe

„Lasst uns von Euch nicht mehr länger verkohlen und verraten"

...immer lauter. Da die Bürokratie merkte, daß sie nicht ...weiter konnte, schloß der Renegat Eich kurzerhand die Versammlung und forderte die Anwesenden auf, die Versammlung zu verlassen. Die Opposition eröffnete sofort die Versammlung und ...Genosse Heinrich Schmitt übernahm das Referat über den Rahmentarif.

...dem Drucke der Bürokraten gingen zunächst 20 Mitglieder ...dem Saal. Aber schon nach ganz kurzer Zeit erschienen ...einzelne davon und hörten den Ausführungen Schmitts zu. ...Versammlung wurde mit 75 Mann Besuchern geschlossen, nachdem noch zwei **Aufnahmen für die Kommunistische Partei** ...wurden und von allen **Anwesenden versprochen wurde, sich** ...selbst an der revolutionären **Gewerkschaftsopposition zu beteiligen** und an die Vorbereitungen **zu einem Kampf in der Feinkeramik zu** organisieren.

...e Betriebsarbeiter über die Bergholzsche Selbstblamierung

...Die linke „Volksbote" bringt in seiner Dienstag-Nummer ...Artikel über die Gründung eines Werkvereins bei E. A. Näther. In diesem Artikel führen die Bonzen nicht etwa den Kampf ...den Werkverein, sondern sie treiben eine wüste Kommunistenhetze. Ja auch keine Ursache, den Kampf aufzunehmen ...die Gelben, denn sonst müßten sie ja den Kampf gegen sich führen.

...letzten Ereignisse im Betrieb haben ja deutlich gezeigt, ...die Sozialfaschisten vom Schlage Schaller, Barnik und ...konsorten nichts anderes sind, als ausgesprochene Gelbe.

...Jahrzehnt wird es lehren, daß nicht Voigt mit seiner Garde, ...Schaller und Ko. die besten Busenfreunde von den Gelben ...werden. Die Opposition wird den schärfsten Kampf führen ...alle Elemente. Bergholz will wissen, daß die Gelben sich ...Gewerkschaftsfahne kaufen wollen. Albert, Du mußt dann auf der ...Seite bei Betgebung des Fahnenträgers. Der geigenste Mann ...ist zweifellos Dein Adjutant Schaller Emil. Er ist ein ...großer Mann und kippt nicht gleich aus den Latschen. Mit ...dem werdet Ihr gar nicht schlecht fahren. Bei dem kommt es ...nicht darauf an, ob er hinter der schwarzrotgoldenen oder ...der gelben Fahne herläuft. Seine Vergangenheit hat das ...genügend bewiesen. Ebenfalls ist Emil noch im Besitz eines ...und Inländers, also alles noch in Butter. Ihr müßt aber ...auf sein, damit Euch dieser Posten nicht verloren geht. ...Schmeichler dieses Artikels sind wir sehr dankbar über die ...Reklame. Er macht für die Opposition die beste Propaganda. ...Was es in Zukunft eintreten, daß Alberts Lesergahl ...verringern wird, denn selbige lagen im Betrieb wörtlich. Albert soll sich doch nicht so blamieren, schade um das Geld, ...man für solchen Quatsch hinausschmeißt. . . .

...beiterinnen,

tretet ein in die Partei Lenins, in die Partei der Kommunisten, die wirklich eure Interessen vertritt

Der Staatsapparat gegen die Arbeiter

Lohnabbauaktion der Brüning-Regierung

Anweisungen an die Schlichter, keine Lohnerhöhungen zu gewähren — Die Arbeiterschaft muß handeln

In der letzten Zeit haben hinter den Kulissen Besprechungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden, in deren Mittelpunkt die Haltung der Schlichtungsinstanzen in den gegenwärtigen und künftigen Lohnkonflikten gestanden haben. Das Ergebnis sind Instruktionen an die dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Landesschlichter. Diese waren kürzlich zu einer Besprechung versammelt, in der sie diese Richtlinien in Empfang nahmen. Maßgebend ist die Linie, die der Reichswirtschaftsminister im Haushaltsausschuß vertreten hat, daß bei Neuabschluß der Lohntarife unter keinen Umständen Lohnerhöhungen gewährt werden, sondern eine „weitgehende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Industrie-zweige" erfolgen soll. Der Lohnabbau wird als ein wichtiges Mittel zur „Wiederankurbelung der Wirtschaft" ins Auge gefaßt.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in vertraulichen Anweisungen an die ihr angeschlossenen Verbände bereits vor längerer Zeit den Angriff auf die Löhne vorbereitet. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat schon seit längerer Zeit entsprechend auf die Unternehmervertreter der bürgerlichen Reichstagsfraktion eingewirkt und auch in direkten Verhandlungen sowohl vom Reichsarbeitsministerium, wie vom Reichswirtschaftsministerium eine „aktive Stellungnahme der Regierung" zur Lohnpolitik gefordert. Der Druck wird verstärkt durch die Drohung mit Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Kurzarbeit. Bei fast allen Lohnverhandlungen in diesem Jahre sind die Unternehmerverbände mit Lohnabbauforderungen aufgetreten, so im Baugewerbe, in der Bekleidungsindustrie, bei den Buchdruckern und jetzt in der sächsischen westfälischen Metallindustrie. Die Unternehmer sind entschlossen, auch mit umfangreichen Aussperrungen den Lohnabbau durchzusetzen.

Dazu kommt die Auswirkung der letzten Zollerhöhungen, die eine beträchtliche Verteuerung der Lebensmittel bedeuten, die in Preußen geplante Mieterhöhung, der Abbau der Leistungen der Sozialversicherung, der sogenannte innere Young-Plan.

An diesem gemeinsamen Auftreten der Reichsregierung mit den Unternehmern zeigt sich die Größe der ganzen Gefahr, wie sie vor der Arbeiterschaft steht. Hier zeigt sich zur Evidenz der politische Charakter des Kampfes der Arbeiterschaft um mehr Lohn und Brot. Brutal werden alle Vertuschungsmanöver der sozialistischen Führer, die der Arbeiterschaft immer eintredeten, daß Lohnkämpfe etwas aller Politik abseitsstehende seien, zerschlagen.

Klar tritt zutage, um was es geht. Die Unternehmer streben im Interesse ihrer Wirtschaft nach einem Lohnabbau. Ihnen zur Seite tritt die Regierung als Sachwalter des kapitalistischen Staates und stellt die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel des Staates gegen die um höhere Löhne kämpfenden Arbeiter.

Vorläufig ist es nur der Schlichter, der gegen die Arbeiter mobilisiert wird. Im späteren Verlauf der Entwicklung, wenn die Kämpfe an Heftigkeit zunehmen, vor allem, wenn die Arbeiterschaft sich nicht widerstandslos durch den Schlichter strangulieren läßt, tritt an dessen Stelle der Polizeiknüppel oder gar, wie das sich zeigte im Streik der Reconia-Arbeiter, der Polizeirevolver.

So und nicht anders steht die Frage, dabei gleichzeitig erkennen lassend die verbrecherische Politik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer.

Regierung und Unternehmertum decken offen ihre Karten auf. **Mit Hilfe des Staatsapparates soll der Lohnabbau erzwungen werden, und in dieser Situation wissen die reformistischen Gewerkschaftsführer nichts anderes zu tun, als zu demselben Schlichter, der alle Vollmachten der Regierung in der Tasche hat, zu laufen und das Schicksal der kämpfenden Arbeiter von dessen Entscheidung abhängig zu machen. Das ist der Verrat an den Arbeitern in höchster Potenz, das ist die bedingungslose Auslieferung der Arbeiter an das Unternehmertum.**

Wir sprechen das deswegen so brutal aus, weil das Schicksal der Lohnbewegung, in der jetzt die Metallarbeiterschaft Sachsens sich befindet, zu hoch steht, als das wir zulassen könnten, daß eine verräterische Führung, die Teichgräber, Schäfer und Brummer, die Metallarbeiter stillschweigend verhandeln

Die Metallarbeiter müssen einsehen lernen, daß der Weg der DMV.-Bürokratie kein anderer ist, als der Weg der Gewerkschaftsbürokratie im übrigen Deutschland, als der Weg der Bürokratie im Baugewerksbund oder bei den Buchdruckern.

Das große Verbrechen der DMV.-Führung besteht darin, daß sie, nachdem das Unternehmertum so offen seine Pläne enthüllt, nichts tut, um die Arbeiter der Metallindustrie zu mobilisieren. Eine sich ihrer gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben bewußte Gewerkschaftsleitung müßte jetzt sofort im umfassenden Maße alle Vorkehrungen treffen, um den Anschlägen des Unternehmertums zu begegnen. In Belegschaftsversammlungen müßte den Arbeitern die Situation aufgezeigt und klar zum bevorstehenden Kampf Stellung genommen werden. Klar umrissene Forderungen müßten der Arbeiterschaft das Ziel ihres Kampfes zeigen. Die Kampfforderungen müßten über den Rahmen der Gewerkschaftsmitglieder in den Kreisen der Unorganisierten und auch der übrigen Arbeiterschaft popularisiert werden. Die Betriebe, in denen der Geschäftsgang besonders gut ist, müßten zu Brennpunkten des Kampfes entwickelt werden.

Das alles versäumt die Bürokratie. Nicht etwa aus organisatorischem Unvermögen. Nein. Sondern, weil sie politisch gebunden ist an die Politik ihrer Partei, der Sozialdemokratie, die den Wirtschaftsfrieden, den Frieden mit dem Ausbeuter Kapital auf ihre Fahne geschrieben hat.

Deshalb muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Aufgabe der Mobilisierung der Arbeiterschaft zu den vor ihr stehenden Kämpfen übernehmen. Sie muß die Aufgaben erfüllen, die eigentlich der Gewerkschaftsbürokratie zustünden und die diese sträflich vernachlässigt. **Die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen Gemeingut aller Metallarbeiter werden. Unter der Führung der revolutionären Opposition muß sich die Metallarbeiterschaft zum Kampf formieren,**

für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich,
für eine Stundenlohnerhöhung von 20 Pfennig,
für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit,
für den Sechsstundentag für alle jugendlichen Arbeiter,
für 18 Werktage bezahlter Ferien.

Die Metallarbeiter dürfen keine Zeit mehr verlieren. Nur die sofortige Aufnahme des Kampfes kann die Arbeiterschaft retten. Jeder Tag Verzögerung bedeutet einen Vorsprung des Unternehmertums in der Organisierung des entscheidenden Schlages gegen die Arbeiterschaft.

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Industriegruppe Bau, Merseburg!

Am Montag, dem 19. Mai, 20 Uhr, findet in der „Stadt Leipzig" eine wichtige Sitzung der Industriegruppe Bau statt. Alle Bauarbeiter, Zimmerer, Maler, Dachdecker-Genossen haben zu erscheinen. Die Fraktionsleiter haben gewissenhaft einzuladen.

Lehrlingsschinderei in der Lehrlingswerkstatt der Bubiag

A.-K. Im Bereiche des schwarzweißroten Generaldirektors der Bubiag spielt sich die größte Ausbeutung der Lehrlinge im Ländchen ab. Unter nationalistischen Parolen werden die Lehrlinge ganz im Geiste des Faschismus erzogen. Selbst in der Schule herrscht dieser Geist. Damit die Lehrlinge, wo sie gehen und stehen, schwarzweißrot vor Augen sehen, bekommen sie in der Schule schwarzweißrotumränderte Papier.

Bei der Gesellenprüfung müssen die betreffenden Lehrlinge Sonntags arbeiten. Nach Beendigung ihrer vierjährigen Lehrzeit fliegen sie alle auf die Straße. Während der Lehrzeit darf ein Lehrling ein Glas Bier trinken oder gar nach 12 Uhr auf einem Saal angetroffen werden. Dann, o Weh! Mörderliche Schläge gibt es dann vom Meister. Der Lehrling fliegt ohne weiteres aus der Lehre. Einem Neuausgelernten, der sich nach überstandener Prüfung eine Flasche Bier leistete, nahm der Betriebsleiter dieselbe weg. Bekanntlich gehört zur deutschen Erziehungsweise auch Prügel. Die faschistischen Gesellen machen von dieser Erziehungsweise ausgiebig Gebrauch. Der Meister Piermer tat sich besonders hervor.

Aber Herr Dr. h. c. Geiger will auch mal glänzen. Er beruft Elternabende ein. Kaffee und Kuchen gibt's gratis. An diesen Abenden erzählt er dann den Eltern, ob ein Lehrling Bier trank oder Zigaretten rauchte oder sonst was gemacht hat. Den Lehrlingen wird dann empfohlen, sich als teutsche Männer zu bewegen und dem **Stahlhelm beizutreten!** Wenn sie im Stahlhelm sind, bekommen sie zu jeder Stunde frei. In Arbeiterorganisationen zu gehen, ist ihnen strengstens verboten.

So sieht es in dieser Ausbeutungshölle des Herrn Geiger aus. Mit Zuckerbrot und Peitsche versucht er die Lehrlinge nationalistisch zu erziehen. Lehrlinge wehrt Euch dagegen. **Nehmt den Kampf auf. Die Kommunistische Jugend steht an Eurer Seite!**

Lehrlingsquetsche bei der Ofenfabrik Engelmann, Lauchhammer

A.-K. Hier werden die Lehrlinge gezwungen, bei miserablem Lohn Männerarbeit zu verrichten. Abschaufeln, Verladen und Verpacken ist ihre Hauptbeschäftigung. Es gibt dort mehr Lehrlinge als Gesellen. Die Arbeitszeit ist festgesetzt nach Gutdünken des Meisters, 10 bis 12 Stunden täglich. Wo bleibt der Lehrlingsschutz? Keine Spur davon. Den Lehrlingen rufen wir zu: Erkennt Eure Lage, kämpft mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Tarnow zerschlägt den Holzarbeiterverband

Massenausschlüsse oppositioneller Genossen — Verstärkt den Kampf gegen die Bonzenclique

...geheigte Tätigkeit der Opposition innerhalb des Holzarbeiterverbandes, besonders seit dem ersten Reichskongreß der ...einigten Gewerkschaftsopposition, erzeugt bei dem von Tarnow ...führten Verbandsvorstand große Wut. Mit den niederträchtigsten Mitteln der Lüge und Verleumdung versucht er die ...Mitglieder vor der gesamten Kollegenschaft verächtlich zu machen. ...Was das nicht, so wendet er faschistische Methoden der ...Massenentziehungen und Ausschlüsse an

...aus allen Bezirken des Reiches kommen Nachrichten, daß die ...Delegierten zum Reichskongreß und zum Teil auch die Delegierten ...Bezirkskongressen

...Verband aus dem Verbande ausgeschlossen wurden!

...Spaltungsversuche genügen dem Tarnow anscheinend noch ...er will ganze Arbeit machen und geht jetzt nach den berüchtigten Methoden der Vorstände der Eisenbahner, Zimmerer, u. a. ...ganze Ortsverwaltungen vom Holzarbeiterverband ab.

...Mitte März ist die Verwaltungsstelle Großbreitenbach in Thüringen ...Auflösung der zuständigen Gauleitung mit Zustimmung des ...Vorstandes aufgelöst worden. Die dortigen zirka 40 Mitglieder ...wählten Dressel als Delegierten zum Reichskongreß der ...Opposition entsandte. Der Hauptvorstand hat den Genossen ...sofort ohne Verfahren ausgeschlossen. Die Verwaltungsstelle ...die Ausschlußmaßnahme Tarnow nicht an, protestierte ...gegen den Ausschluß und führte den Genossen Dressel ...weiter. Darauf sollte sogar die Ortsverwaltung abgesetzt werden. Das ließen die Mitglieder ebenfalls nicht zu und ...Ortsverwaltung, die Ortsverwaltung auch weiterhin in ihren Funktionen zu belassen und keine Ausschlüsse anzuerkennen. Darauf

...erfolgte die Auflösung der Verwaltungsstelle.

...Ähnlicher Vorgang spielt sich gegenwärtig in der Verwaltungsstelle Gotha ab. Hier sind 400 Mitglieder im Holzarbeiterverband, die sich in diesem Jahre zum ersten Male eine kommunistische Ortsverwaltung wählten.

...Gotha ist bekanntlich der Sozialfaschist Hartmann vom ...Gewerkschaftskartell eingesetzt worden, um zunächst das unter ...der Opposition stehende Ortskartell und nachdem die einzelnen Ortsverwaltungen der Verbände, soweit sie unter dem Einfluß der Opposition stehen, zu zerschlagen. Diese Maßnahme erstreckt sich auch auf die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes und geschieht mit Zustimmung des Hauptvorstandes.

Die Oppositionsleitung der Gothaer Holzarbeiter hat leider einen großen Fehler begangen. Entgegen den ausdrücklichen Anweisungen der verantwortlichen Genossen in Thüringen haben die Genossen der Ortsverwaltung Mitte März einen Revers unterzeichnet! Sie sind damit vor den Bürokraten des Holzarbeiterverbandes zurückgewichen und sehen erst jetzt durch die faschistischen Maßnahmen des Kartellkommissars ein, daß sie

nur im schärfsten Kampf gegen die Willkür der sozialfaschistischen Bürokratie das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft in der Verwaltungsstelle gewinnen können.

Die Opposition in Gotha wird aus ihrem Fehler die Lehren ziehen und jetzt im Zusammenhange mit den Vorbereitungen der Lohnforderungen zum Kündigungstermin — 15. Juni — des Lohnabkommens die nötigen Voraussetzungen schaffen, daß sie die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Funktionen der Ortsverwaltung aufrechterhält. Nur wenn die Opposition zeigt, daß sie die einzigste Kraft ist, die die Kämpfe der Kollegenschaft um höheren Lohn und um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich organisiert, werden die Massen, sowohl die organisierten als auch die unorganisierten Arbeiter das nötige Vertrauen zu ihr gewinnen und sie als Führung anerkennen.

Die Spaltungsmaßnahmen der Tarnow und Konsorten in Thüringen müssen der gesamten Holzarbeiterschaft ein Alarmsignal sein. In allen Verwaltungsstellen, in allen Werkstätten und Betrieben sowie auf den Stempelstellen müssen sofort Versammlungen veranstaltet werden die gegen die Spaltungsmaßnahmen Tarnows schärfsten Protest einlegen und Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Kollegen sowie die Zurücknahme aller Funktionsentbehungen fordern. Den organisierten und unorganisierten Holzarbeitern muß aufgezeigt werden, daß die sozialfaschistischen Bürokraten fortgesetzt die Einheit der Arbeiterklasse zerschlagen. **Die Opposition muß alle Anstrengungen machen, um die Einheitsfront aller klassenbewußten Arbeiter herzustellen und einen entschiedenen Kampf gegen die sozialfaschistischen Spalter aufzunehmen.**

„Betrieb und Gewerkschaft"
das Kampforgan aller klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen
erscheint monatlich zweimal und kostet bei Bezug durch die Post vierteljährlich nur 1,10 Mark. Die Hefte sind Wegweiser und Lehrmeister für alle Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, sie sind unentbehrlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0005

Stadt Halle

19. Mai 1930.

Sowjetrussische Pionierabteilungen

grüßen die Arbeiterkinder von Halle

(Arbeiter-Esperantodienst)

An die
Arbeiterkinder von Halle (Saale)!

Liebe Genossen!

Wir, die wir im Lande des siegreichen Proletariats leben, in dem Lande, wo man zum erstenmal in der menschlichen Geschichte die klassenlose kommunistische Gesellschaft baut,

wir grüßen Euch, Freunde,

zur zehnjährigen Wiederkehr unserer Internationalen Kommunistischen Kinder-Woche.

In diesen Tagen überrechnen wir unsere Erfolge und Mißerfolge, wir überblicken, was wir taten, um der Kommunistischen Partei in ihrer Arbeit im sozialistischen Aufbau zu helfen. Wir überlegen, ob wir gute Kommunisten sind, ob wir teilnahmen am sozialistischen Wettbewerb, am Ausbau unserer Schule, wir überschauen, wie wir arbeiten werden für die Aufklärung und die Bekämpfung der Unkultur in den Arbeiterbezirken, wie wir erfüllen helfen den Industriefinanzierungsplan („Promfinplan") für die Fabriken, wie wir arbeiteten für die Sozialisierung des Landes, und wie wir Euch Kämpfern in bürgerlichen Ländern helfen.

Und wir werden auch überprüfen, was Ihr geleistet habt. Ihr seid unterdrückt durch den Polizeistiefel und durch das Kreuz der Pfaffen, alles Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft; Militär, Polizei, Pfaffen, Schule — alle müssen der Unterdrückung der Arbeiterschaft, des Arbeiterkindes dienen.

„Die bürgerliche Gesellschaft ist errichtet auf den Knochen der Arbeiterkinder." — Diese Worte sind wahr für die ganze Geschichte.

Für Euch ist es schwer, aber wißt, Ihr seid nicht allein. Ueberall unter dem roten Stern leben Eure Klassenbrüder, die Euren Kampf mit Interesse beobachten.

Seid bereit!

Die Pionier-Abteilungen Nr. 26 und Nr. 4.

Iwanowo-Woznesensk, den 9. Mai 1930.

Politische Strauchdiebe an der Arbeit

Sie wollen den Streik bei Magdeburg & Werther abwürgen

Die Gewerkschaftsbonzen sind sehr empört, daß ihre Regie des Streikabwürgens, des erneuten Arbeiterverrats, jetzt beim Kampf Magdeburg & Werther nicht klappt, daß die Proleten längst erkennen, daß des sogenannte „Herausnehmen" einzelner Fachgruppen aus dem Betriebe die Streikfront zerbröckelt und dem Unternehmertum hilft. Was soll die Bürokratie tun, wenn sie bis ins kleinste durchschaut wird?

Hetzen muß sie gegen die Opposition, hetzen muß sie gegen den „Klassenkampf", schwindeln und immer wieder schwindeln. Anders glaubt sie nicht mehr durchkommen zu können.

Im „Volksblättchen" vom vergangenen Freitag hatte ein Schmierfink drei Spalten verunziert mit einem durcheinandergequirlten Gemisch von Lüge und Verleumdung. Keine Zeile wurde über den Streik gebracht, keine Zeile über das Unternehmertum, nur Hetze gegen die Opposition. Es erübrigt sich, darauf einzugehen. Das „Volksblättchen" und die Gewerkschaftsbonzen kriegen es recht bald von den Proleten aufs Butterbrot geschmiert, was sie wert sind. Die Solidaritätsaktion der Engelhardt-Belegschaft hat schon manchen die Augen geöffnet und wir sind fest überzeugt, daß die Streikaktion bei Magdeburg & Werther zur Stärkung der revolutionären Opposition beiträgt, und einen großen Teil Proleten von der Führung der Bonzenclique loslöst. Die Praxis beweist ja, wer für Proleten eintritt und wer sich nur durch Schwindel an der politischen Bildfläche halten kann.

„Soziale Fürsorge" in der deutschen Republik

Von einem Arbeiter geht uns folgender Brief zu:

Unser Elend ist nicht mehr zu ertragen. Die Oeffentlichkeit soll erfahren, wie es kranken Arbeitern in der deutschen Republik geht. Seit 28. Juni 1929 bin ich krank — Lungenschwindsucht und Gelenkrheumatismus. Die Lungenheilstätte entließ mich als unheilbar. Ich wurde Invalid. Meine Frau ist durch mehrere Operationen auch arbeitsunfähig geworden. Ich habe noch zwei Kinder im Alter von 9 und 15 Jahren. Alle vier zusammen müssen wir in einem Raume wohnen, kochen und schlafen. Von der Heilanstalt wurde an die Tuberkulosenfürsorgestelle Halle das Ersuchen gerichtet, mir eine größere Wohnung zu verschaffen, da ich, um meine Familie nicht zu gefährden, allein schlafen müsse. Die Fürsorgestelle Halle erklärte mir, sie könne mir eine größere Wohnung beschaffen, aber ich müßte 35 Mark Miete aufbringen. Man gibt mir, nachdem ich 30 Jahre lang für die Kapitalisten geschuftet habe, jetzt 45,90 Mark pro Monat Rente. Ist es da nicht ein Hohn, wenn man mir eine Wohnung für 35 Mark zur Verfügung stellt? Die paar Mark Unterstützung reichen natürlich nicht zum Leben. Nun habe ich Sozialrente beantragt. Dieser Antrag läuft noch. Da ich nun jetzt Mitte des Monats mit meiner Familie nichts mehr zu essen habe, bin ich zum Wohlfahrtsamt gegangen. Man wies mich von Tür zu Tür endlich, nach vielem Drängen und Reden bekam ich 10 Mark. Das soll nun wieder einige Zeit reichen. Wenn ich auf die Lungenfürsorgestelle komme, gibt man mir nur gute Verhaltungsmaßregeln und eine Spritze in den Arm. Etwas zu essen würde mir bessere Dienste leisten. Ich bin parteilos, aber ich werde meine Kinder anhalten,

daß sie sich mit den Kommunisten zusammen eine bessere Zukunft erkämpfen!

Wir brauchen diesem Bericht keinen Kommentar zuzufügen. Er spricht für sich selbst.

Maikäferschwarm gegen Eilgüterzug

Als am Freitagabend gegen ½10 Uhr der von Leipzig kommende Eilgüterzug eintraf, bot sich den Reisenden auf den Bahnsteigen ein ungewöhnliches Bild. Der ganze Zug war mit Tausenden von Maikäfern bedeckt, die die Scheinwerfer z. B. derart einhüllten, daß ihr Licht verdunkelt wurde. Bahnbeamte hatten alle Hände voll zu tun, um den Zug von dem unerwünschten Ueberzug zu befreien. Wie man erfuhr, war der Zug schon in der Gegend von Wahren in einen Schwarm wandernder Maikäfer geraten, deren ungewöhnlich starkes Auftreten auf den warmen Winter zurückgeführt wird.

Achtung! Wichtig!

Arbeitereltern von Halle!

In diesen Tagen finden in allen Schulen Elternversammlungen statt. Zur Durchführung einer erfolgreichen Wahlarbeit für die Elternbeiratswahlen ist der Besuch dieser Versammlungen notwendig. Ferner ersuchen wir alle Arbeitereltern, die Bezirksleitung der KPD., Lerchenfeldstraße 14, von Stattfinden der Elternversammlungen umgehend zu unterrichten.

Herr Oberstleutnant Duesterberg hat nur „gesch

Der Stahlhelm-Schimpfbold Duesterberg unter den Fittichen der republikanischen Ju

Für die Faschisten existiert kein Republikschutzgesetz

Mit blindem Haß verfolgt die Klassenjustiz die Redakteure der kommunistischen Presse. Das geringste Vorkommnis wird zum Anlaß genommen, um gegen sie Terrorurteile zu fällen. Vierzig kommunistische Redakteure sitzen bereits in den Gefängnissen der Republik, in den letzten Wochen sind hohe Geldstrafen gegen den „Klassenkampf" verhängt worden. Aber dieselbe Justiz weiß ihren Klassencharakter nicht nur bei der Verurteilung von revolutionären Arbeitern zu wahren, sondern auch, wenn es gilt, monarchistische Belange zu verteidigen. Das bewies die Verhandlung gegen den Republik-Pensionär und Stahlhelmführer Duesterberg am Freitag vor der hallischen Strafkammer.

Hier handelt es sich nicht um einen Arbeiter, nicht um einen kommunistischen Redakteur, sondern eben um den 2. Bundesführer des Stahlhelms, der Schutzgarde des Trustkapitals, „Oberstleutnant" Duesterberg. Ja, Bauer, das ist auch etwas ganz anderes. Hier war von dem rauhen, kurz angebundenen Ton, den die „hohen Herren vom Gericht" gegenüber Arbeitern immer anschlagen, nichts zu spüren. Hier berichtete die Höflichkeit selbst. Es fehlte nur noch, daß der Vorsitzende Benemann den Oberstleutnant wegen „Belästigung" um Verzeihung gebeten hätte.

Während der Vorbereitung des Stahlhelm-Volksbegehrens war der Stahlhelm im Gau Westfalen von dem ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister Grzesinski zum Schein verboten worden. Der faschistische Maulheld Duesterberg nahm das zum Anlaß, um in einer Stahlhelmversammlung in Eisleben Grzesinski zu beschuldigen, er hätte durch das Verbot Hilfsdienste für die Feindbundmächte geleistet. Auch den aristokratischen Sozialdemokraten von Harnack, seines Zeichens Regierungspräsident in Merseburg, hatte er unter die Lupe genommen und ihn mit einem Judas Ischariot verglichen. Daß diese Anwürfe für den hoffähigen Sozialdemokraten grobe Beleidigungen darstellen, versteht sich am Rande. Trotzdem wurde Duesterberg erster Instanz vor dem Eisledener Schöffengericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Am Freitag fand in der Berufungsverhandlung statt. Wohl selten haben bei einer Justizmänner offener und zynischer die Partei für den Faschismus und die nationalsozialistische Bewegung ergriffen, als der Landgerichtsdirektor Bienemann tat. Nicht nur, daß seine Beisitzer alle die Berufung des Staatsanwalts verwarfen, sondern Duesterberg wurde wegen der Beschimpfungen der Regierungspräsidenten freigesprochen und nur wegen Beleidigung Grzesinskis zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Bienemann ergriff offen Partei für das nationalsozialistische Begehren.

Also während man kommunistische Redakteure wegen geringfügigen „Beleidigung" eines Privatmannes zu empfindlichen Geldstrafen verdammt, darf der Monarchist Duesterberg in der flegelhaftesten Art „hohe Beamte der Republik" mit Schmutz bewerfen, um dann auf das vollste Verständnis der „republikanischen Justiz" zu stoßen. Das tollste war, daß Duesterberg seine Anwürfe gegen Grzesinski während der Verhandlung unter dem vertuschenden Schweigen der Klassenrichter fortsetzen konnte und der Bienemann die Beschimpfungen Duesterbergs als harmlosen „Scherz" bezeichnete. Außerdem habe ja der „Oberstleutnant" gar nicht die Absicht gehabt, den ehemaligen Innenminister zu beleidigen. Denn die Aeußerungen, die in der öffentlichen Versammlung gefallen sein sollen, hätten ja nicht in der Rede gestanden. Dann machte dieses famose Klassengericht die Feststellung, daß es sich ja hier um einen „ehrlichen Mann" handele, der „die Wahrheit spricht und liebt". — Aber wehe, es einmal ein Arbeiter wagt, die Minister der Republik zu beleidigen. Da nützt Sozerling schon durch den § 6 des Schutzgesetzes Vorlorne ertroffen. Drei Monate Gefängnis sind mehr sind in solchen Fällen jedem Arbeiter sicher.

Jetzt sage noch einer, daß es im republikanischen Deutschland keine Richter mehr gibt. Die Sozialkraten, deren hoffähige Staatsbeamte von einem Monarchisten nach der Art eines wildgewordenen Stiers mit Dreck beworfen wurden, sind diesenigen, die diese samt ihrer Justizmaschine verteidigen und feiern. Der Oberstleutnant" aber kann auf seinen Sieg stolz sein. Er hat der Tat Grund dazu. Denn die Klassenjustiz der deutschen Republik hat wieder einmal ihre wahre Rolle im Dienste der faschistischen Bewegung enthüllt. Der Stahlhelm und die Faschisten können sich auf ihre Justiz verlassen.

Heraus

zur öffentlichen Frauen-Veranstaltung!

Arbeiterfrauen! Jungarbeiterinnen!
Kommt am Donnerstag, 22. Mai, 20 Uhr
in die Produktiv (Saal), Lerchenfeldstr.

Mitwirkende: Rote Agitatoren e Eintritt frei!

Die Polizei weiß, was sie tut!

A.-K. Gestern früh trafen sich auf dem Paradeplatz Mitglieder der KPD., des KJVD. sowie der Antifa zu einer Autoausfahrt. Sehr pünktlich zur Stelle war natürlich wie immer, ein stark überfüllter Roller. Noch bevor die Autos zur Stelle waren, wurden sämtliche Anwesenden unter dem Hohngelächter der Herumstehenden nach „Waffen" durchsucht. Gefunden wurde natürlich nichts. Trotzdem wurden fünf Leute aus nichtigen Gründen verhaftet. Auf eine Frage, warum dies geschehe, sagte ein Oberwachtmeister: „Die Leute sind gar nicht verhaftet, sie werden nur festgehalten!" (Was ist denn da der Unterschied?) Als auch noch sämtliche Autos nach irgendwelchen Waffen durchsucht waren, konnte die Fahrt endlich losgehen, natürlich nicht ohne die „nötige" Begleitung. —

Ungefähr ¾ Stunden später treten auf demselben Platze der hallische Stahlhelm, Jungstahlhelm usw. an. Ausgerüstet mit Brotbeuteln und Spielmannszug machen sich diese feldgrauen Faschisten marschbereit. Wer da nun glaubte, daß man auch bei diesen Leuten Waffen suchen würde, der irrte sich gewaltig. Sogar der „Roller" blieb am Cafe David stehen, um die Stahlhelmer nicht zu belästigen. Den Proleten, die durch Zurufe ihren Unwillen darüber zum Ausdruck brachten, erklärte ein Schupomann: „Ach, reden Sie nicht, wir wissen, was wir tun."

Also Maulhalten und die Herrschaften tun lassen, was sie wollen, so ist es richtig. Wie kann man aber auch auf so einen Gedanken kommen, daß die Stahlhelmfaschisten Waffen bei sich haben könnten. So etwas gibt es überhaupt nicht. Und die Polizei, die weiß, was sie will (das stimmt!), wird schon einen gewichtigen Grund dafür gehabt haben, die Leute nicht auf offener Straße zu visitieren. Vielleicht hätte es dabei unangenehme Ueberraschungen gegeben?

Die „fromme Beischwester" als gerissene Gaunerin

Von einer 74jährigen Rentnerin 60 Mark ergaunert

Am 17. Mai erschien in der Wohnung einer 74jährigen Rentnerin, Harz 39, eine weibliche Person als „fromme Beischwester" verkleidet. Sie fragte die alte Frau zunächst über ihre Krankheit aus. Die Rentnerin, die die Person für eine wirkliche Beischwester hielt, gab ihr, nichts Böses ahnend, über alle Fragen getreuliche Auskunft. Darauf fiel die angebliche Beischwester in die Knie, faltete die Hände und habelte der alten Rentnerin etwas von Jesu Christi und anderen religiösen Schmus vor. Dann forderte sie die alte Frau auf, alles Geld, das sie in ihrer Wohnung habe, herbeizuholen — sie brauche es, um damit die Krankheit der alten Mutter zu heilen. Die Rentnerin tat, wie befohlen, holte ihr mühsam zusammengespartes Geld in Höhe von 60 Mark und überreichte es der „frommen Schwester". Diese wickelte das Geld vorsichtig in ein Stück Papier, verschnürte es mit einem Bindfaden und gab dann dieses Päckchen der alten Frau mit dem Bemerken zurück, daß sie es im Kommodenkasten aufbewahren solle, solange, bis sie von ihrer Krankheit geheilt sei. Das Päckchen enthält den Segen Jesu", fügte sie hinzu, kniete noch einmal nieder und verschwand dann. Erst als die raffinierte Person wieder fort war schöpfte die alte Mutter Verdacht. Sie nahm das Päckchen aus der Kommode wieder heraus, öffnete es und mußte zu ihrem nicht geringen Schrecken feststellen, daß die 60 Mark verschwunden waren. Die „Beischwester" hat das Geld mitgenommen — die alte Rentnerin ist ein Opfer des religiösen Aberglaubens geworden. Dieser ungeheuerliche Vorfall sollte vor allen Dingen den älteren Leuten als Warnung dienen. Von der frommen Gaunerin fehlt jede Spur.

Nachts am Gertraudenfriedhof

Heute nacht gegen 1.30 Uhr brachte sich am Gertraudenfriedhof ein Mann mit einem Rasiermesser an der rechten Halsseite eine Verletzung bei. Durch das herbeigerufene Ueberfallkommando wurde er der Universitätsklinik zugeführt, wo er nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen wurde. Da er angetrunken war, wurde er zum Polizeiarrest gebracht.

An alle Genossinnen des Stadtteils Westen!

Heute, Montag, den 19. Mai, findet abends um 7 Uhr im Lokal Polzin eine kurze Besprechung aller Genossinnen statt.
Thema: Wie organisieren wir unsere Frauenkampagne?
Alle Genossinnen werden ersucht, zu dieser Besprechung pünktlich zu erscheinen. KPD.-Stadtteilleitung Halle-West.

Malheur mit dem Farbentopf. Sonnabend gegen 13.45 Uhr stießen an der Ecke Merseburger und Königstraße ein Radfahrer und ein Lastkraftwagen zusammen. Der Radfahrer stürzte und goß sich hierbei einen mitgeführten Farbentopf über die Kleidung.

Schlagfertig

Der Lehrer in der Schule fragt:
„Nun, Kinder, wer kann mir ein schönes Sprichwort sagen?"
Keiner meldet sich.
Er ist ganz erstaunt und meint:
„Weiß denn wirklich niemand ein Sprichwort?"
Da meldet sich ein Pionier und sagt:
„Ein Narr kann mehr fragen als zehn Weise beantworten können."
„Du verdammter Lausejunge," sagt der Lehrer, „kannst du mir kein anderes?"
„En doch, Herr Lehrer," meint der Pionier. „Wem der Schuh drückt, der zieht ihn an."
Wutentbrannt rennt der Lehrer zum Rektor und erzählt diesen Vorfall.
Beide kommen zurück.
„Sag mal," sagt der Rektor, „wußtest Du denn sonst kein Sprichwort?"
„Doch", sagt der Pionier: „Ein Unglück kommt selten allein. Klatsch hat er eine Ohrfeige.
„So," sagt der Rektor, „nun wirst Du wohl was Vernünftiges sagen."
„En ja", sagt der Pionier: „Gewalt geht vor Recht."

Theater, Konzerte, Vorträ

„Der fidele Bauer"

Operette von Leo Fall

Man hatte sich im Stadttheater mit der immer mehr verblassenden Fall-Operette große Mühe gegeben. Die gelungene Aufführung mit guter Besetzung erzielte auch reichen Beifall. Paul Heinz Mathäus überraschte angenehm. Auch alle anderen Darsteller waren gut in Form. Es gab viel Beifall auf offener Szene. Natürlich mußte das Duett von Lissi und Heinele wiederholt werden. Trotz ihres ehrwürdigen Alters hat diese kleine Operette nichts von ihrer Wirksamkeit eingebüßt.

Die Gestaltung des Bühnenbildes durch Heinz Behrens muß einmal besonders lobend hervorzuheben.

„Modernes Theater"

Das Gastspiel der Kölner Lachbühne mit Carl Schmitz, Jos. Weißweiler wartet vom 16. bis 23. Mai mit einem Programm auf, das die Lachmuskeln des Publikums zur höchsten Tätigkeit anstrengt. Direktor Carl Schmitz, in seinen beiden Stücken „Wochenende" und „Die blonde Helene", spielt eine ausgezeichnete Rolle und erntet neben den anderen Darstellern reichen Beifall. Und doch möge der Wunsch nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Leitung eines modernen Theaters mehr durch künstlerische Leistungen wahren.

„Rakete"

Auch die zweite Hälfte des „lachenden Maiprogramms" bot einen vollen Erfolg der Lachsalve über Lachsalve erschütterten Haus. Kein Wunder bei diesen Kräften. Da ist Willi Hein und Anton Kohrn, beide ausgezeichnete Komiker als Hamberger Typen in der Burleske „Hochzeitsfeier bei Kohrs" das Publikum durch ihren drastischen Humor und sächsischen Anton Kohrn) mit ihrer unübertrefflichen Mimik zum Lachen, nein, zum Brüllen zwingen. Da ist Ida Carola, die Berliner Großschnauze, die als Humoristin und als Moderne (lies: Ausgegrin) Leben in die Bude bringt. Die 4 Rosalinds Quartett sind vorzüglich. Reicher Beifall belohnt auch die Leistungen von Lisa Mann und Hanna Heine, die alte Dame Spinnrad singen.

Alles in allem: Ein empfehlenswertes Programm, das bei der Kapelle Siebert umrahmt wird.

Volksbühne. „Boccaccio". Wiederholung für S am 31. „Weiber Roman" zum letzten Male für G. „Madchen Hopkins" wahrend am 2. Mai „Lächeln" nochmals wahrend Himmelfahrt. Beginn 19.30 Uhr. „Tante Lisette" von Wallace. Erstaufführung 24. Mai für G. Die „Tanz-Gilde" der Schule Weiß-Zilsme am Sonntag beginnen 11 Uhr vormittags in Gr. Zum 13. offenen Singabend am 26. Mai werden jetzt die Kinder von Himmelfahrt, 29. Mai, vormittags 11 Uhr, Konzert des Streichquartett Erich Sauerbrin und des Gölisch-Orchesters im Zoo. Konzertsaal. Für in unserer Geschäftsstelle. Auf vielseitigen Wunsch findet am 2. Mai nochmalige Besichtigung des Stadttheaters unter fachkundiger Führung bei. Für neuerten Mitglieder wollen ihre Karten jetzt abholen.

Wolfsche-Theater. Große Attraktionen zieren die Harmonie Wiener Revue „Immer oben auf", die allabendlich durch ihre prachtvollen Bilder, Witz und Charme riesigen Applaus erntet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0006

Bergholz' Flucht aus Zscherben

Vernichtende Niederlage des Zeitzer SPD.-Strategen Bergholz im Saalkreis

Wie gestern die Nationalsozialisten in Zeitz aufmarschierten, die Arbeiterschaft zu provozieren, zog es der „linke" Führer der SPD., Albert Bergholz, vor, den in Zeitz so notwendig gewordenen Kampf gegen den Faschismus im Saalkreis zu Gunsten der Einheit der Arbeiterklasse, Kampf gegen Bürgerblock und Faschismus. Die Versammlung war vom Unterbezirksvorstand der SPD. extra dazu einberufen worden, um den bankrotten Parteiladen der Sozialdemokraten in Zscherben durch eine „große Kanone" aus Zeitz wieder etwas flottzumachen. Die Arbeiterschaft von Zscherben hat aber dafür gesorgt, daß der Provokateur aus Zeitz, der nicht nur zu feige ist, sondern auch kein Willen hat, die Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Faschismus aufzurufen, eine Abfuhr erhielt, die ihm noch manchmal ins Ohr klingen wird.

Bergholz leitete sein Referat mit den Worten ein: „Die Einheit der Arbeiterklasse ist das Gebot der Stunde". Dann wetterte er über die „große Kanone" aus der Arbeitsloseninversicherung, wobei er schon den ganzen Reichstag mit seinem „Wissen" einstecken mußte. Mit theatralischen Gesten und pathetischen Phrasen versuchte er dann, den Arbeitern einzureden, die Sozialdemokratie die „einzige Partei" sei, die die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrnehme.

Nach dieser Politik der SPD. im Interesse der Arbeiter über in aller Ausführlichkeit, das wurde dem Zeitzer Strategen in der Diskussion von Genossen Bruno Rothe, Halle, an Hand reichhaltigen Materials aus der 1½jährigen Koalitionspraxis der Sozialdemokratie mit der Nazi gerieben. Der „Starke" Bergholz hatte anfänglich unter die Nase gerieben. Der Versammlungsleitung den Auftrag gegeben, dem kommunistischen Diskussionsredner nur eine Viertelstunde Redezeit zu geben. Dieser erklärte aber von vornherein, daß er so lange reden wird, bis er mit seiner Antwort auf die Ausführungen des Herrn Bergholz fertig sei. Durch die Zustimmung und das allgemeine Interesse, mit der alle Anwesenden die sachlichen Entgegnungen des kommunistischen Diskussionsredners aufnahmen, sah man sich gezwungen, noch 10 Minuten Redezeit zuzugeben.

Dieser lachte die Schandtaten der SPD. in der Koalitionsregierung usw. auf Bergholz und seine Getreuen nieder.

Unter solchen Abrechnung hatten die Herrschaften selbstverständlich nicht gerechnet. Bergholz gab darauf dem Versammlungsleiter einen Wink, dem kommunistischen Redner das Wort zu entziehen (!) und ihm das Schlußwort zu erteilen. Als der Versammlungsleiter darauf dem Genossen Rothe das Wort entzog und Bergholz zu reden anfing, erhob sich ein ungeheurer Proteststurm:

„Weiterreden — Wir wollen Bergholz nicht hören — Was willst Du überhaupt hier?"

Diese und andere Zurufe wurden dem Zeitzer „Helden", der es nicht ertragen kann, wenn seine Phraseologie und die Verbrechen der SPD. entlarvt werden, entgegengeschleudert. Bergholz, der jetzt mit allen Kamellen aus dem Jahre 1923, mit Paul Levi und anderen Schauergeschichten zu erzählen anfing, konnte sich auf Grund des anhaltenden Lärms und der fortgesetzten Aufforderungen, den KPD.-Redner weitersprechen zu lassen, absolut nicht durchsetzen, obwohl er wie ein Löwe brüllte. Nach fünf Minuten gab Bergholz den Kampf auf. Noch einige Drechsprüger gegen die KPD. und die Versicherung, daß die KPD. „bald abgewirtschaftet" habe, verlief er wutschnaubend den Saal.

Ganze acht bis zehn Leutchen folgten Bergholz nach.

Der überwältigende Teil der Versammlungsbesucher, darunter drei SPD.-Mitglieder, verblieb nach der Aufforderung des kommunistischen Redners im Saal.

Die Versammlung wurde von den Kommunisten weitergeführt, Genosse Rothe konnte jetzt in aller Ruhe seine Ausführungen beenden. Im Anschluß daran enthüllte Genosse Taubert die Schandtaten der SPD. im Zscherbener Gemeindeparlament, die sogar die von den Kommunisten beantragten freien Lernmittel für die Schulkinder ablehnte. Mit dem Rufe:

„Bildet die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterschaft zum Kampfe gegen Faschismus und Bürgerblock unter Führung der Kommunistischen Partei",

wurde dann die Versammlung, die ein voller Erfolg für die Kommunistische Partei war, geschlossen. Bergholz wird sich hüten, noch einmal nach Zscherben zu gehen und sich eine solche Niederlage zu holen.

Wo wird gebuddelt?

Diese Woche werden vom bzw. im Auftrage der städt. Tiefbauverwaltung nachstehende größere Arbeiten begonnen bzw. fortgesetzt: Umbau der äußeren Saalwerderstraße, Befestigung der Straße, Max-Reger-, Jachow- und Lutherstraße, der Ostseite des Weges und des Passendorfer und Rockendorfer Weges, Ausbau der Calvin- und Zwinglistraße. Umbau der Südseite des Friedhofes, Herstellung eines Sammelkanals in der Königstraße und Waisenhausring und Lindenstraße, Herstellung von Tonleitungen im Schkopauer und Collenbeyer Weg, desgleichen in Merseburger und Mölschner Straße, Herstellung einer unterirdischen Rohrleitungsanstalt vor dem Polizeipräsidium sowie Herstellung von Pumpenhäuschen und der Rohrgräben für die Beregnungsanlage auf der Kläranlage.

Wegen einem laufigen Windhund ...

Am Montag gegen 10 Uhr mußte in der Döblauer Straße ein Motorrad, um einen Windhund nicht zu überfahren, plötzlich stark bremsen. Das Motorrad überschlug sich und der Motorradfahrer und Beifahrer trugen starke Hautabschürfungen an Kopf, Händen und Beinen davon. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Hammer und Messer.

Gestern gegen 18.40 Uhr entstand in einer Gastwirtschaft zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, wobei Hammer und Messer benutzt wurden. Alle Beteiligten erlitten leichte Verletzungen. Sie wurden durch das herbeigerufene Polizeikommando zum Polizeirevier gebracht.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Juni erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Paul Rudolph

Gestern früh verstarb der Genosse Paul Rudolph, Brachstedt, an einer sich im Weltkrieg zugezogenen Verletzung. Genosse Rudolph gehörte der Partei der Revolution über ein Jahrzehnt an. Trotz seiner Krankheit hat er seine revolutionäre Pflicht stets erfüllt. Wir verlieren in ihm einen der Besten unserer Ortsgruppe und werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Tote in der Saale

Vor einigen Wochen wurde bei Döblitz die Leiche eines gewissen Höpfner aus Lettin, die mit Pflastersteinen beschwert war, aus der Saale gelandet. Nach den Feststellungen liegt Selbstmord vor.

Wörmlitz-Völberg. Eine öffentliche Konsumpersammlung findet am Dienstag, dem 20. Mai, um 20 Uhr im Gasthof Rauchenbach statt. - Werktätige, holt Euch Aufklärung! Erscheint in Massen!

Rundfunk-Programm

Dienstag, 20. Mai

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. Anschließend: Schulplatteninstrumentalmusik. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Französische Instrumentalmusik. Schallplatten. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. (Schluß 13 Uhr.) 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Berliner Chansons und Gesangsschlager. Schallplatten. 15 Uhr: Ein Besuch bei der thüringischen Landesweitmeute in Weimar. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: „Das Polizeiwerbe und Leipzigs Stellung in der internationalen Polizeiwirtschaft." 16.30 bis 17.40 Uhr: Konzert. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. Anschließend: Wettervoraussage und Zeitungsbe. 18.05 Uhr: Frauenfunk: „Der neue Sinn des Kinderaustausches" 18.30 bis 18.50 Uhr: Frauenfunk. 19 Uhr: Hygiene in der Schule. 19.20 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft. 19.30 Uhr: Die Räuber. Oper in drei Akten. Dichtung nach Schiller von Andreas Maffei. Musik von Giuseppe Verdi. 22.15 Uhr: Zeitungsbe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Unterhaltungsmusik. Schallplatten.

Mittwoch, 21. Mai

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 Uhr: Bekanntgabe des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Französische Instrumentalmusik. Schallplatten. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. Schluß 13 Uhr. 13 Uhr: Wetterdienst, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Moderne Tanzmusik. Schallplatten. 14.30 Uhr: Jugendfunk: „Ein froher Wandering." 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Hans Jahnke, Berlin: „Wunderkinder." 16.30 bis 17.40 Uhr: Leichte Musik. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. Anschließend: Wettervoraussage und Zeitungsbe. 18.05 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Sachsen. 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitungsbe. 18.25 Uhr: Italienischer Unterricht. 18.45 Uhr: Literarische Viertelstunde. 19 Uhr: Arbeitsnachweis. 19.05 Uhr: „Schlagwort Nationalsteuerung." 19.20 Uhr: Schlesien, Land und Volk. Hans Jüttner, Breslau, liest aus eigenem Werken. 21.15 Uhr: „Rhapsodien." 21.45 Uhr: „Die Leben Schwaben" von Ludwig Turbacher. 22.15 Uhr: Zeitungsbe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Donnerstag, 22. Mai

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. Anschließend: Schallplatten. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Opernsinfonien. Schallplatten. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. Schluß 13 Uhr. 14 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Charakterstücke. Schallplatten. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: „Der Einfluß Christian Theodor Weinlias auf den Musikstudenten Richard Wagner." 16.30 bis 17.40 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Sieverrundfunk. 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitungsbe. 18.25 bis 18.45 Uhr: Spanisch. 19 Uhr: Engelbert Graf: „Wandlungen der deutschen Kultur." Konzert. 20.30 Uhr: Richard Wagner: „Mein Leben. 21 Uhr: „Die Walküre." 22 Uhr: Funkstille, Zeitungsbe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funkstille.

Freitag, 23. Mai

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 Uhr: Schulfunk: Die Stimmen unserer Singvögel. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. Anschließend: Neues von Hermann Löns. Werbeveranstaltung. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Pressefer Arnold Fabbeln. Schallplatten. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. Schluß 13 Uhr. 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Englische und amerikanische Schlager. Schallplatten. 14.30 Uhr: Das neue Buch: „Weltgeschichte am Mittelmeer." 15 Uhr: Dienst der Landwirtschaft: Pflicht und Recht. Landwirt zu sein." 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Berlin: „Erzählungen an der ostasiatischen Küste." 16.30 bis 17.30 Uhr: Von Kolen ein Kinderleben. (Volkslieder-Duette.) 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk. 18.20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitungsbe. 18.35 bis 18.45 Uhr: Englisch. 19 Uhr: „Von Zolende Küsten und Gletschern wollt." 19.30 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft. 19.45 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: „Revolution in China." Hörspiel von Otto Zoff. 21.40 bis 24 Uhr: Militärkonzert. Dazwischen: Zeitungsbe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk.

Sonnabend, 24. Mai

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.50 Uhr: Schulfunk: Rosenfeiern und Rosenpflege im Hausgarten." 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Opernsätzen, gesungen von Franz Völker. Schallplatten. 12.30 Uhr: Mischnachbarbube des Schulfunks. Alte und neue Scheinwerferlieder. Einstimmig, zweistimmig mit Instrumenten. 12.55 Uhr: Neuester Zeitzeichen. Schluß 13 Uhr. 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Musikprogramm. Schallplatten. 14.30 Uhr: Ratschläge für die Jugend. 15.15 Uhr: Funkschach. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: „Ein neues Handbuch." 16.15 Uhr: Heitere Volksfolter. 17 Uhr: Stunde der Jugendlichen: Kaufmannslehrling, Gärtnerlehrling, Theaterbote. Sagen 17.30 bis 17.50 Uhr: Uebertragung der Aufführung des Deutschen Fußballverbandes anläßlich des 2. olympischen Kongresses in Grünau. 18.05 Uhr: Schallplattenkonzert. 19 Uhr: Arbeitsnachweis, Wettervoraussage und Zeitungsbe. 19.05 Uhr: Deutsch: „Modernärter." 19.30 Uhr: Stunde der Technik: „Frequenzen diesseits und jenseits des Rundfunks." 20 Uhr: Kabarett Sämmerling. 21.30 bis 24 Uhr: Tanzmusik. Dazwischen 22.15 Uhr: Zeitungsbe, Wettervoraussage, Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagsprogramms und Sportfunk.

Wie wird das Wetter?

Für Dienstag: Anfänglich ziemlich trübe. Neigung zu leichten Niederschlägen. Dann veränderliche Bewölkung und Auftreten örtlicher Regenschauer. Temperatur wenig verändert.

Für Mittwoch: Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters wahrscheinlich.

Verantwortlich: Ernst Schaller, Berlin, für Politik und Beilagen; Bruno Reise, Halle, für Lokales und Sachsen; Hans Amende, Leipzig, für Provinz; Fritz Beyling, Halle, für Sport; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs und Gewerkschaften; Fritz Krok, Halle, für Anzeigenteil.

Bezirk: Mittelmeilland
Halle (Saale), Steinweg 24, Hof!
Sprechstunden: Dienstage, Mittwochs und Freitags von 15—19 Uhr im Büro Halle, Zentrum. Dienstag, 20. Mai, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, Mitgliederversammlung. Referent ist anwesend.

Bund der Freunde der JAH
Landesverband Halle-Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon 291 50
Postscheckkonto Leipzig 16379, Joh Höcker

Merseburg. Dienstag, 20. Mai, 20 Uhr, in der Rathäuse Freiburg Vorwerk Mitgliederversammlung. Wichtig! Wahl der Delegierten zur Orts-Konferenz.

Brennende Ruhr

Roman aus dem Kapp-Putsch
Von Karl Grünberg

Copyright 1929 by Intern. Arbeiter-Verlag, GmbH., Berlin C 25

Als der Offizier des Generalkommandos bei der geheimen Beratung in der Wohnung des Zechendirektors anbeutete, wurde er von Kapitän Ehrhardt blutige Wirklichkeit. Solange sich die bewaffnete Gegenrevolution zurückhielt, bewahrten auch die streikenden Arbeiter des Industriegebietes bewunderungswürdige Ruhe. Daß sich nicht allein auf die passive Waffe der verschränkten Arme verließen, wurde zum Beweis dafür, daß die Arbeiter aus den Ereignissen Schlüsse gezogen hatten. Man hatte sich die Waffen von Regierungsvertretern, Kriegers- und Schützenvereinen und aus den geheimen Geheimdepots der illegalen Militärverbände. So fiel in Bochum den Arbeitern eine Bahnsendung von zweitausend Gewehren in die Hände. Aber obwohl diese Waffen nirgends zu gewaltsamen Gewaltsaten benutzt wurden, erhob sich sofort ein Geschrei. Nicht nur bei den mit Kapp liebäugelnden Reichswehrleuten, sondern auch bei den sogenannten Republikanern! „Waffen in Arbeiterhänden?" — —

Es war in den Augen der Ebert-Bauer eine ebenso große Gefahr wie in denen der Kapp-Lüttwitz. Beide Parteien, die sich doch nach drohend gegenüberstanden, wurden sich sofort klar, daß „Ordnung" verhindert werden mußte.

Wie die Kappisten zu Beginn ihres übereilten Putsches noch die revolutionäre Arbeiterschaft durch Versprechungen lange zu neutralisieren, bis man das Staatsruder fest in Hand hatte, so änderten sie doch sofort die Taktik, als man den entschlossenen Kampfwillen der Arbeiter stieß. Am 13. März begann der Putsch, wenige Stunden später der Generalstreik aus, bereits am Tage darauf ordnete das Generalkommando den militärischen Aufmarsch gegen die Ruhrstädte an. Es kam sich vorher des stillschweigenden Einverständnisses der Regierungen sozialdemokratischen Regierungskommissare und Mehlich zu versichern. Dieses Vorgehen fand auch die volle Billigung der alten Regierung.

Man hatte vergessen, daß diese Truppen ja am ersten und größten Ruhe und Ordnung gestört hatten. Aber die Erwartung der Arbeiterschaft sich von den in noch blutiger Erinnerung stehenden Truppen des Generals Maltzer widerspruchslos entwaffnen und damit auf Gnade oder Ungnade ausliefern würde, war eine überraschende Enttäuschung. Am 16. März wurden Teile des Lichtschlag bei Wetter und Herdecke vernichtend geschlagen. Mit Hilfe der erbeuteten Waffen gelang es, am Tage darauf in Dortmund das Gros des Freikorps und die mit ihm verbundene Polizei und Einwohnerwehr nach erbitterten Straßenkämpfen zu zerspringen.

Es kam es in Werden, Lennep, Barmen, Essen, Hettigenbeck und anderen Orten zu spontanen Kämpfen, in denen überall die Arbeiterschaft Sieger blieb. In Remscheid, wo das Freikorps Lützow mit klingendem Spiel einen provozierenden Parademarsch unter schwarzweißroten Fahnen durch die Stadt unternahm, wurde die Kappbanditen nach achtzehnstündigem Kampf in das von den Engländern besetzte Gebiet gejagt. Ueberall hatten die Truppen schwere blutige Verluste, fielen den Arbeitern mit zahlreichen Gefangenen große Mengen schweren und leichten Kriegsmaterials in die Hände.

Damit war die Lage für die in Mülheim, Duisburg und Hamborn liegenden Truppen des Freikorps Schulz ebenso unhaltbar geworden, wie für die in Düsseldorf und Essen stationierten Kontingente. Unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter zogen sie sich nach Norden auf die Festung Wesel zurück, nicht ohne noch auf dem fluchtartigen Rückzug in schwere Kämpfe verwickelt zu werden, wo weiteres Kriegsmaterial in Händen der Arbeiter blieb.

In wenigen Tagen war die Säuberung des gesamten Industriegebiets von konterrevolutionären Freikorpsbanden ebensolche Tatsache, wie die Bewaffnung des Proletariats. Mitten im Kampf formierten sich die Arbeiterkompagnien, den flüchtenden Gegner bis unter die Mauern von Wesel verfolgend. In Westfalen stießen bewaffnete Arbeiterkruppen über die Lippe bis sieben Kilometer vor Münster nach. Da aber im Rücken der geschlagenen Truppen alles ruhig blieb, gelang es ihnen, an der Lipe wieder Halt zu fassen. So bildete sich hier von Hamm bis Wesel eine regelrechte Kampffront aus.

Auch Swertrup, das an der Rückzugsstraße nach Wesel lag, wurde in diese Kämpfe auf das schwerste hineingezogen. Die hier besonders aktiven Berg- und Hüttenarbeiter hatten entgegen dem Widerspruch einiger Aktionsausschußmitglieder durchgesetzt, daß man zur Bildung einer Arbeiterwehr aufrief. Fünf Kompagnien zu je hundert Mann, die sich um ihre Arbeitszentren gruppierten, sollten aufgestellt werden, aber die nicht große Anzahl drängte sich zu den Einschreibestellen. Nur die knappe Hälfte konnte mit Gewehren bewaffnet werden, einige weitere Stoßtrupps mit Pistolen, Seitengewehren und Handgranaten. Alles drängte darauf, so schnell wie möglich irgendwohin geführt zu werden, um die Kräfte mit den Konterrevolutionären zu messen, ihnen weitere Waffen zu entreißen.

„Was die Dortmunder Kumpels können, können wir Swertruper auch." — Das war die allgemeine Stimmung.

Bürgermeister Dr Linenkuhl hatte auf Reeses Veranlassung die Geschäfte im Rathaus wiederaufgenommen. Zeitner und Reese, die beiden Vorsitzenden des Aktionsausschusses, begaben sich Freitag früh zu ihm um wegen der zunehmenden Lebensmittelschwierigkeiten Rücksprache zu nehmen. Die Lager nahmen infolge der stockenden Zufuhren rapide ab. Bei den Kaufleuten verschwanden, ungeachtet aller Dekrete, die vorhandenen Lebensmittel spurlos. Man machte sich kein Hehl daraus, daß ein Verlagen der Verjorgung eine ernste Gefahr für die erfolgreiche Durchführung des Generalstreiks mit sich bringen müßte.

Vor dem Rathaus stießen die beiden Funktionäre auf eine große Menschenansammlung, deren Mittelpunkt ein über und über mit Kot bespritztes Militärauto war, das vorn am Kühler eine weiße Flagge trug. Der Chauffeur, mit Unteroffizierskitten an der Lederjacke, saß mit steinernem Gesicht im Fonds des Wagens, um ihn herum hatte er ein halbes Dutzend gespannter Karabiner und eine offene Kiste mit wurfbereiten Handgranaten.

Das Auftauchen der beiden bekannten Arbeiterführer brachte Bewegung unter die in feindseligem Schweigen harrende Menge.

„Soeben sind zwei Offiziere beim Bürgermeister drinnen", riefen ihnen mehrere Stimmen entgegen.

„Da müssen wir nach dem Rechten sehen", sagte Zeitner und lief, immer zwei Stufen auf einmal nehmend, die Freitreppe hinauf, gefolgt von Reese und dem soeben eingetroffenen Zur Linden.

Zu jeder anderen Zeit hätte sich Dr. Linenkuhl wohl das Betreten des Allerheiligsten ohne Anmeldung und Anklopfen energisch verbeten. Aber außergewöhnliche Umstände rechtfertigen außergewöhnliche Tatsachen; das mochte auch der gestrenge Swertruper Bürgermeister empfunden, denn er ging ihnen, jovial die Hände reichend, entgegen.

„Das ist gut, meine Herren, daß Sie kommen. Soeben wird mir mitgeteilt, daß in einer halben Stunde das Mülheimer Regiment bei uns durchmarschiert", sagte er, dabei auf die beiden am Fenster stehenden Offiziere weisend „Die Herren sind nämlich vom Aktionsausschuß", setzte er, zu den Offizieren gewendet, hinzu.

Der ältere der beiden Offiziere, der auf den Achselstücken Hauptmannsterne trug, hob die rechte Hand bis zur Dreiviertelhöhe seiner Mütze, machte einen Schritt näher und sagte mit müde klingender Stimme, wobei er vermied, jemanden anzusehen: „Es handelt sich für Sie um keine Besetzung, sondern lediglich um einen notwendigen Durchmarsch. Uns kommt es darauf an, Zusammenstöße mit den Arbeitern zu vermeiden"

„Das liegt auch ganz in unserer Absicht, Herr Hauptmann", beeilte sich Reese zu beteuern, wobei er sich leicht zum Fenster hin verbeugte.

„Das käme wohl immerhin noch drauf an, aus welchem Grunde das Regiment in diesen Tagen hier durchmarschiert und zu welcher Regierung es hält", sprach Zeitner, durch Reeses Vorsichtigkeit gereizt, dazwischen.

„Es handelt sich um eine anbefohlene Bewegung, über deren Zweck Auskunft zu erteilen ich nicht befugt bin. Was die politische Stellungnahme anbetrifft" — der Hauptmann machte eine kleine Atempause — „wir sind Soldaten, kümmern uns um keine Politik und kennen nur die Befehle unserer Vorgesetzten!"

Zeitner wußte im Moment nicht, was er auf diese verzückte Erklärung antworten sollte, und Zur Linden blickte sich ratlos nach seinen beiden Genossen um. Worauf Reese erklärte, daß die hiesige Arbeiterschaft für Ruhe und Ordnung sei und der Aktionsausschuß dafür sorgen werde, daß es zu keinen feindlichen Handlungen seitens der Bevölkerung kommen werde.

„Gestatte mal, Genosse Reese der Aktionsausschuß bist Du doch nicht alleine, wenn die Herren verhandeln wollen, müssen Sie sich schon nach dem Volkshaus bemühen", sagte Zur Linden in ärztlicher Entrüstung. Die Offiziere blickten den Arbeiter mit einem Ausdruck hoheerfüllten Staunens an. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Nr. 116 — Montag, 19. Mai 1930

Achtung, dringende Anweisungen zum Reichstreffen!

Die Landesleitung mahnt

zur sofortigen Meldung aller Teilnehmer!

Knapp drei Wochen trennen uns noch von dem Reichstreffen der roten Sportler in Erfurt. Es ist höchste Zeit, sofort die Meldungen der teilnehmenden Genossen einzureichen. Die bisherigen Meldungen sind ungenügend. Wie es scheint, betrachten die Genossen das Reichstreffen als einen gewöhnlichen Spielsonntag und glauben mit der Meldung einzelner Mannschaften und Delegationen ihre Pflicht erfüllt zu haben. Mit diesem Wahn muß endgültig gebrochen werden. Erfurt soll und muß sein ein Massenaufmarsch

eine Heerschau der roten Arbeitersportler in engster Verbindung mit der revolutionären Arbeiterschaft.

5000 rote Sportler aus unserem Landesgebiet zum Reichstreffen heißt: „Jetzt mit aller Kraft die verkehrten Ansichten der Sportler zu bekämpfen, die letzten Vorbereitungen, die Massenmobilisierung der Sportler, durchzuführen."

3000 Klassengenossen aus den anderen Massenorganisationen bedingt die Mobilisierung der Arbeiterschaft in den Betrieben, auf den Stempelstellen, kurz in allen Veranstaltungen, das Reichstreffen in den Vordergrund zu stellen.

Zur Besprechung der letzten Vorbereitungen

sind folgende Tagungen festgelegt:

Am Sonnabend, dem 24. Mai 1930
Halle, Produktiv, abends 8 Uhr, für den 6. Bezirk.
Am Sonntag, dem 25. Mai 1930
Sieroleben, „Goldene Kugel, 10 Uhr vormittags, für den Mansfelder Bezirk.
Für Delitzsch, Torgau, Eilenburg vormittags in Eilenburg.
Am Montag, dem 26. Mai 1930
Halle, abends 8 Uhr, im „Volkspark", für alle Ortsvereine.
Am 1. Juni 1930
in eVbindung mit dem oppositionellen Kreistag eine Tagung in Hohenleipisch.

Zu diesen Bezirkstagungen haben alle Sportler und Delegierte der anderen Massenorganisationen zu erscheinen. Vor allem sind die Meldungen allerspätestens auf diesen Tagungen anzugeben!

Um gleichzeitig die Arbeiten besser und intensiver durchführen zu können, werden folgende

Meldestellen

eingerichtet. Diese Meldestellen müssen allen Erfurt-Fahrern angegeben werden.

Halle a. d. S., Ort, Kurt Wabbel, Stadtgutweg 19.
Halle a. d. S., Bezirk, Arno Pezold, Halle, Spitze 10. Franz Franke, Halle, Albrechtstraße 24.
Bitterfeld, Paul Krisig, Bitterfeld, Burgstraße 44.
Wittenberg, Christian Zachler, Pielteritz, Schulstraße.
Jeßnitz, Ernst Bobowski, Jeßnitz, Bleichweg 17.
Eisleben (7. Bez.), Wilhelm Damm, Karl-Liebknecht-Straße 4.
Weißenfels, Genosse Darstein, Weißenfels.
Zeitz, Genosse Lässler, Rasberg.
Naumburg, Walter Fickert, Naumburg, Preußenplatz 17.
Eilenburg, Bruno Wiewald Damschkestraße 8.
Elsterwerda, Wilhelm Engelmann, Hohenleipisch Nr. 75.

Plaketten werden nach wie vor bei der Reichsleitung der J.-G., Berlin C. 25, Landsberger Straße 82, angefordert.

Darüber hinaus muß die Teilnehmerzahl, die Art der Beförderung noch bei den zuständigen Kontrollstellen gemeldet werden, damit diese die Abfahrt und auch die Zeit zentral regeln können.

Die Kontrollstellen haben die Pflicht, die Meldungen sofort an die Landesleitungen weiterzuleiten.

Genossen! Nun mit aller Kraft heran an die Arbeit! Besucht die festgelegten Tagungen. Meldet schnell Eure Teilnehmerzahl. Bringt sie mit zu den Bezirkstagungen!

Macht das Reichstreffen zu einer Heerschau der roten Sportler. Demonstriert die engste Verbundenheit mit der Gesamtarbeiterschaft.

Die roten Sportler des 7. Bezirks sammeln sich

Unlängst fand in Siersleben bei Hettstedt eine Zusammenkunft von Vereinen des 7. Bezirks statt, in der die Grundlage für eine erfolgreiche oppositionelle Arbeit geschaffen wurde. Obwohl diese Zusammenkunft nur in der Zeitung bekanntgemacht war, waren dem Rufe der Einberufer 10 Vereine gefolgt. Außerdem waren 2 Sportkartelle vertreten. In dieser Zusammenkunft wurde nach gründlicher Aussprache über die Lage im 7. Bezirk

eine oppositionelle Bezirksleitung gewählt,

unter deren Führung jetzt auch die übrigen Arbeitersportler im 7. Bezirk zur Opposition stoßen müssen. Schon jetzt heißt es auch im 7. Bezirk eine große Masse revolutionärer Arbeitersportler für das rote Sportlertreffen in Erfurt mobil zu machen. An diesem Treffen müssen auch die Arbeitersportler dieses Bezirks beteiligt sein. Alle, die wegen des Reichstreffens irgendwelche Auskunft wünschen und die sich evtl. daran beteiligen wollen, melden sich bei den Genossen Damm, Eisleben, Karl Müller, Gerbstedt, oder direkt bei der Landesleitung der JG. (Franz Franke, Halle, Albrechtstraße 24)

An die Motor-Radfahrer des Gaues 17

sowie der anderen Gaue des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität"

Die Genossen oder Abteilungen werden in Anbetracht der ungeheuerlichen Verschlechterungen der Bundesversicherung aufgefordert, diese Versicherung abzulehnen. In dieser Versicherung kommt die auch sonst wahrzunehmende Verbürgerlichung der Bundesinstanzen deutlich zum Ausdruck. Durch die Bundesversicherung sind die Genossen von den Nichtsportlern und Spaltern der Organisation völlig abhängig.

Nur der Bundesvorstand und der Beirat sollen darüber entscheiden, ob die einzelnen Genossen Rechtschutz bekommen und ob sie in den Genuß der Unterstützungseinrichtung kommen.

Das geht zum Beispiel völlig deutlich

aus dem neuen Handbuch: „Winke für Motorradfahrer",

Seite 27, hervor, wo es u. a. heißt:

„Ein Fahrer, der bei einer Fahrt Vorsicht und Gewissenhaftigkeit vermissen ließ und darum verunglückte oder Schaden anrichtete, hat kein Recht, die Unterstützungseinrichtungen des Bundes in Anspruch zu nehmen."

Die Bundesinstanzen wollen also künftighin nur noch die tausenderlei vorbehaltene Unterstützung leisten. Genau so ist es beim Rechtschutz, der jetzt zwar in den Bundesbeitrag einbezogen ist, aber in Wirklichkeit in folgender Weise beschnitten wird:

Im Handbuch heißt es nämlich in nicht mißzuverstehender Weise, daß jeder Motorradfahrer die Versicherung abschließen muß, um sich „für alle Fälle den Rechtschutz zu sichern".

Der Zweck, der mit dieser Verschärfung der Bestimmungen erreicht werden soll, besteht darin, daß jedes Mitglied finanziell auf Gedeih und Verderben der Bundesbürokratie ausgeliefert werden soll. Diese Bürokratie will sich willenlose Mamelucken für politische Entscheidung der Mitglieder soll von dieser Versicherung abhängig gemacht werden! Mit solchen Mitteln wollen Bundesmänner und Bundermänner die Bundesmitglieder zur Solidarität mit der Opposition abhalten.

Das darf und wird ihnen nicht gelingen, wenn die Genossen aller Vereinen die weitaus günstigere, nicht auf Knutenschlag fußende Versicherung mit der Opposition abschließen. Die Nachteile dieser Versicherung sehen im einzelnen folgendermaßen aus:

Unfall-Versicherung

Jahresprämie für 1000 Mark im Todesfall, 1000 Mark Invaliditätsfall 3 Mark.

Soziusversicherung dasselbe!

Haftpflicht-Versicherung

Deckungssummen: 75 000 Mk. für Personenschäden (Katastrophenfall), 25 000 Mark für Personenschäden (Einzelfall), 5000 Mark für Sachschäden.

Jahresprämie für Motorrad 32 Mark und für Beiwagen 16 Mark.

Nähere Auskunft kann beim Sportgenossen Franz Elsner, Krausenstraße 27, eingeholt werden.

Kämpft mit der

Opposition im ARKB.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer

des Gaues 17, legt den Gewerkschaftern das Handwerk und fordert in allen Vereinen die

Sofortige Einberufung eines außerordentlichen Gautages

Unerhörte Terrormaßnahmen der Gauleitung

bei der Austragung der Bezirksmeisterschaft des ARKB. 12. Bezirk

Da die Mitglieder der Ortsgruppe Reidesburg der Ausschlußparagraphen sowie die Spaltungstätigkeit des Bundesvorstandes nicht anerkannten, wurde gegen die Sportler der Ortsgruppe Reidesburg das Startverbot für die Bezirksmeisterschaft bei Beginn verhängt.

Auch dieser Terror wird die Mitgliedschaft nicht davon abhalten, mit dem sozialfaschistischen Geschmeiß Abrechnung zu halten.

93 Weißenfels verliert 2:4 gegen Städteell Halle

Schon lange vorher setzte bei herrlichem Wetter ein mächtiger Zustrom nach Weißenfels' idealer Kampfstätte, dem neuen Stadion, ein. Stark waren auch die Bundesgenossen des Fußballbezirks Weißenfels vertreten. Dadurch wurde das Spiel zu einer gewaltigen Kundgebung für die revolutionäre Einheit im Arbeitersport. Dazu hatte Halle eine Vertretung geschickt, die alle Erwartungen übertraf.

Ein so technisch hochstehendes Spiel zeigten die Gäste,

das wirklich wahren Arbeitersport vordemonstrierte. 93 spielte aufopfernd, doch waren hier einige schwache Punkte aufzuweisen. Ganz hervorragend hielt der Torwart. Trotzdem gaben sich alle die größte Mühe, so daß der erste Auftakt, zu dem auch der ausgezeichnete Schiri Stoye (Trotha) viel beitrug, glänzend gelungen ist.

Vom Stiftungsfest in Bruckdorf

Anläßlich unseres Stiftungsfestes, welches am 17. Mai durch einen Kommers eingeleitet wurde, welcher zahlreich besucht war und von verschiedenen Vereinen mit sportlichen Darbietungen belebt wurde, fanden untenstehende Spiele statt. Vor allem ist die gute sportliche Arbeit von Achilles zu nennen.

Bruckdorf 1. — Sportbrüder: 1. 4:3. Bruckdorf konnte ihr erstes Serienspiel gewinnen. Gleich von Anfang an werden beide Torhüter beschäftigt. Etwas Zählbares wird aber nicht erreicht. Endlich gelang es dem Rechtsaußen von Bruckdorf durch Mittelgang, das erste Tor zu schießen. Das Spiel wurde auf beiden Seiten ganz sichere Sachen ausgelassen. Durch Elfmeter kam Sportbrüder in der 22. Minute ausgleichen. Weiter wogt der Kampf, wobei aber fast immer in der Hälfte von Sportbrüder gekämpft wird. Auf Zuspiel von Halbrechts verwandelt der Bruckdorfer Mittelstürmer einschlossen zum 2:1. Gleich darauf erhöht abermals der Rechtsaußen auf 3:1. Bis Halbzeit wurde nichts mehr erzielt. Nach 10 Minuten Spielzeit verkürzt Sportbrüder auf 3:2. In der 19. Minute mußte der Hüter von Sportbrüder einen scharfen Ball pressen lassen und blitschnell verwandelt der Re. Mittelstürmer auf 4:2. In der 38. Minute verschießt Bruckdorf einen Elfmeter. Sportbrüder kommt nochmals zu einem billigen Erfolg. Es wird abermals Elfmeter fiber zum 4:3 verwandelt. Kurz darauf ist der Kampf beendet.

Bruckdorf 2. — Trotha 2 0:0. Bruckdorf Jugend — Trotha Jugend 1. — Kleiteben 1. 4:7 (Handball). Kleiteben konnte durch die schnellen Stürmer das Spiel zu ihren Gunsten entscheiden.

Bruchmiß 2. — Zscherben 2. 3:2. Bruchmiß 1. — Zscherben 1. 9:4.

WSV. Lettin 1. — Trotha 1. 2:1 (2:0)
Asolania 1. — Giebichenstein 1. 0:3 (0:2)
Diemitz 1. — Teutonia 1. 1:1 (0:1)
Lösejan 1. — Reidebung 1. 0:4 (0:1)
Wörmlitz 1. — Minerva 1. 6:1 (3:0)
Bruchmiß 1. — Zscherben 1. 9:4 (1:2)
Fortuna 1. — Zörbig 1. 3:4 (2:0)

Cölme 1. unterlag gegen Viktoria 2. 2:6. Das Spiel war äußerst fair. Viktoria zeigte bessere Stürmerleistungen. Amsdorf 1. — Giebichenstein komb. 4:0. Eisdorf 1. — Bittorfa 3. 2:2. Cölme 2. — Eisdorf 1. 4:3. Leitzia 2. — Trotha 2. 2:2. Leitzia 3. — Trotha 3. 1:5. Lösejan 2. — Asolania 2. 2:1 (1:1). Lösejan Jgd. — Asolania Jgd. 1. Lösejan 3. — 93 Weißenfels 3. 2:1 (2:0).

Bruchmiß 2. — Zscherben 2. 3:2 (0:1).

TSC. 1. — Sportlust 1. 0:3.

Die Handballbörse

findet nicht am Mittwoch, sondern bestimmt heute, Montag, 20 Uhr in der Kaffee Kaiser statt.

Vom Handballwerbetag in Sangerhausen

Auf dem Hallmarkt trafen sich die Spieler FTS. und in Sennewitz bei Genossen, um nach Sangerhausen mit Auto zu fahren. 11 Uhr traf Sennewitz 11.15 FTS., 11.50 Sennewitz dort ein. Alle wurden mit dem Sonderzug abgeholt. Die klassenbewußten Arbeitersportler begrüßten sich gegenseitig mit dreifachem „Rot Sport". Als

Auftakt

fand ein eindrucksvoller Werbelauf, verbunden mit Fackelzug quer durch Sangerhausen statt, an dem sich 50 Genossen und Genossinnen beteiligten. Anschließend allgemeine Mittagspause. Um 1 Uhr nahmen dann

die Spiele

ihren Anfang. Nachfolgend die Resultate. Die Spielberichte können nicht mehr erscheinen, weil sie zu spät eingingen.

FTS. 2. — Unterröblingen 2. 7:0 (3:0).
FTS. 1. — Unterröblingen 1. 9:2 (3:1).
Sennewitz 1. — Sangerhausen 1. 10:2 (4:1).
FTS. Jugend — Sennewitz Jugend 4:2 (3:2).
FTS. 1. — Sennewitz 1. 4:3 (0:3).

Alle Spiele haben dann beigetragen, unsere oppositionelle Bewegung vorwärts zu treiben.

Nachdem sammelten sich alle Sportler in ihren fünf Schwadronen und schiedeten sich von Sangerhausen mit einem dreifachen „Rot-Sport". Trotz Dirn und Regen wohlbehalten in ihrer Heimat an.

Trotha 1. schlug in unserem flotten Spiel Sennewitz 2 3:2. Die Leistungen waren sehr zufriedenstellend. Weiter so, dann werden wir weitere Erfolge blühen.

Der Vorkampf Achilles Halle gegen Sandow 03 Leipzig 8:8 unentschieden. Eiche Greppin gegen Adler Holzweißig

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Am Dienstag, dem 27. Mai, 20 Uhr, findet im Lokal Polzin eine Sitzung des Kartellvorstandes und des Technischen Ausschusses statt. Jeder Sport- und Kulturverein muß einen Vertreter entsenden. Tagesordnung: Zusammenstellung des Programms zur Rastwoche am 22. bis 29. Juni.

Kurt Wabbel, 1. Vorsitzender.

Erfurt-Fahrer melden!

Alle Vereine müssen sofort alle Teilnehmer am Reichstreffen melden. Meldungen müssen am Mittwoch, dem 21. Mai, 20 bis 22 Uhr im Lokal Polzin, Torstraße, abgegeben werden.

Kurt Wabbel, 1. Vorsitzender.

Spielberichte von Bitterfeld sind zu spät eingetroffen, können Sportberichte nur bis 8 Uhr früh setzen lassen. Sie kommt muß liegen bleiben, da sonst die Herausgabe der Zeitung gefährdet wird.

SSC. Minerva, Mittwoch, 21. Mai, 20 Uhr, Schanktwirtschaft Kaiser

Die Landeskonferenz für Berlin-Brandenburg

Von 207 Delegierten 50 aus der Provinz — Einmütig für Zentralisation

In allen Teilen des Reiches haben bereits die konstituierenden Landeskongresse stattgefunden, in Mitteldeutschland, Rheinland, Thüringen, Sachsen usw., überall bestehen seit mehr oder weniger langer Zeit die Landesleitungen der JG. Nur in Berlin, dem oppositionellen Herd, gab es bis Sonntag keine solche Vertretung. An sich unnatürlich, aber durch die Verhältnisse bedingt und darum absolut verständlich.

Waren und sind doch die Funktionäre Berlin-Brandenburgs, und insbesondere die Berliner, derartig mit Reichsarbeit überlastet, daß sie kaum daran denken konnten, die Arbeit in Brandenburg und in der Lausitz, also gerade in der Provinz, so zu leisten, wie es eigentlich der Stärke der Berliner Opposition entsprochen hätte. Nachdem nun aber die Opposition im Reich schon imstande ist, selbständig und ohne Unterstützung von Berlin zu arbeiten, konnte jetzt endlich daran gegangen werden, auch eine Landesleitung für das Berlin-Brandenburg-Lausitz- und Grenzmarkgebiet zu schaffen.

Die Tagung am Sonntag, dem 11. Mai, in Fürstenwalde war mit 207 Delegierten, von denen 50 aus der Provinz kamen, gut beschickt. Die Tagung wurde eröffnet durch eine Begrüßung des Fürstenwalder Arbeiter-Gesangvereins „Trotz alledem". Danach übermittelte ein Vertreter der Kommunistischen Partei Fürstenwalde dem Kongreß die Grüße der proletarischen Bevölkerung Fürstenwaldes, worauf der Kongreß in seine erfolgreiche Tagung eintrat.

Arbeitersportler,

das „Volksblatt" denunziert

Euren Aufmarsch gegen den Harnack-Erlaß in der Sonnabend-Ausgabe als eine „KPD.-Veranstaltung", in der Absicht, durch diese Denunziation ein Verbot des roten Arbeitersports zu erwirken. Antwortet den sozialfaschistischen Denunzianten mit der

Stärkung der einheitlichen Kampffront und verstärkten Mobilisierung für das rote Reichstreffen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0008

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Blamierte Klassenjustiz

Wieder ein Polizeispitzel entlarvt

Der Prozeß gegen 26 Mitglieder der Antifaschistischen Jungen Front, die unter Anklage standen, einen „Geheimbund" organisiert zu haben, denen vorgeworfen wurde, den Polizeipräsidenten Dresden entführen zu wollen, wurde ein Freispruch gefällt, weil der belastende Kronzeuge der Staatsanwaltschaft im Prozeßverlauf als bezahlter Polizeispitzel entlarvt wurde.

Am Dienstag begann in Dresden der Monsterprozeß vor dem Erweiterten Schöffengericht, aber sehr bald konnten die Angeklagten und ihr Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Helm, die ganze Haltlosigkeit und Konstruktion der Anklage aufdecken.

Bei der Hauptverhandlung ereignete sich ein außerordentlicher Zwischenfall. Obwohl der am ersten Tage des Prozesses als Zeuge vernommene Kriminalinspektor Einert behauptet hatte, daß der Polizeispitzel Borchert für seine Angaben kein Geld erhalten habe, meldete jetzt der Zeuge Funke sehr wichtige Angaben darüber, daß Borchert von der Polizei für seine Spitzelei mit Geld entlohnt worden ist.

Unter anderem sagte der Zeuge unter Eid aus, daß ihm Borchert gestanden habe, von der Polizei 24 Mark erhalten zu haben. Borchert habe auch ihm und einem anderen Zeugen, Kummer, versprochen, eine Mark von diesem Spitzelgeld zu geben.

Grund der Aussagen der Zeugen wurde Kriminalinspektor Einert nochmals vernommen und mußte nunmehr, durch Fragen in Enge getrieben, zugeben, daß er an Borchert drei- bis viermal Geld ausgezahlt hat. Er sagte für „Straßenbahnfahrten". Auch Polizeiobjekt Borchert mußte nun zugeben, von Kriminalinspektor Einert Geld empfangen zu haben.

Damit brach das ganze Gebäude des Staatsanwalts Dr. Hartmann zusammen. Da gestützt auf die absolut erlogenen Aussagen des Polizeiobjekts, die Klassenrichter zu keiner Verurteilung kommen konnten, der Staatsanwalt aber trotz alledem Gefängnisstrafen von vier bis fünf Monaten beantragte, zeigt sich, daß die Justiz auf alle Fälle die Mitglieder der Antifaschistischen Front Sachsen verurteilen wollte.

Der Freispruch in diesem Prozeß ist somit eine katastrophale Niederlage der Klassenjustiz.

Schon wieder Polizeibeamten-Selbstmord

In den frühen Morgenstunden hat sich in Wittenberg in der Wohnung der Schutzpolizei der Wachtmeister Willy Kerwath aus Halle mit seinem Dienstrevolver erschossen. Die Gründe, die Kerwath zu der Tat trieben, sind angeblich unbekannt. In einem hinterlassenen Brief bittet er, ihm nicht böse zu sein; er habe nicht anders handeln können.

Sprunghafte Zunahme der Arbeitslosigkeit

Im Kreisstadt Herzberg leidet wie alle Städte, schwer unter der wirtschaftlichen Depression. Am meisten macht sich das in der letzten Sichtzag sprunghaft in die Höhe gegangenen Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stieg in der Zeit vom 1 bis 15 Mai von 155 auf 539, die der weiblichen Arbeitsuchenden von 38 auf 50. Mit diesen Zahlen ist noch das Ende nicht vorauszusehen.

Gefängnis für Ordnungsstütze

Vom Gericht in Stendal wurde ein Justizrentenmeister wegen Unterschlagungen im Amte zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht ließ wegen der Notlage, in der der Angeklagte befand, Milde walten und sah von einer für das Vergehen eigentlich in Frage kommenden Zuchthausstrafe ab.

Wohnungen in der Zuckerfabrik

In der letzte Gemeindevertreterversammlung in Groß-Ammensleben beschäftigte den Ankauf der alten Zuckerfabrik, die schon seit Jahren stillsteht, zum Preise von 37 000 Mark. Die Gebäude sollen zur Linderung der Wohnungsnot in Wohnungen umgebaut werden. — Im Gegensatz dazu reißt man ein massives Gebäude für 45 000 Mark ab und überläßt die Wohnungsuchenden ihrer Not.

Ein Satter beschimpft Hungrige

Durch Zufall kam mir die „Ostthüringer Volkszeitung" in die Hände, in der ich einen Artikel über Speckjäger und Raben von dem sogenannten Herrn P. C. Krüger vorfand. Dieser ehemalige Herr glaubt, sich über die ärmsten der Armen lustig machen zu können. Wie ich las, machte er den Alten, den sogenannten Speckjägern, den Vorwurf, daß sie noch auf der Landstraße zu finden wären, wo sie doch in jedem Armenhause aufgenommen wären. Ich aber, der ich selbst das Elend der Landstraße kennengelernt habe, glaube mir, doch mal zu fragen, wie so ein alter Mann in jenem sogenannten Armenhause behandelt wird. Jedenfalls nicht als Mensch, sondern wie ein Tier. Wenn sich dieser saubere Herr einbildet uns, die wir auf der Landstraße liegen, ungerecht urteilen zu können, so ist er schief gewickelt. Vielleicht ist dieser Krüger früher auch einmal so ein Speckjäger oder Rabe und jetzt durch Zufall zu irgend etwas gekommen.

Ich, meine lieben Leser, möchte ich Euch fragen, warum sind wir alle auf der Landstraße? Ich meine, wenn uns der Staat nicht eine genügende Unterstützung zuteil werden ließe, so ist es nicht nötig, auf der Landstraße zu liegen, denn es ist doch kein Vergnügen, sich von jedem Affen demütigen zu lassen. Wie mancher von uns sehnt sich nach einem gemütlichen Heim. Aber leider, ein Bettler oder Landstreicher ist ja kein Mensch. Wenn man in diese sogenannten Obdachlosenasyle kommt, muß man nur Holzarbeiten und abendrein noch Ungeziefer findet, das nicht einmal nachts seine Ruhe hat wie soll da noch einer Lust und Liebe zu einem geistigen Leben haben.

Ich frage, geht es denn diesen armen Handwerksburschen, die auf Wanderschaft reisen? Abends, wenn sie müde wie ein Hund ankommen, bekommen sie eine Wassersuppe, die eben für eine halbe Stunde den Hunger stillt. Am anderen Morgen müssen sie natürlich bei der Verpflegung vier bis fünf Stunden schwer arbeiten, damit sie wieder losgelassen, um noch 30 bis 40 Kilometer zu wandern, um zur nächsten Herberge zu kommen. Wenn dieser Herr Krüger glaubt, es müßten Zuchthäuser und Irrenanstalten sein, die die ärmsten der Armen gedeutet werden, so bin ich der Ansicht, daß diese saubere Krüger zuerst in ein solches Asyl untergebracht werden müßte, denn auf der Landstraße gibt es noch anständige und ehrliche Leute, wie vielleicht er einer ist. Also, wir auf der Landstraße verlangen nichts anderes als Arbeit und gerechte Bezahlung.

Drei Arbeiter.

An alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter!

Drei Millionen Menschen fordern Arbeit

Die umfangreichen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den letzten Monaten haben das Arbeitslosenheer in einem Maße gesteigert, was wir als klassenbewußte Arbeiter als eine Verschärfung der kapitalistischen Krise bezeichnen.

Ueber eine Million der Erwerbslosen erhalten weder Erwerbslosen- noch Krisenunterstützung.

Reichstag und Reichsregierung sowie die Sozialfaschisten in den Staatsorganen sorgen schon dafür, daß alle Forderungen der Erwerbslosen zunichte gemacht werden. Als Wissell die Beratung des neuen Erwerbslosen-Versicherungsgesetzes übernahm, erklärte er zynisch, daß sein Bestreben wäre, den Opfern der Rationalisierung eine dauernde Unterstützung zu verschaffen. Das Gegenteil ist eingetroffen. Durch das Zusammenarbeiten der Sozialfaschisten mit den Unternehmerparteien ist auch in den Kommunalparlamenten eine ausreichende Hilfe für die Erwerbslosen und deren Familien abgelehnt worden.

Hunderttausende leben in bitterster Not und grausigstem Elend.

Die Schikanen auf den Arbeitsämtern und die Anwendung der neuen Abbaumaßnahmen steigern die Wut der Erwerbslosen bis zur Siedehitze. In den Kundgebungen der letzten Monate ist diese Empörung offen ausgetragen worden.

Keine Gummiknüppelattacken, keine Salven aus Karabinern und Pistolen waren imstande, den durch die grenzenlose Not hervorgerufenen Kampfeswillen zu ersticken.

Das sehen auch die sozialfaschistischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Eine Blutbetze nach der anderen wird gegen die rebellierenden Arbeiter ausgeführt. Aber die Arbeiter lassen sich heute nicht mehr täuschen. Zu offenkundig ist der unerhörte Verrat, sind die Verbrechen der reformistischen Gewerkschaftsführer an den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern.

Der unerhörte Raub der Unterstützung, die Massenbelastung durch Zoll, durch Steuern und Tariferhöhungen, und jetzt die Polizeimassakers, zeigen deutlich, wo der Weg hingeht. Die Blutschuld an den vielen Morden in Hartmannsdorf, Worms, Ammendorf und nicht zuletzt in Leipzig werden sie nicht los. Darum machen sie Abkenkungsmanöver. So veröffentlichen die Vorstände des ADGB. und der AfA. einen Aufruf unter der Ueberschrift „Schafft Arbeit", der von der ganzen sozialfaschistischen Presse übernommen wurde. Aber nichts ist in diesem Aufruf von der Not der Erwerbslosen zu lesen, noch viel weniger, wie man sie beseitigen kann. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft bereiten ihnen schlaflose Nächte. Das ist die Politik dieser Arbeiterpartei! Nicht Hilfe für die hungernden Erwerbslosen, sondern Durchführung des Young-Planes! Mögen die Proleten tausendmal verrecken.

Ein halbes Jahr ist es her, daß die Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durchgeführt wurde, und schon wieder ist man dabei, einen neuen Raub durchzuführen.

Wieder sind es die Aermsten, die Erwerbslosen, die dieses zu spüren bekommen. Neue Verschlechterungen erwarten uns, ja sie sind schon durchgeführt oder beschlossen.

Erhöhung der Einnahmen, Abbau der Leistungen ist ihre Losung.

Die Gesetze sind dazu vom Sozialfaschisten Wissell gemacht worden und werden prompt durchgeführt. Tausende werden aus der Krisenfürsorge herausfliegen und dem sogenannten Wohlfahrtsamt überwiesen.

Ins lawinenhafte steigt die Erwerbslosenarmee. Ein paar Zahlen mögen das beweisen: Ueber drei Millionen Erwerbslose gibt es in Deutschland.

In Mitteldeutschland allein sind 263 000, in Halle 11 310 Erwerbslose.

Das sind Zahlen, die für sich sprechen.

Aber nicht genug damit, immer neue Massen von Betriebsarbeitern füllen den Arbeitsnachweis. Auf der ganzen Linie werden die bestehenden Tarife gekündigt. Ganz besonders hat man es hier auf die Saisonarbeiter und das Metallgewerbe abgesehen, indem man willkürlich die Löhne sabotiert.

Darum, Arbeitslose und Betriebsarbeiter, ist es unsere Pflicht, diesem Hungerkurs einen Damm entgegenzusetzen. Schart Euch um Eure von Euch eingesetzten Erwerbslosenausschüsse! Denn der Kampf der Erwerbslosen kann nur siegreich sein, wenn er gemeinsam mit den Betriebsarbeitern geführt wird.

Arbeit und Brot ist unsere Kampfloslung nicht nur gegen die Ausbeuter, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Führer.

Nur unter der Führung der Kommunistischen Partei, der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den Erwerbslosenausschüssen wird es möglich sein, dem Unternehmer auch hier eine Schlappe beizubringen.

Darum ruft der Bezirks-Erwerbslosenausschuß in Halle zum 28. Mai im „Volkspark" eine Bezirks-Erwerbslosenkonferenz ein. Es gilt hier neue Wege zu bahnen. Wir richten an alle Erwerbslosenausschüsse im Bezirk die Aufforderung, wählt Delegierte zu diesem Kongreß! Mobilisiert die gesamten Erwerbslosen für diesen Kongreß! Jeder, auch der kleinste Ort, sendet Delegierte.

Organisiert dazu Erwerbslosenversammlungen. Auch den Frauen der Erwerbslosen gilt dieser Ruf. Ohne Eure tätige Mithilfe gibt es keine Befreiung aus dem Elend.

Kein Ablenkungsmanöver der Bonzen, kein Wüten der Polizei und der Klassenjustiz werden verhindern, daß die Arbeiterschaft geschlossen um Arbeit und Brot kämpft. Wir sind nicht gewillt, zu verhungern. Wir stehen und fallen mit unseren Forderungen. Wir kämpfen vereint unter dem Banner der Kommunistischen Partei. Vorwärts zur proletarischen Revolution!

Der Bezirks-Erwerbslosenausschuß Halle-Merseburg.

Rotes Treffen des RFMB. in Teuchern!

Am 1. Juni marschieren die klassenbewußten Arbeiterinnen und Arbeiter zum roten Treffen in Teuchern auf. Immer frecher treten die Faschisten im Zeitzer Gebiet auf. Die Arbeiterschaft muß zeigen, daß sie auf der Hut ist. Darum, heraus zum Roten Treffen in Teuchern!

Wir machen gleichzeitig auf die vorangehende Abendveranstaltung des RFMB. am 31. Mai aufmerksam.

Der Kumpel spricht zum Fall Mansfeld A.-G.

Wohlfahrtsunterstützung für Schwerkapitalisten

A.-A. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht bestimmt, daß Hilfsbedürftigen Unterstützung verschiedener Art gewährt werden soll. Sie kann bestehen in Geld, Geldeswert, Sachleistungen, Krankenhilfe, Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen, usw. Nötigenfalls bestreitet die Fürsorge den Bestattungsaufwand. Mit Recht nennen die ausgesteuerten Erwerbslosen diese Unterstützung „Himmelfahrt". Wir wollen einmal untersuchen, wer hilfsbedürftig ist, die ins tiefste Elend versunkenen ausgesteuerten Erwerbslosen, Kleinrentner usw., oder die Schwerkapitalisten die Ausbeuterbanden vom Ruhrgebiet, der Mansfeld A.-G. und andere?

Die Ruhrkapitalisten und die Mansfeld A.-G. waren ja schon einmal in den Jahren 1924/25 „hilfsbedürftig". Ihr „Schlachtruf": Hilfe, Kapitalisten in Not! veranlaßte das Reich, ihnen Millionen in den Rachen zu werfen. Besonders den Mansfeld-Baronen scheint das gut bekommen zu sein. Nachdem bisher von diesen Subventionen an den Staat nichts zurückgezahlt ist, erheben die „hilfsbedürftigen" Mansfeld-Barone mit Hilfe der SPD. und der Reformisten wiederum ein Geschrei: „Sturz der Kupferpreise, Regierung hilf!" Und Brüning wird helfen: ist es doch Fleisch von seinem Fleisch. Außerdem schröpfen diese Schlote die Kumpels noch um die nötigen Prozente vom Lohn, werfen tausende Kumpels auf das Straßenpflaster. Das bedeutet, daß ihnen die Finanzen von drei Seiten zufließen. So greift die Fürsorge bei „hilfsbedürftigen" Kapitalisten ein Blie es wirklich hilfsbedürftigen Arbeitern ergeht, und dort die Fürsorge eingreift, wird uns klar an den 7 bis 8 Mark Wochenunterstützung.

Nun einige Paragraphen aus den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge. Unter A. Fürsorge im allgemeinen, in § 7 heißt es: „Jeder Hilfsbedürftige, auch der nicht voll Arbeitsfähige, muß seine Arbeitskraft zur Beschaffung des notwendigen Lebensbedarfs ... ist sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen. Die Fürsorge soll ihm, soweit möglich, Gelegenheit dazu bieten, usw. „Hilfsbedürftig" wollen die Mansfeld-Barone sein. Sie müßten aber laut diesem Paragraphen ihre noch vorhandene Arbeitskraft einsetzen, um ihren Unterhalt zu verdienen. Auch müßte ihnen die Fürsorge Gelegenheit dazu geben. Das läßt die Fürsorge hübsch bleiben. Der Protzet aber muß solche Bestimmungen schlucken.

Ein weiterer wichtiger Paragraph ist der § 8 der Fürsorge. Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftige einsetzen muß, ehe ihm die Fürsorge Hilfe gewährt, ist sein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu rechnen usw. Verwertbares Vermögen haben die Kapitalisten, besonders auch die Mansfeld-Barone, milliardenweise. Da sie nun angeblich „hilfsbedürftig" sind, müßte dieses verwertbare Vermögen, ehe sie Unterstützung erhalten, eingesetzt werden. Nun ist bekannt, daß eine Krähe der andern kein Auge aushackt. Brüning mit seiner Regierung tut das auch nicht. Bei Proleten aber wird selbst das als verwertbares Vermögen eingesetzt, was er bei der Verrichtung der Notdurft bekanntlich nicht gut entbehren kann.

Jeder Arbeiter muß erkennen, daß mit solchen skandalösen Zuständen aufgeräumt werden muß. Erwerbslose, Betriebsarbeiter, ganz gleich, wo sie hingehören, müßten sich in einheitlicher Front zusammenfinden. Sehen wir es doch jetzt bei den Mansfeld-Baronen wieder, daß die Kapitalisten nicht in der Lage sind, eine für die Arbeiter gesunde Wirtschaft zu führen. All diesen Ausbeutern empfiehlt die revolutionäre Arbeiterschaft sofort eine Dosis Quecksilbersalvarsan, schnell, sicher und schmerzlos wirkt selbiges gegen den krankhaften Dauerzustand der Kapitalisten, die Kleptomanie. Hilfsbedürftig sind nicht die Mansfeld-Barone, sondern die gesamte Arbeiterklasse. Aber: Uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun.

Orkan über dem Harz

Nach einem überaus schönen Frühlingssonntag, der Tausende von Ausflüglern in den Harz geführt hatte, entstand um 19.15 Uhr plötzlich, vom Brocken ausgehend, ein Orkan, der mit furchtbarer Gewalt Harz und Vorharz überfiel. Das Thermometer sank plötzlich um etwa zehn Grad. Undurchdringliche Staubwolken machten die Wege unpassierbar und hüllte die Berge ein. Der Orkan ging in einen wolkenbruchartigen Regen über. Die Blüte ist schwer geschädigt.

Zeitz. Schreckliches Ende einer Autofahrt. Mehrere Gäste einer goldenen Hochzeitsfeier unternahmen eine Autofahrt, die jedoch einen traurigen Abschluß finden sollte. Infolge eines Reifenschadens überschlug sich nämlich der mit acht Personen besetzte, in voller Fahrt befindliche Wagen und begrub alle Insassen unter sich. Dabei fanden zwei Mitfahrende den Tod, und zwar eine Mutter mit ihrer zwölfjährigen Tochter. Während die Mutter sofort tot war, starb die Tochter auf dem Transport zum Arzt.

Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß, Erkältungskrankheiten.
Entfernt d. Harnsäure! 6000 Ärzte-Gutachten!
Vollkommen unschädlich! Frag Sie Ihr Arzt.
Ein Versuch überzeugt in allen Apotheken. M. 1.40

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0009

Etatberatung in Delitzsch

Renegaten stimmen für den Polizei-Etat

Das sind die Taten der Brandleristen: Gegen Lernmittelfreiheit — für Polizeiausgaben und Kirchensubventionen

A.-K. Die Stadträte nahmen in ihrer letzten Sitzung Kenntnis von einer Einladung zum 48. Verbandstag des Feuerwehrverbandes im Bezirk Merseburg, welcher am 24. und 25. Mai in Delitzsch stattfindet. Die Delitzscher Arbeiterschaft wird feststellen können, daß diese Tagung zu einem nationalistischen Rummel steigen wird, wofür die Stadt auch noch die Garantie über 1000 Mark übernommen hat. An Kurt Zschernitz wird Baugelände in der Lindenstraße für eine Reichsheimstätte verkauft.

Die Ruhelohnordnung der städtischen Arbeiter soll einen Nachtrag zu § 2 erhalten, wonach die Grenze für das Eintrittsalter für diejenigen städtischen Arbeiter, die bereits beim Inkrafttreten der Ruhelohnordnung in städtischen Diensten gestanden haben, nicht gilt.

Dem letzten Stadtverordnetenbeschluß, daß die Stadt die Mitgliedschaft beim hiesigen Konsumverein erwerben soll, ist der Magistrat nicht beigetreten. Die Mehrheit der Stadtverordneten hält ihren gefaßten Beschluß trotzdem aufrecht, so daß nunmehr das Konsistorialverfahren bevorstehen dürfte. Einem Herrn Spiegelberg wird das Amt eines Bezirksvorstehers übertragen, da Privatmann Dächert sein Amt niedergelegt hat.

Trotz eines früher gefaßten Stadtverordnetenbeschlusses, die Dübener Vorstadt, die Damaschkestraße und den Rest der Beerendorfer Straße zu kanalisieren, hat der Magistrat nur 8750 Mark für die Dübener Vorstadt bewilligt. Die Stadtverordneten beschließen mit 14 Stimmen, eine Anleihe von 40 000 Mark aufzunehmen, um auch die anderen genannten Straßen zu kanalisieren.

Die Etatberatung

Nun wird in das „große Fest der Etatberatung" eingetreten. Die Haushaltsdebatte wird vom 1. Bürgermeister eröffnet. Böttcher bringt ganz frisch und munter zum Ausdruck, daß er die einzelnen Pläne nicht so vorgelegt habe, wie sie von den einzelnen Deputationen eigentlich aufgestellt worden waren. Er hat sie selbständig abgeändert. Der 1. Bürgermeister setzt sich also einfach über gefaßte Deputationsbeschlüsse hinweg. Es wird sofort in die Einzelberatung eingetreten. Die Vertreter der „Baumgärtel-Armee" beantragten, daß die städtischen Bekanntmachungen auch in ihrer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Brandler-Zeitung, genannt „Arbeiterpolitik", erfolgen sollen, wofür sie extra 150 Mark bewilligt haben wollten! Sie fielen aber damit unter den Tisch.

300 Mark für den Unterstützungsfonds für Angestellte und Beamte wurden wieder in den Etat eingestellt. Da Schwahn von der SPD. gern Feste feiert, wollte er statt der im Etat stehenden 150 Mark für Besuch der Städtetage 650 Mark haben. Sogar der 1. Bürgermeister mußte Schwahn sagen, daß das des Guten etwas zuviel sei. Daraufhin zog die SPD. ihren Antrag zurück. Unsere Fraktion ist der Meinung, daß dieser Posten überhaupt zu streichen ist. Als Sitzungsgelder für die Bürgerdeputierten sind 1000 Mark im Etat erstmalig eingesetzt. Pro Sitzung sollen 2,50 Mark gezahlt werden. Viel Geld für wenig Arbeit erhält jetzt der Vorsitzende des Mieteinigungsamtes, und zwar 1200 Mark im Nebenamt. Die KPD. stellte den Antrag, hiervon 600 Mark zu streichen, welches gegen 2 Stimmen der Beamten angenommen wird. 108,75 Mark für das Kirchenwesen sollten auf Antrag der KPD. gestrichen werden. Dies wird abgelehnt. Nette Freidenker scheinen Schwahn, Buhle usw. zu sein, denn sie konnten sich nicht zur Streichung durchringen. SPD.-Arbeiter, habt Ihr noch nichts gemerkt?

Ueber 91 000 Mark wurden für die Polizei gefordert. Die KPD. beantragte Streichung dieser Summe. Genosse Simon zeigte hierbei an zwei Beispielen, dem 6. März und dem Nazüberfall, wes Geistes Kind die Polizei ist. Wenn die SPD. in der letzten Sitzung einige scharfe Worte gegen die Polizei fand, weil einige Genossen der SAJ. auch von den Nazis etwas abgekriegt hatten, so hatten sie in dieser Sitzung sich wieder eine andere Maske vorgehängt.

Die SPD. bewilligte frisch und munter der Polizei die geforderten 91 000 Mark.

War Wiesner von der Brandler-Fraktion mit oder ohne Absicht bei dieser Abstimmung hinausgegangen?

Bär von der Hoyer-Fraktion beantragte, von der Verkehrs-Verwaltung 14 000 Mk. zu streichen. Als Begründung gab er an, daß doch die Bitterfelder Straße neu gepflastert sei und demzufolge die Reinigungskosten dafür gespart werden könnten. Alle Welt hat über diesen Scherz gelacht. Alle Delitzscher Einwohner möchten diesen Herrn näher kennenlernen. Auch wollte Bär den städtischen Zuschuß zur Warmwasserbadeanstalt gestrichen haben. Ja, er ging sogar noch weiter, die Stadt sollte diesen Betrieb schließen und dann an einen Privatpächter verpachten. All diese „Bärschen Weisheiten" wurden natürlich abgelehnt. Mit 500 Mark, die neu eingesetzt wurden, soll die miserable Einzäunung des Marienfriedhofes am Schäfergraben stückweise erneuert werden. Mußmann und Gebhardt von der Brandler-Fraktion stimmen dagegen. Wahrscheinlich sind sie gegen solche Anlagen, wo sich die Proleten in ihren freien Stunden erholen.

Der KPD.-Antrag, 1950 Mark mehr im Etat einzusetzen, zur Beschaffung von Schulbüchern, wurde mit Hilfe der SPD. und der Brandler-Fraktion abgelehnt.

So sieht ihr Kampf um die Lernmittelfreiheit in den Volksschulen aus. Nur für Handarbeitsmaterial wurden durch KPD.-Antrag 200 Mark mehr eingesetzt. 1150 Mark zur Unterstützung bedürftiger Kinder für Schulausflüge zu bewilligen, lehnten die Sozialdemokraten vom Schlage Schwahn und Buhle ab. Der Sozialdemokrat namens Strumien lehnte es ab, 100 Mark mehr einzusetzen für Bücher für die Schüler der kaufmännischen Berufsschule. Anträge der KPD. über Schulzahnpflege wurden von der SPD. und den Brandlerianern niedergestimmt. Dasselbe trifft zu für die Schulfunkanlagen für die Volksschulen.

Eine Entschließung der KPD. zum Kapitel Wohlfahrtspflege, wo die Stadtverordneten den Magistrat beauftragen, beim Bezirksfürsorgeverband mit allem Nachdruck die Erhöhung der Richtsätze für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu vertreten, wurde angenommen. Wie wenig Interesse die SPD. für die Arbeitersportbewegung hat, zeigte die Abstimmung über den KPD.-Antrag, 900 Mark mehr als Beihilfen zu bewilligen. Die SPD. lehnte diesen Antrag ab. Die Arbeitersportler mögen sich dies recht tief einprägen. Für den Arbeiter-Fußballklub von 1920 wurden durch KPD.-Antrag 100 Mark für ihren gepachteten Sportplatz bewilligt. 20 000 Mark zur Errichtung einer Volksküche werden mit 13 Stimmen bewilligt. Die etatlich festgelegten Zuschüsse für die Schlägengilde wurden auf Antrag der KPD. gestrichen.

SPD. und Brandlerianer haben beim Kapitel Pfarr- und Küstereigebäude ihre Zustimmung gegeben, daß 4330 Mark zur Unterhaltung dieser Heiligtümer bewilligt wurden.

So sieht der Kampf gegen die Kirche aus bei diesen Revolutionären. Die Badepreise ohne Zelle für das Freibad wurden für Kinder auf 5 Pf. herabgesetzt, ebenfalls für Erwerbslose.

Die KPD. gab zur Ablehnung des Etats folgende Erklärung ab:

Erklärung der KPD.-Fraktion zum Etat

„Der uns vom Magistrat vorgelegte Etat zeigt mit aller Deutlichkeit, welches Erbe uns die bisherige bürgerliche Mehrheit des Stadtparlamentes und des Magistrats durch ihre betriebene Kommunalpolitik hinterlassen hat. Die vielgepredigte Sparsamkeitstheorie zeigt jetzt ihre Auswirkung in der krassesten Form. Die bis jetzt so stark vernachlässigten Probleme des Wohnungs-, Straßen-, Schul- und Krankenhausbaues usw. drängen nunmehr, ob gewollt oder ungewollt, zur Entscheidung. Durch die künstlich verursachte Geldknappheit sowie wesentliche Erhöhung der Zinssätze wird es unter diesen Umständen fast zur Unmöglichkeit, auch in der jetzigen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, in der nach kapitalistischen Grundsätzen aufgebauten Stadtverwaltung all die so notwendigen Probleme zu verwirklichen. Auch die Annahme des Young-Plans, dessen erste Auswirkungen sich im Etat widerspiegeln durch starke Beschneidung von Reichssteuer-Zuweisungen und dergleichen, trägt wesentlich zur Verschlechterung der Finanzlage der Stadt bei. Um aus dieser Misere herauszukommen, gehen die Gemeindevertretungen dazu über, den Ausfall durch verschärften Steuerdruck aus den Besitzlosen herauszupressen. Eine derartige Finanz- und Steuerpolitik müssen wir als Kommunisten ablehnen.

Vermehrte Mittel werden für Polizei verlangt, die gegen die Mehrheit der Delitzscher Bevölkerung auftritt. Trotz schlechter Finanzlage werden der Kirche erhebliche Beträge direkt oder indirekt zugeschanzt.

In krassem Widerspruch stehen die Gehälter der höheren Staats- und Gemeindebeamten (1. und 2. Bürgermeister usw.) zu den Einkommen der unteren Angestellten und der übrigen Werktätigen.

Eine gründliche Aenderung all dieser aufgezeigten Mängel in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist ganz gleich, wie die einzelnen Stadt- und Magistratsräte zusammengesetzt sind. Von einer wirklichen Geldknappheit kann absolut nicht gesprochen werden. Aus diesen Gründen wir als Kommunisten diesen Etat ab.

Den Werktätigen jedoch rufen wir zu:

Kämpft mit uns gegen diese faule und morsche Gesellschaftsordnung für die Errichtung eines Sowjet-Deutschland!

KPD.-Fraktion."

Nach dem Verlesen dieser Erklärung machte sich eine gewisse Entrüstung bei den Renegaten und der SPD. Luft. Hatten sie bestimmt gehofft, daß sie die KPD.-Vertreter vor ihren Karren spannen konnten. Jedoch die Genossen Simon und Bielaig verfolgten klar und unzweideutig unsere politische Linie trotz allen Heulens der Mußmann und Gebhardt. Kein kapitalistischen System und all seinen Einrichtungen, und das hört auch der Haushaltsetat von Delitzsch. Wie sagte doch Mußmann mit aller Herzenskraft: „Wir werden nie und niemals Etat unsere Zustimmung geben, wo Mittel für die Polizei enthalten sind", und schon nach drei Stunden war die groß aufgeblasene Seifenblase zerplatzt.

Mit fliegenden Fahnen kapitulierten die Renegaten vor dem Etat des Hungers und der Verelendung in einer Front mit Sozialdemokraten.

Schwahn bettelte förmlich den 1. Bürgermeister, ihm doch den Stachel zu lecken und sich dafür einzusetzen, daß sich der Etat ja wie eine Mehrheit für diesen Etat und für die Vorschläge finden möge. Aber Böttcher sprach es wahrscheinlich aus, indem er sagte: „Dahin kommt er sowieso", gemeint von Merseburg.

Mansfelder Kreise

Soll Zentrum Trumpf sein in Stedten?

A.-K. Der Katholizismus ist in Stedten durch eine kleine Minderheit von etwa hundert Wahlberechtigten repräsentiert. Er regiert in seiner brutalen Macht in der Gemeindevertretung. Der Protestantismus, vertreten durch den Kirchengesangverein, hat sich an die katholischen Herrschaften verkauft. Die Herrschaften vom Kirchengesangverein, Schmidt, Kloß, Berger, Gotsch und der reaktionären Edel, sind Puppen (Nicker). Sie haben sich einen Vormund in der Person des katholischen Steigers Schappo genommen. Schappo schmeißt den Laden im Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Schappo hat vor der Wahl jeglichen Kredit bei der katholischen Arbeiterschaft verloren und bei den Protestanten Aufnahme gefunden. Der Ruhm ist groß. Schappo redet, Edel diktiert, die anderen nicken.

Die Kommunisten im Gemeindeparlament zeigen der Arbeiterschaft, wo der Feind ihrer Klasse steht. Schon dämmert es in vielen Arbeiterhirnen. Die Schwere ihrer Schuld erkennen sie heute, ihre Stimme der Liste der Kulturreaktion gegeben zu haben. Auch unter der Intelligenz werden schon Stimmen des Protestes laut.

Zur Elternbeiratswahl am 22. Juni wird die Liste „Proletarischer Schulkampf" gewählt.

Nazi-Pleite in Oberröblingen

A.-K. Oberröblingen. Am Mittwoch, dem 14. Mai, glaubten die Nazis auch in unserem Orte Lorbeeren zu ernten. Drei Redner ließ man aufsteigen, um den hiesigen Einwohnern ihre Ansichten glaubhaft zu machen.

Es erster präsentierte sich ein angeblicher Redakteur. Er verzapfte ein solch dummes Zeug, daß selbst seine Genossen den Kopf schüttelten, ob dieser Dummheit. Als Clown hätte er sich besser geeignet. Als zweiter kam ein Gutsbesitzer von Schachwitz „von Haldensleben". Seine Ausführungen gründeten sich auch nicht im geringsten auf geschichtliche Unterlagen. Alles gipfelte in der „Vernichtung" der verfluchten Juden. Zum Schluß sprach ein „Adjutant von Max Hoelz", Name ist uns nicht bekannt. Der hätte die Kommunisten am liebsten mit Haut und Haaren gefressen.

Der Genosse Mückenheim widerlegte die Ausführungen in kurzen Worten, soweit sie kein dummes Zeug waren. Er appellierte an einen Appell an alle Arbeiter, sich in Partei und Gewerkschaften zu organisieren. Hiernach verließen alle Arbeiter den Saal und die Nazis schön unter sich. Die 25-Mann-Schutztruppe, welche aus dem Mansfelder und Querfurter Kreise zusammengestellt hatten, mußten mit langen Gesichtern unverrichteter Sache abziehen.

Hettstedter Arbeitersamariter auf falscher Bahn

Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Arbeiter-Samariter-Kolonne Hettstedt und Umgegend konnte man die Wahrnehmung machen, daß sich diese Kolonne in außerordentlich bedenklicher Richtung entwickelt. Die Arbeiter-Samariter-Kolonnen, die bekanntlich Sanitätskorps der revolutionären Arbeiterschaft sein sollen, unter keinen Umständen auf jenen Niveau stehen, auf welchem Hettstedter Kolonne angelangt ist. Die Kolonnenleitung ist höchstwahrscheinlich mehr Wert auf die Vertretung des Bürgertums und sonstiger hoher Persönlichkeiten, als auf die Anwesenheit klassenbewußten Arbeiterschaft. Deutlicher als der Kreisarzt dürfte wohl niemand beweisen, daß die hiesige ASB.-Kolonne nur bürgerliche Einrichtung zu werden im Begriffe ist, denn er empfahl nichts mehr und nichts weniger, als sich „so weit zum Wohle der Mitmenschen" zu betätigen. Was die Kolonnenleitung unter diesen „Mitmenschen" versteht, hat die Veranstaltung ihr übrigen deutlich genug gezeigt.

Landrat, Kreisarzt, Vertreter der Krankenkasse und der Kreisschaft waren die Gratulanten zu diesem zehnjährigen Bestehen. Die Vertreter der revolutionären Arbeiterorganisationen bezeichnenderweise nicht zu Worte.

Denn Köhlitz, der die Konkursmasse der Hettstedter SPD verwaltet, kann ja nicht als ein solcher angesprochen werden. Trippler paßt ja in diese Gesellschaft, um die er sich langem herumschwanzelt, hinein.

Die Hettstedter Arbeiter müssen sorgsam darauf achten und für Sorge tragen, daß die ASB.-Kolonne nicht der Arbeitergemeinschaft mit den Bürgerlichen dienstbar wird, sondern daß sie die Einrichtung der klassenbewußten Arbeiterschaft bleibt, als die sie ja auch gegründet wurde.

Merseburg-Leuna-Querfurt

Proletarische Eltern, auf den Plan, bereitet die Elternbeiratswahlen vor!

A.-K. Am 22. Juni finden die Elternbeiratswahlen statt. In den nächsten Tagen werden die Elternversammlungen zur Vorbereitung der Wahl von den Schulleitern einberufen werden müssen. Es ist Pflicht aller proletarischen Eltern, diese Versammlungen zu besuchen, um da schon ihren Willen kund zu tun und sich auszusprechen über die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um der Schul- und Kulturreaktion wirksam entgegenzutreten. Es müssen in allen Schulen Berichte von den abtretenden Elternbeiräten über ihre Tätigkeit in den letzten zwei Jahren verlangt werden. Die Vertreter der christlich-unpolitischen Listen müssen sich äußern, warum sie den Anträgen der Vertreter der Listen für proletarischen Schulaufbau ihre Zustimmung versagt haben.

Sie müssen Farbe bekennen und erklären, daß sie als christlich-unpolitische Vertreter die Direktiven der christlich-politischen Kulturreaktionäre zu vertreten haben.

Aus „Sparsamkeitsrücksichten" haben sie sich gegen die Anträge der Vertreter für proletarischen Schulaufbau für gänzliche Lernmittelfreiheit gewandt. Die Aufwendungen für die Durchführung der Lernmittelfreiheit seien zu hoch, das würde den Schuletat zu hoch belasten und sei für die Steuerzahler unragbar. Unsere Anträge zur Durchführung der Schulspeisung wurden aus den gleichen Gründen abgelehnt. Es ist für die christlich-politischen Drahtzieher ganz gleichgültig, ob bei der jetzigen Mißwirtschaft Schüler ohne Frühstück zur Schule kommen. Die sollen satt werden an der verabreichten Milch der frommen Denkungsart.

Bei der Anstellung von Lehrern wurden von unserer Seite wiederholt Anträge gestellt, die Schulaufsichtsbehörde anzugehen, religionslose Lehrer einzustellen. Auch diese Anträge wurden abgelehnt mit dem Hinweis, daß wir Konfessionsschulen (lies Konkordatsschulen) haben. Es muß eben noch hier das Institut mit dem großen Wagen seinen Einfluß behalten. Es ist schon wiederholt von unseren Vertretern die Anregung ergangen, Waldschulen zu errichten. Turn- und Spielplätze auszubauen, Schwimm- und Badeanstalten einzurichten, die Schulgebäude in gesundheitstechnischer Beziehung zu verbessern, Heizungen einzubauen usw. Ja, wenn diese Verbesserungen der bürgerlichen Klasse zugute kämen, dann brauchte nicht gespart zu werden, da in wären auch diese Mittel vorhanden oder würden beschafft. **Es heißt jetzt für die proletarischen Eltern, Front zu machen gegen die Vertreter der bürgerlichen Klassenschule, den Kampf aufzunehmen für einen proletarischen Schulaufbau. Alle Eltern der Volksschule 1 erscheinen deshalb am Mittwoch, 20 Uhr, in der Aula der Schule zur Elternversammlung.**

Arbeit den Erwerbslosen!

A.-K. Lützen. Eine am 28. April tagende Versammlung der Erwerbslosen von Lützen stellte damals an den Kreistag bzw. Ausschuß die Forderung, bei Durchführung der Arbeiten des Kreises nur Arbeitslose zu beschäftigen. Wir haben das Recht, als Arbeitslose Lohn und Brot zu fordern, und der Kreis hat die Pflicht, die Not der Erwerbslosen zu steuern. Privatunternehmen sind mit Heranziehung von fremden Kräften auszuschalten, um die meine Not der Erwerbslosigkeit im Bezirk zu vermindern. Der Kreis hat die Pflicht, Arbeiten zu tätigen und zu bestimmen, die hiesigen ausgesteuerten Arbeiter vor allem zur Arbeit zu werden. Ferner fordern wir von Kreistag bzw. Ausschuß, zu bewilligen, um damit den Arbeitsmarkt zu belehen. — Bestellungen von Firmen bezüglich Fehlen von Facharbeitern sollen lehnen, da innerhalb der Massen der Erwerbslosen Facharbeiter Genügte vorhanden sind. Wir erwarten, daß unsere vor den Wochen gestellten Forderungen auch durchgeführt werden.

Weißenfels-Zeitz

Der Jungstahlhelm auf Dummenfang

A.-K. Reichardtswerben. Am Sonntag, dem 11. Mai, war in Reichardtswerben ein Jungstahlhelm-Sportfest auf Schulplatze. Später fand ein Umzug statt. Da war alles mit Stahlhelmern konnte man es ansehen, daß sie bei jedem Zusammengebrochen wären, denn es war bloß noch ein Gerippe den Sachen und ihre Backen waren hohl. Dagegen die Bäuchten" sind fett und mollig und lehnen gut aus. Diese standen lachten sich ein Loch in den fetten Bauch, als der Zug vorbeizog. Dann fuhr die Meute mit Mauleselwagen und Fahrrädern dannen. Die „Vorgesetzten" ließen sich in ihrem Luxusauto dreinfahren. Am Abend fand ein Tänzchen statt. Es waren bloß die Stahlhelmbauern und ihre Jugend vorhanden, die hatten es vorgezogen, nach Tagewerben oder Weißenfels zu dern und ließen die Stahlhelmer allein. Alle Arbeiter mögen solchen Sportfesten fernbleiben, denn es ist eine Dummheit, Jungstahlhelm zu gehen. Heraus aus dem Verdummungsdunst und hinein in die KPD zur Verteidigung der Sowjetunion und Arbeiterinteressen. An diese Seite gehört ihr, Landarbeiter, Kleinbauern.

Rot Front nun erst recht!

Zipsendorf. Die nächste Gemeindevertretersitzung findet Dienstag, dem 20. Mai, in der Kulturhalle statt. Tagesordnung besteht aus fünf Punkten, u. a. Feststellung des Haushaltsplanes für 1930, Anbringung einer Uhr am Verwaltungsgebäude usw. Genossen und Genossinnen, Einwohner von Zipsendorf erscheint zahlreich zu diesen Sitzungen.

Grana. Dienstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr, ist Haushaltsplan öffentliche Gemeindevertretersitzung. Arbeiter, Arbeiterinnen, kontrolliert die von Euch gewählten Vertreter.

Naumburg. Eltern der Kinder der Mädchenberufsschule! Erscheint restlos in der Elternversammlung, um zu nehmen zur kommenden Elternbeiratswahl. Bereitet Euch auf die Wahl. Unsere Liste heißt „Proletarischer Schulkampf". Eine Liste, verbunden mit den Sozialfaschisten, gibt es nicht. Gerade diejenigen sind es, welche ihre Kinder noch konfessionslos lassen, um am Religionsunterricht teilzunehmen. Deshalb schaffung der Milchspeisung usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0010

...d der Kuschtschower Pionier-Kommune an die Pioniere der ganzen Welt

An die Jungpioniere der ganzen Welt!
Teure Genossinnen und Genossen!

...n Ländern wächst unsere junge Armee und überall sind ...gleich — in der Gleichheit unserer Idee und Gesinnung ...ere Kraft. Wir sehen sehr gut unsere Feinde und sind ...bereit, zu kämpfen gegen sie, in welchem Lande sie auch ... Wir sehen auch gut in allen Ländern unsere Freunde, ...e Söhne des Volkes, und brüderlich reichen wir ihnen die ...hinweg über alle Grenzen der verschiedenen Staaten und ...

...ständige Trennung unter uns ist die Verschiedenheit unserer ...n und dieses Hindernis können wir leicht beseitigen ver... Esperanto, der leichten internationalen Sprache. Mit ...Plane wir aufrechterhalten die Korrespondenz mit den ...n in allen Ländern. Mit ihrer Hilfe haben wir gemein... die ganze Welt die schöne Pionierliteratur; wir werden ...en während unserer Weltkonferenz! Genossen! Die erste ...ung muß aufrechterhalten den Wahlspruch: **„Esperanto ...weite Sprache eines jeden Pioniers!" Schickt Delegationen ...konferenzen!** Die **Zukunft wird uns gehören! Schaffet ab ...ren der Sprache, welche uns hindern und vereinigt die ...lichen Kinder der ganzen Welt unter den roten Fahnen in ...einigten brüderlichen, festen Bund.**

Die Pionier-Kommune „Stalinka"
Simowejewk, Kuschtschower Kinderklub.

...Not der Kinder der schlesischen Weber

...sich die Not der schlesischen Textilarbeiter ist, geht aus fol...Zahlen hervor. In den Schulen des Landeshuter Kreises ...bei Untersuchung von 2400 Kindern u. a. folgendes fest:

...genes Bett hatten 1465 Kinder.
...Übernachten aus einem Raum ohne Küche oder Kammern ...21 Prozent.
...ohne Frühstück kamen zur Schule 299 Kinder.
...unregelmäßig warmes Mittagessen haben 119 Kinder.
...kein Hemd besitzen 142 Kinder.
...ein Paar Schuhe haben 165 Kinder.
...modiene Unterwäsche haben 350 Kinder.
...kein Mantel haben 572 Kinder.
...Hunger es in Deutschland aus!

Ein berüchtigter Prügelpädagoge

...Lehrer Pannier an der Lullerschule in Delitzsch. Mit ...Brutalität dieser „Erzieher" gegen Arbeiterkinder vor... folgende Vorfälle:

...der 10jährige Schüler A. Ulrich in der Turnstunde die ...falsch machte, schlug ihm P. voller Wut den Uebungsstab ...die Beine, so daß der Schüler mehrere Tage große Schmerzen ...blaue Schlagstellen hatte.

...zeigt dieser Herr P. Verständnis für die soziale Notlage ...Kinder und ihrer Eltern hat, beweist, daß er die Kinder ...ihrer defekten Schuhe verhöhnt und Ausdrücke gebraucht, als ...: „Mit Deinen Schnabelschuhen kannst Du auf der Elbe fahren." ...wird endlich Zeit, daß die Arbeiter-Eltern erkennen, daß nur ...sozialistischer Elternrat ihre Kinder von solchen Prügelhelden ...kann, daß sie nur der „Proletarischen Schulliste" ihre ...geben und ihre Kinder in den JSB. schicken.

Hallo! Hier ist Piesteritz!

...Briefkasten von Piesteritz und Klein-Wittenberg, erscheint alle ...Mai 1930, abends 6 Uhr, zur Schülerversammlung. Thema: ...Konferenz und Arbeiterkindertreffen in Halle." Es spricht ...Leiter aus eurer Klasse. Hinein in den Jung Spartakusbund.

Ein Neger wird auf der Straße gelyncht

Verbrechen der Weißen gegen die Neger

Ich war längere Zeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und hatte mich in der kleinen Stadt Corsicana im Staate Texas, der im Südwesten der Vereinigten Staaten liegt, niedergelassen. Rings um Corsicana waren weite Felder mit Baumwolle bepflanzt, und Weiße und Neger mußten für Hungerlöhne darauf schuften.

Eines Tages stand ich draußen im Gespräche, als plötzlich ein Schrei, der ziemlich weit herkam, die heiße, zitternde Luft zerriß. Dann hub ein Brausen an, das, immer näher kommend, zum Sturm anschwoll. Zwischendurch wieder der markerschütternde Schrei eines Menschen, dem ein großer Schmerz zugefügt wird, ein Schrei, wie ihn manches verwundete Tier in seiner Todesangst

Aus allen Ländern werden vom 23. bis 27. Juli in Halle die Arbeiter- und Bauernkinder zum zweiten Welttreffen zusammenkommen. Helft, rüstet, spart und sammelt, daß 15 000 deutsche Arbeiterkinder daran teilnehmen.

ausstößt. Ungefähr zweihundert Schritte vor mir sah ich eine heulende und sich wild gebärdende Menge Männer, deren Aufregung deshalb komisch wirkte, weil man keine zwingende Ursache dafür sah. Ich lief, so schnell mich meine Füße tragen konnten, zu dem schreienden Menschenknäuel. Worte, wie: „Der Lump ... der Hund ... der schwarze Teufel .. ausrotten ... Pferd gestohlen ... aufhängen ..." drangen an mein Ohr.

Ich sah einen ungefähr 40jährigen Neger, dessen Hände mit fingerdicken Stricken gefesselt waren. Das mit Blut besudelte Hemd hing in Fetzen um seinen Oberkörper der mit gelben Striemen und Blut bedeckt war. Das rechte Auge war ihm herausgehauen worden und rann über seine rechte Wange; die leere Augenhöhle im Gesicht, das vor Schmerz zusammengekrampft war, sah wie der Sprengtrichter einer Granate aus. Die Oberlippe war der Länge nach durchgeschlagen und hing blut geschwollen über der Unterlippe, einen fingerdicken, klaffenden Spalt freilassend, durch den man die blutenden Kiefer und Zähne des Negers sehen konnte.

Von dem Menschenhaufen löste sich plötzlich ein Trupp von ungefähr zwanzig Leuten los und stürmte in den nächsten Laden. Nach zwei Minuten kamen diese Leute wieder, in den Händen leere Obst-, Eier-, Gemüse- und Kartoffelkisten, Petroleum- und Benzinkannen. Was sich nun abspielte, war das Werk weniger Sekunden. Mein Blut erstarrte in den Adern, als ich die bestialischen Vorbereitungen sah, die einen armen Teufel auf eine furchtbar grausame Weise ins Jenseits befördern sollten.

Auf einer besonderen, langen Kiste wurde nun der Neger, dem man durch Faustschläge und Fußtritte noch einmal, ehe er sterben sollte, die Ueberlegenheit der weißen Rasse sowie die Kultur des „hundertprozentigen" Amerikaners zu fühlen gab, angebunden und von vier handfesten Männern im Schwung auf den Holzhaufen geworfen. Hunderte in Erregung zitternde Hände warfen brennende Streichhölzer auf das benzingetränkte Holz, das sich in einer Sekunde in eine Feuersäule verwandelte.

Fünfundzwanzig Minuten später zog nur noch ein leiser Brandgeruch, vermischt mit dem Geruche verbrannten Fleisches gegen das Bahnhofsgebäude von Corsicana, wohin die übrigen Neger des ...ees geflüchtet waren, um sich vor der Wut der entfesselten weißen Bestie zu retten. Und am nächsten Tage stellte es sich heraus, daß das von dem gelynchten Neger gestohlene Pferd gar nicht gestohlen worden war, sondern nur den Zaun seines Gehöftes durchbrochen hatte und nach dem Genuß vierundzwanzigstündiger Freiheit wieder freiwillig und friedlich in seinen Stall zurückgekehrt war.

Ein armer schwarzer Mensch mußte den Irrtum des Pferdebesitzers mit seinem Leben bezahlen.

Aber was bedeutet ein Negerleben für einen Amerikaner!

So seht die neue Kultur und Menschlichkeit der weißen Kulturträger in Wirklichkeit aus! Neger und Weiße, soweit sie einfache Arbeiter sind, sind für die besitzende Klasse nicht mehr als ein Stück Vieh, das man bis zur Erschöpfung ausbeuten darf. Erst die Niederringung der herrschenden Klasse und die Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse wird alle Ausbeutung aus der Welt schaffen.

Pioniere, helft mit, daß dieser Tag recht bald kommt!

An alle Arbeiterkinder!

Die Hetze der Kirche gegen Sowjet-Rußland und gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft geht weiter. Pfaffen ziehen durchs Land, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, und erzählen Schauermärchen über Grausamkeiten, die von Kommunisten gegen gläubige Christen verübt worden seien. Auch im Religionsunterricht suchen sie den Kindern ihre Lügen einzureden. Sie lehren die Arbeiterkinder: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben", Arbeiter dürfen nicht für ein besseres Leben auf Erden kämpfen — sie müssen auf den Himmel warten. Darum darf kein Arbeiterkind ihre Lehren anhören!

Melde dich ab vom Religionsunterricht!

Sorge, daß deine Eltern den Zettel dazu schreiben!

So sieht es in Amerika aus

Die Pionierkonferenz der aktiven Pioniere Wiens protestiert auf das energischste gegen den Willkürakt der amerikanischen Bourgeoisie gegen den Genossen Harry Eismann. Wir fordern, daß er sofort freigelassen wird. Wir wissen, daß die amerikanischen Pioniere dadurch eingeschüchtert werden sollen. Pioniere lassen sich aber nicht einschüchtern. Auch wir werden für die Interessen der Arbeiterkinder kämpfen, und wenn die ganze Polizei gegen uns geht.

Der Pionier Harry Eismann wurde im vorigen Sommer bei einer Demonstration verhaftet, die als Protest gegen das große Treffen der Pfadfinder in London veranstaltet wurde. Er wurde zu sechs Monaten Straferziehung verurteilt. Gleich nach seiner Freilassung beteiligte er sich an der Arbeitslosendemonstration am 6. März. Dabei wurde er wieder verhaftet und jetzt zu fünf Jahren Zwangserziehung verurteilt.

...istet zum 2. Welttreffen der Arbeiterkinder in Halle, 23. bis 27. Juli

...ioniere / Von Helena Bobinska

...Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin 1929

...der Bezirksleitung wiederholte sich dieselbe Geschichte. Man ...die Resolution von allen Seiten mit Neugierde und Un... an, ohne zu wissen, was man mit ihr anfangen sollte. ...einigen Delegierten machten verwunderte Gesichter. Sie ...nicht, daß die Bezirksleitung zum erstenmal so ein ...in den Händen hielt, daß sie, die Pioniere, etwas ganz ...Neues einführten und daß dieses Erstaunen für sie ...lich war.

...sprechen gehört das zur Agitationsabteilung", entschied end...

...gen also wieder hinunter.

...bei uns gesagt, daß das zur Agitationsabteilung gehört", ...sich kurz, „und wir rühren uns nicht vom Fleck, ohne eine ...ung vor, hier", fügte sie hinzu, sich auf das Kanapee ...

...sich einer Erklärung blieb dem Leiter nichts anderes übrig, ...wenigstens einen Schein auszufertigen. Aber als er schon fertig ...die Rosa ihn durchsah, sagte sie: „der ist für die Stadtbibliothek, ...brauchen zwei, auch einen für die Universitätsbibliothek." ...mit Euch wird man nicht leicht fertig." Und Genosse ...stellte einen zweiten ausfertigen.

...wünsche Euch Glück zu Eurem Klub!" sagte er, ihnen die ...Bücher reichend.

...Bücher er sich eigentlich ein", meinte Rosa ärgerlich, „sicher ...wohl noch vor kurzem im Jugendverband."

...geht in die Stadtbibliothek!" sagte Sonka, als sie auf der ...waren.

...in der Bibliothek sagte man ihnen, daß der Leiter nicht ...

...kommt er?"

...in einer Stunde, vielleicht in eineinhalb, vielleicht ...

...Pioniere schauten sich an.

„Wenn es so weiter geht, dann werden wir nicht fertig", sagte Tolja.

„Da ist nichts zu machen, wir müssen warten." Und sie lagerten im Vorzimmer.

„Wie gut wäre es, ein wenig zu schlafen", seufzte Sonka. Der harte Ruschak erschien ihm nach neun Kilometer Weg in der Hitze wie das weichste Kissen.

„Wißt Ihr was? Einer wird wachen und zwei können schlafen." Rosa protestierte

„Das hat keinen Sinn. Lieber schreiben wir uns auf, was für

Arbeiterkinder! Habt Ihr schon eine Sparkarte, damit Ihr mit nach Halle zum zweiten Welttreffen fahren könnt. Wenn nicht, besorgt sie Euch Bei jedem Pionier könnt Ihr fragen, wo Ihr sie erhalten könnt.

Bücher wir brauchen, denn wenn sie uns fragen, werden wir nichts sagen können. Sonka, gib mal Dein Notizbuch!"

„Hier muß man noch viel hinzuschreiben. Na, strengt Eure Köpfe an!"

Sie waren so vertieft in die Arbeit, daß sie gar nicht merkten, wie schnell die Zeit verlief.

„Seht Ihr diesen dicken Mann mit der Brille? Das ist er sicherlich."

Tolja lief nicht lange zögernd hin und fragte. — Ja, er war es.

Sie nahmen also ihre Säcke und gingen. Der Leiter, ein freundlicher alter Mann, schaute über die Brille hinweg auf die von der Sonne verbrannten und die zerkratzten und staubigen Füße, die braunen Gesichter und die ausgebleichten roten Tücher.

Als Rosa ihm den Schein aus der Agitationsabteilung gab, zog er die Augenbrauen zusammen und schaute ihn aufmerksam an.

„Hm, Bücher aus der Bibliothek in das Dorf Poljana", brummte er, „was denkt Ihr Euch", kehrte er sich drohend zu den Delegierten, „daß wir die Bücher dazu haben, um sie in irgendein Dorf zu schicken?"

„Das ist ein Ausnahmefall", erklärte Sonka und zog wieder die unglückliche Resolution heraus.

Der Alte schaute sie schnaufend mit zusammengezogenen Augenbrauen an.

Am Ende sah er die Pioniere wieder über die Gläser hinweg an.

„Schön, und was für Bücher braucht Ihr?"

Rosa gab ihm den Zettel, den sie eben im Korridor geschrieben hatten

„Hm!" brummte der Alte, „über Elektrifikation ... hm ..., über die Konsumvereine hm., über die neuen Erfindungen der Technik .. Wer hat denn das ausgedacht?" wendete er sich plötzlich an die Pioniere.

„Wir", sagte Sonka schüchtern, „als wir im Korridor warteten."

„Wir haben noch den „Bauernkalender" vergessen", fügte Rosa schnell hinzu, „den müssen wir unbedingt dazuschreiben."

„Und Ihr denkt, daß ich Euch Bücher für irgendein Poljana geben werde?" schrie der Alte, „sieh einer an! So 'ne Dreikäsehochs werden Klubs einrichten!"

Und mit strenger Miene fing er an, ein Papier zu schreiben.

Während dieser Zeit machte Sonka verzweifelte Gebärden und Tolja drehte ihm eine Nase, mit der anderen Hand auf den Schreibenden zeigend.

„Geht mal Eure Resolution!" sagte der Alte plötzlich zu Sonka. Das Papier zusammenlegend, die Augenbrauen zusammenziehend, meinte er dann: „Was ich finde, werde ich Euch geben — wenn auch wahrscheinlich nicht alle Weisheiten da sein werden. — Sucht noch in der Universitätsbibliothek. Und wenn Ihr mir noch einmal so ein Papier bringt, sage ich Euch zum Teufel!" schimpfte er plötzlich.

Und sie noch einmal ansehend, fragte er viel sanfter: „Seid Ihr viele solcher?"

„Was für solche?"

„Na, solche Pioniere?"

„In Poljana nur fünfzig", lachte Tolja, aber im ganzen Rußland gibt es mehr als eine Million."

„Schickt Montag nach den Büchern!" sagte er ihnen zum Abschied, „und daß Ihr Euch hier nicht mehr sehen laßt!" drohte er ihnen mit dem Finger.

(Fortsetzung folgt.)

...eiterkinder! Hinein in den Jung-Spartakus-Bund!

Abonniert die „Trommel"

die Kampfzeitung der Pioniere

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0011

Rund um den Erdball

Das große Ereignis

Zu der feierlichen Eröffnung der Turksib-Bahn waren unter anderen Gästen auch viele Angehörige des Nomadenstammes der Kasaken erschienen. Hunderte von Kilometern hatten sie auf Büffelkarren und auf Kamelen zurückgelegt, um dem großen Ereignis beizuwohnen.

Eine Delegation, die nicht mit leeren Händen kam

Unser Bild zeigt eine Gruppe von Teilnehmern der amerikanischen Arbeiterdelegation, die zu den Maifeierlichkeiten nach Sowjetrußland gekommen war. Die Delegation brachte als Geschenk an Kollektivwirtschaften 15 Traktoren mit, die aus durch Sammlungen der amerikanischen Arbeiter aufgebrachten Mitteln angeschafft sind. Bravo, USA.-Genossen!

„Keine Veranlassung zum Einschreiten"

Zwei Dokumente ohne Kommentar, oder: Was die Schupo tut, ist wohlgetan

Herrn
Wilh. Lente
Unna, Posadowskystraße 29.

Unna, 7. Oktober 1929.

Wilhelm Lente, Posadowskystraße 28, gibt an, am 5. Oktober gestoßen worden und hingefallen zu sein, klagt über Schmerzen in der linken Brust und Stiche beim Husten und bittet um ärztliche Untersuchung.

Es findet sich die 6. Rippe eine Handbreit vom Brustkorb gebrochen, wie es bei älteren Leuten leicht geschieht, sitzt der Bruch an der Ansatzstelle des Rippenknochens an dem Rippenknorpel. Die Verletzung ist durch Einwirkung stumpfer Gewalt entstanden.

gez. Dr. Lehmann."

*

Der Generalstaatsanwalt
2 J 584/30
2

Hamm i. W., den 19. April 1930.
Fernruf 1780/85.

1 Anlage

Auf Ihre Beschwerde vom 8. April 1930, betreffend die Strafverfolgung des Polizeihauptwachtmeisters Heinr. Dröge wegen Körperverletzung teile ich mit, daß ich nach Prüfung des Sachverhalts im Justizaufsichtswege keine Veranlassung gefunden habe, entgegen der Verfügung des Oberstaatsanwaltes zu Dortmund vom 7. November 1929 — 19 J 1143 — 29/1 — ein strafrechtliches Einschreiten anzuordnen.

Die Einstellung des Verfahrens entspricht der Sachlage und ist zutreffend begründet.

Die Ausführungen in der Beschwerdeschrift geben zu einer anderen Sachbeurteilung keinen Anlaß.

Hiernach wird Ihre Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

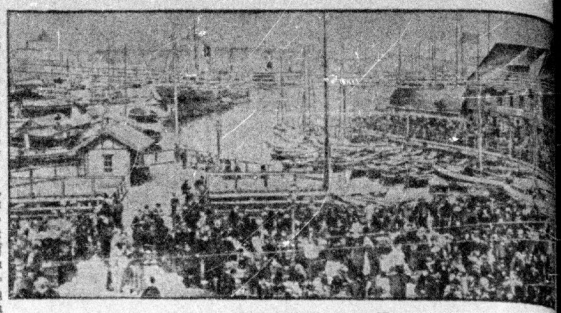
Den überreichten Arztschein erhalten Sie beifolgend zurück.

J. A.: gez. Unterschrift.

Norwegische Stadt Bergen in Flammen

Nächtliche Schreckensszenen in den Straßen — Ueber 1000 Bewohner obdachlos

Bergen, 17. Mai. Ein Riesenfeuer entstand am Freitag nachmittag in der norwegischen Hafenstadt Bergen. 75 Häuser, die am Hafen gelegen waren, wurden vollständig eingeäschert. Mehrere Schiffe wurden von den Flammen zerstört. Ueber 1000 Bewohner sind obdachlos geworden.



Blick auf den Hafen von Bergen

Wie ergänzend bekannt wird, ist das Riesenfeuer in einem Packhaus am Hafen ausgebrochen und hat sich dann mit rasender Schnelligkeit auf mehrere Blocks der historischen Holzhäuser am Hafen ausgebreitet. Erst spät abends gelang es, des Feuers einigermaßen Herr zu werden. Zu den Löscharbeiten waren außer der Feuerwehr auch noch mehrere Kompagnien Militär aufgeboten worden. Vom Hafen her schleuderten stundenlang Feuerlöschschiffe gewaltige Wassermengen in die Flammen. Zum Glück drehte sich während des Feuers plötzlich der Wind. Wäre dieser Umstand nicht eingetreten,

so stände heute von ganz Bergen kein Haus mehr.

Auf dem Trümmerfeld, aus dem die ganze Nacht hindurch immer wieder große Flammen schlugen, spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Massen der obdachlos gewordenen Bewohner irrten die ganze Nacht durch die vernichteten Straßen, suchten mit jammernden Rufen ihre vermißten Angehörigen oder begannen die halbverbrannten Ueberreste ihrer Habseligkeiten zu bergen.

Alte Leute konnten während des Feuers nur mit Gewalt zurückgehalten werden, in die brennenden Häuser zu stürzen. **Schreiende Kinder suchten ihre Eltern und Eltern suchten ihre Kinder.** In ganz Bergen herrschte eine furchtbare Verstimmung. Dichte Rauchwolken lagerten stundenlang über der alten Hafenstadt, so daß niemand wußte, wie groß eigentlich der Brandherd war. Menschenleben sind zum Glück nicht zu beklagen.

Lübecker Säuglingsmord nimmt kein Ende

Bis jetzt 12 Todesopfer und 50 lebensgefährlich Erkrankte

Lübeck, 17. Mai. Nunmehr ist die Zahl der Todesopfer der mit der Calmetteschen „Schutzfütterung" ernährten Säuglinge auf 12 gestiegen. Bei zwei der verstorbenen Kinder soll angeblich die Todesursache nicht genau festzustellen sein. Doch müssen selbst die Aerzte die Möglichkeit zugeben, daß „ein bestandenes Leiden durch die „Schutzfütterung" zum Tode geführt hat". Bei den anderen zehn Säuglingen ist die Todesursache. Tuberkulose infolge der Einnahme des Präparats, einwandfrei ermittelt. Bis jetzt sind 50 Säuglinge, deren Befinden zu größten Besorgnissen Anlaß gibt, an dem „Schutz"fraß erkrankt.

Das Pasteurinstitut in Paris, in dem bekanntlich die Kulturen des Calmetteprä parates gezüchtet werden, nimmt zu dem Säuglingsmord in Lübeck durch eine längere Erklärung Stellung. Prof. Guérin erklärt: „Entweder handelt es sich hier nicht um Tuberkulose, sondern um eine Kinderepidemie, deren Ursache noch nicht feststeht. In diesem Falle besteht keine Beziehung zwischen der Calmetteschutzfütterung und dieser Epidemie, oder aber es handelt sich tatsächlich um Tuberkulose. Dann müsse entweder ein technischer Irrtum bei der Zucht und Unterhaltung des Grundstoffes im Laboratorium vorliegen oder durch die verbrecherische Böswilligkeit eines Dritten giftige Tuberkulosebazillen verwandt worden sein. Nach Lübeck ist im September 1929 die letzte Sendung abgegangen."

Diese Erklärung des Pasteurinstituts, das naturgemäß das größte Interesse daran hat, daß ihr Präparat nicht in Mißkredit gerät, trägt zur tatsächlichen Aufklärung des Lübecker Massensäuglingsmordes in keiner Weise bei. Jedenfalls erschüttert sie in nichts unsere Feststellung, daß das Lübecker Gesundheitsamt in verbrecherischer Voreiligkeit nicht nur ein „erprobtes" Mittel, sondern ein von vielen verantwortlichen Wissenschaftlern als im höchsten Grade schädliches Gift zur Anwendung freigegeben hat. Also, es bleibt dabei: In Lübeck hat man im Bestreben, ein billiges Mittel gegen die unbeschreiblich grassierende Proletarierseuche Tuberkulose zu bekommen, proletarische Säuglinge bedenkenlos als Versuchskaninchen benutzt und gemordet.

Ein neuer Beweis für diese Behauptung ist die Zuschrift eines Lesers an die „Rote Fahne". Darin werden wir auf die Veröffentlichungen der Erfahrungen zweier Wiener Kinderärzte in der Nr. 20 der **„Medizinischen Welt"** hingewiesen, wenn sie diese „Schutzfütterung"

wegen ihrer Gefährlichkeit ablehnen und ausdrücklich betonten, daß durch sie erst Tuberkulose hervorgerufen würde.

Zwei weitere Pariser Aerzte berichten von dem Todesfall eines kräftigen Kindes nach der Calmette-Impfung. Außerdem seien in der dortigen Charité **zahlreiche Todesfälle** zu verzeichnen gewesen, so daß der verantwortliche Chefarzt die Calmette-Impfung **nicht mehr anwenden ließ.**

Angesichts dieser katastrophalen Erfahrungen in den verschiedensten Städten muß jedem Menschen die empörende Frage aufsteigen: „Ja, lebt denn das Lübecker Gesundheitsamt auf dem Mond, also ohne Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Forschung unserer Zeit? Oder betrachtet sie in skrupelloser Gleichgültigkeit proletarische Kinder tatsächlich als nichts mehr als wohlfeile Versuchskaninchen für lebensgefährliche Experimente? Ein Massensturm der Empörung muß durch die ganze deutsche Arbeiterschaft gehen und diese ausgesprochenen Klassenmörder hinwegfegen.

Vom „Vertrauens"arzt in den Tod getrieben

Im Glöckner-Werk in Düsseldorf fanden Kollegen am Morgen einen Arbeiter erhängt vor. Die Nachforschungen ergaben, daß der Lebensmüde längere Zeit krank gewesen und trotz seines Leidens vom Arzt gesundgeschrieben worden sei. Nachdem er einige Tage wieder gearbeitet hatte, erhängte er sich. Er zog es also vor, statt für den Standlohn von 66 Pf. mit seinem kranken Körper zu arbeiten, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Badeanstalt vom Hochwasser fortgerissen

Bei Magau wurde durch das stark gestiegene Wasser des Oberrheins die Flußbadeanstalt fortgerissen und stromabwärts getrieben. Die sechs Personen, die sich darauf befanden, konnten durch Motorboote nach langwierigen Rettungsarbeiten gerettet werden. Nach stundenlangen Bemühungen gelang es, die Badeanstalt wieder zu verankern.

Ratiborer Mörder — ein Irrsinniger

Am Freitag gelang es einem Brünner Kriminalpolizisten, in Ratibor einwandfrei festzustellen, daß der Ratiborer Mörder mit dem tschechischen Raubmörder Leopold Pausner, der im März d. J. aus einer Irrenanstalt entwichen war, identisch ist. Der Verdacht, daß Pausner der Düsseldorfer Kopfjäger ist, hat sich also nicht bestätigt.

Schwarzfahrer wider Willen

In Marseille hatte sich vor einigen Tagen ein Hafenarbeiter in der Mittagspause in einen Güterwagen hingesetzt, um ein Nickerchen zu machen. Nach einer geraumen Zeit erwachte er plötzlich durch das unsanfte Gerattert seines „Bettes". Schnell riß er sich den Schlaf aus den Augen, um dann festzustellen, daß er in dem Wagen eingeschlossen war und sich bereits auf einer Bahnfahrt mit unbekanntem Ziel befand. Mit beiden Fäusten trommelte er so jäh aus dem Schlaf Gerissene gegen die Tür. Doch kein Mensch kümmerte sich um ihn. Und so mußte der Schwarzfahrer wider Willen eine fast 24stündige Fahrt mitmachen. Erst auf dem Bahnhof Clairmond-Ferrand befreite man ihn aus seinem rollenden Gefängnis. Der Hafenarbeiter hat geschworen, nie wieder in einem Güterwagen ein Nickerchen zu machen.

Grausiges Geständnis eines Doppelmörders

Der Landwirt Koppe aus Zwabitz i. Thür., der zur Zeit in Rudolstadt inhaftiert ist, hat jetzt gestanden, **seine Frau im Bett erwürgt, ihr die Beine abgeschnitten und die verstümmelte Leiche in der Räucherkammer verbrannt zu haben.** Unter dem Druck des Beweismaterials mußte Koppe ferner gestehen, im Jahre 1917 **seine ehemalige Haushälterin** von einer Brücke **in die Saale gestürzt,** und endlich entlockte man ihm das Geständnis, auch die Scheune eines Nachbars im Jahre 1924 in Brand gesteckt zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019300519-17/fragment/page=0012